

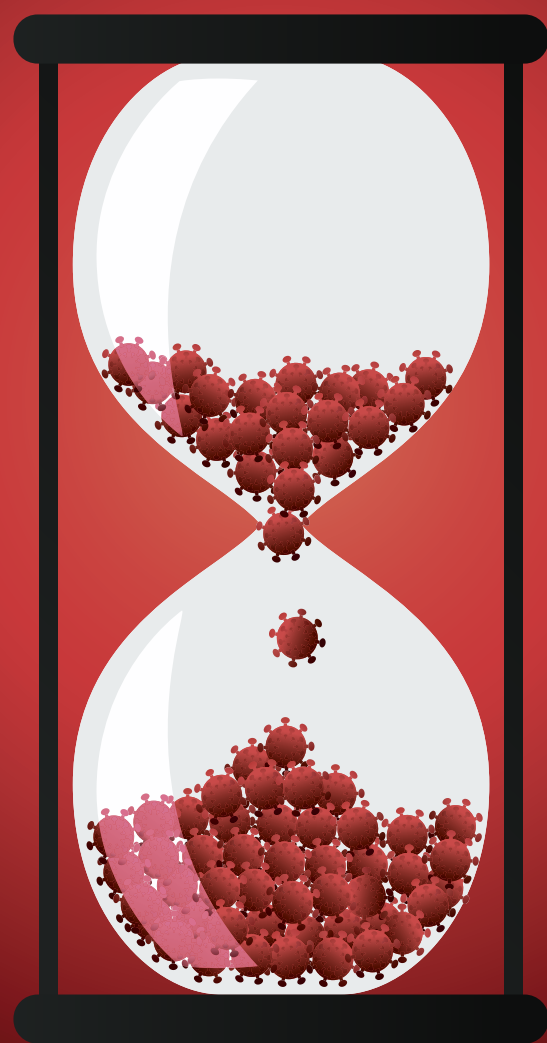
Preussische Allgemeine

Nr. 44 · 5. November 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Streitfall Long COVID



Ein medizinisches
Phänomen und seine
Konsequenzen für
die Corona-Debatten
Seite 2



Gesellschaft Abschied
von der bürgerlichen
Familie **Seite 3**



Kultur Erinnerungen
an den Klassiker Fjodor
Dostojewski **Seite 9**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M); SHUTTERSTOCK; PA

AUFGEFALLEN

Guter Grenzschutz, böser Grenzschutz

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe. An diese Weisheit aus dem Volksmund mag man denken, wenn man dieser Tage die Medienberichte über die Lage an der polnisch-weißrussischen Grenze verfolgt (siehe auch Seite 8). Darin wird Polen, das sich mit einer täglich zunehmenden Welle illegaler Einwanderung konfrontiert sieht, allenthalben für seinen entschiedenen Schutz der eigenen Grenze gerügt und zugleich zur Solidarität mit den Migranten gemahnt.

Dass die Einwanderer aus Afghanistan, Irak und anderen überwiegend mittelasiatischen Ländern auch über Litauen zu Tausenden in die Europäische Union strömen, erfahren die Leser und Zuschauer kaum, dass die Balten dabei ebenso wenig zimperlich ihre Grenze verteidigen wie ihre südwestlichen Nachbarn, schon gar nicht.

Doch was ist anders am entschiedenen Handeln der Polen im Vergleich zum ebenso harten Vorgehen der Litauer? Für die Migranten jedenfalls macht es keinen Unterschied, ob sie bei Brest zurückgeschickt werden oder vor Wilna. Und das harte Zupacken der Grenzer schmerzt hier wie dort.

Liegt die unterschiedliche Bewertung ähnlicher Vorgänge etwa gar nicht in der Sache selbst, sondern vielmehr daran, dass die Polen seit geraumer Zeit einen Grundsatzkonflikt mit der EU über ihre nationale Souveränität ausfechten, während die Litauer als braves Unions-Mitglied gelten? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. *neh*

POLITIK

Während Corona wiederkehrt, schweigt Karlsruhe weiter

Noch immer warten die Deutschen auf eine höchstrichterliche Bewertung der Lockdown-Maßnahmen. Dabei müssen Politik und Bürger wissen, was Recht ist

VON RENÉ NEHRING

Seit wenigen Wochen steigen die Corona-Zahlen wieder kontinuierlich an. Gab es im Sommer kaum noch Neuinfektionen, so meldet das Robert-Koch-Institut derzeit wieder täglich tausende neue Fälle.

Somit ist schon jetzt absehbar, dass Corona auch über den bevorstehenden Regierungswechsel hinaus zu den beherrschenden politischen Themen gehören wird. Was wiederum die Frage aufwirft, wie die künftigen Entscheidungsträger zu etwaigen Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie stehen. Bis dato ließen die Verhandler über ein Ampel-Bündnis durchblicken, nicht zur harten Lockdown-Politik zurückkehren zu wollen.

Umso wichtiger wäre es zu wissen, über welche Instrumente zur Gefahrenabwehr der Staat überhaupt verfügen darf. Hier herrscht auch mehr als anderthalb Jahre nach Verhängung des ersten Lockdowns noch immer Unklarheit – obwohl das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ und die darauf basierenden Verordnungen zum Teil zu massiven Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten geführt haben: von der Schließung von Schulen und ganzer Branchen bis hin zur Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts und zu nächtlichen Ausgangssperren.

Für diese Maßnahmen gab es viel Verständnis und Zuspruch – aber auch heftige Ablehnung. Die Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen gingen in die Zehntausende und lagen damit weit über denen der „Fridays for Future“-Bewegung. Dass die Kritik am Agieren mancher staatlicher Akteure oftmals berechtigt war, zeigt unter anderem ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, der im Oktober entschied, dass die von der Münchner Staatsregierung für Bayern erlassenen weitreichenden Ausgangssperren unrechtmäßig waren.

Karlsruhe sitzt die Sache aus

Umso unverständlicher, dass sich ausgerechnet diejenige Instanz, die vor 70 Jahren gegründet worden ist, um im Streitfall staatliches Handeln auf seine Verfassungsmäßigkeit hin zu überprüfen, bislang um ein Grundsatzurteil drückt – das Bundesverfassungsgericht. Trotz hunderter Verfassungsbeschwerden gab es bislang kein Hauptverfahren und entsprechend auch keinen Beschluss des höchsten Gerichts über die Zulässigkeit der staatlichen Eingriffe in die bürgerlichen Freiheiten.

In Artikel 8 Absatz 1 des Grundgesetzes etwa heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Etwaige Einschränkungen aufgrund eines Gesetzes sieht Absatz 2 des Artikels lediglich für „Versammlungen

unter freiem Himmel“ vor. Mit anderen Worten: Solange sich die Bürger friedlich in privaten Räumen treffen, hat der Staat keinerlei Recht zu irgendwelchen Eingriffen. Der Zweck der Zusammenkunft spielt dabei ebenso wenig eine Rolle wie die Teilnehmerzahl. Einen Pandemievorbehalt erwähnt die Verfassung weder bei dieser Norm noch bei einer anderen.

Als Hauptgrund für das Schweigen Karlsruhes sehen Kritiker den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth, der von 2009 bis 2018 Mitglied des Deutschen Bundestags gewesen war. Harbarth wird unterstellt, als einstiger Parteisoldat der Union nicht frei über die Corona-Politik der Bundesregierung entscheiden zu können.

Letztlich ist es unerheblich, ob Karlsruhe wegen persönlicher Befangenheit schweigt oder weil sich das Gericht vor der Verantwortung scheut. Sowohl die Entscheidungsträger in der Politik als auch die ausführende Verwaltung müssen wissen, welche Schritte sie in Ausnahmesituationen ergreifen dürfen und welche nicht. Und die Bürger, die – daran kann nicht oft genug erinnert werden – in einer Demokratie den Souverän bilden, müssen Klarheit darüber haben, welche Einschränkungen sie im Notfall ertragen müssen – und welche etwaigen Übergriffe des Staates sie nicht hinzunehmen brauchen.

Der Anstieg der Corona-Zahlen zeigt, dass dies keine abstrakte Debatte ist.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Milliarden-Bugwelle von sogenannten Ausgabereisten in den Bundesministerien **Seite 4**

Kultur

Die freiwilligen Helfer des SED-Regimes in der Bundesrepublik **Seite 10**

Das Ostpreußenblatt

In der Königsberger Börse werden die Nürnberger Prozesse verfilmt **Seite 13**

HINWEIS

Beilage Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Personalshop bei



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer
Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

„Long Covid“ Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen leidet weniger unter Covid-19 und den angeblichen Folgen dieser Krankheit als unter der Corona-Politik

Kein triftiges Argument fürs Impfen

Positiv und negativ auf Corona Getestete unterscheiden sich kaum hinsichtlich „Long-Covid-Symptomen“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Impfausschuss der US-Arzneimittelbehörde FDA hat die Empfehlung ausgesprochen, eine Notfallzulassung für den Einsatz des Corona-Impfstoffes von BioNTech/Pfizer bei Kindern im Alter zwischen fünf und elf Jahren zu erteilen. Währenddessen führt der Vakzin-Hersteller in den USA, Finnland, Polen und Spanien klinische Tests an noch kleineren Kindern ab sechs Monaten durch.

Begründet wird das alles mit der Gefahr von „Long Covid“, also den Spätfolgen einer Corona-Infektion, unter Minderjährigen. In dasselbe Horn bläst der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, wenn er mit Blick auf den bevorstehenden Winter warnt: „Wir werden große Probleme mit Long Covid bei Kindern bekommen.“ Zuvor war auch schon davor gewarnt worden, dass Millionen von Erwachsenen an „Long Covid“ erkranken könnten mit der Folge einer ebenso großen Belastung des Gesundheitssystems wie durch die akuten Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2.

Kein einziger objektiver Biomarker

Dabei herrscht bisher nicht einmal Einigkeit darüber, was „Long Covid“ eigentlich ist. Manche Mediziner assoziieren damit inzwischen rund 200 Symptome, die längere Zeit nach einer Covid-19-Erkrankung fortbestehen oder neu auftreten. Besonders häufig genannt werden in diesem Zusammenhang Müdigkeit, Kurzatmigkeit, Muskelschmerzen, Verlust des Geruchs- oder Geschmackssinns, Konzentrationsschwierigkeiten beziehungsweise Gedächtnisprobleme, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Brust-, Hals- und Bauchschmerzen, Erbrechen und Durchfall, Appetitlosigkeit, Husten sowie depressive Verstimmungen und Fieber. Zur Bestätigung der Diagnose „Long Covid“ besteht kein einziger objektiver Biomarker, spricht kein biologisches Merkmal, das im Blut oder in Gewebeproben gemessen und bewertet werden kann.

ONS-Studie vom 4. Juni

Dies zeigte auch eine Studie des britischen Office for National Statistics (ONS, Amt für nationale Statistik) vom 4. Juni dieses Jahres mit dem Titel „Prävalenz



FOTO: SHUTTERSTOCK

Die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen erwiesen sich für Minderjährige als besonders schwerwiegend: Jugendeinsamkeit

anhaltender Symptome nach einer Infektion mit dem Corona-Virus“, die großes Aufsehen erregte, weil daraus anscheinend hervorging, dass es inzwischen etwa eine Million Kinder und Erwachsene im Vereinigten Königreich gebe, die an „Long Covid“ litten.

Methodische Schwächen

Bei der Diagnose haben sich die Forscher allerdings ausschließlich auf die Auskünfte der Befragten gestützt. Zudem stellen die genannten Symptome durchweg Allerweltsbeschwerden mit vielerlei möglichen Ursachen dar. Des Weiteren wurde kein Unterschied zwischen Personen mit einem positiven SARS-CoV-2-Test und einer tatsächlich diagnostizierten Covid-19-Erkrankung gemacht. Mit anderen Worten: Jemand, der seine (mutmaßliche!) Infektion überhaupt nicht bemerkt hatte, aber nun beispielsweise behauptete, er verspüre Kopfschmerzen und komme schlechter aus

dem Bett als früher, wurde als „Long Covid“-Fall gezählt. Dabei erfordert „Long Covid“ ein vorhergehendes Covid. Zu der Horror-Zahl von einer Million kam es schließlich dadurch, dass der ONS von den 26.547 Befragten auf die gesamte britische Bevölkerung hochrechnete.

ONS-Studie vom 16. September

Die methodischen Schwächen der Studie vom Juni gestand die Statistikbehörde inzwischen implizit in Form einer weiteren Veröffentlichung mit dem Titel „Aktualisierte Schätzungen der Prävalenz post-akuter Symptome bei Menschen mit Coronavirus (Covid-19) in Großbritannien: 26. April 2020 bis 1. August 2021“ ein, die am 16. September erschien. Darin wurden nun 26.147 Personen mit positivem Corona-Test der gleichen Anzahl negativ getesteter Teilnehmer gegenübergestellt. Die zusammen gut 50.000 Probanden wurden gefragt, ob sie mindestens ein „Long-Covid-Symptom“ an sich selbst

festgestellt hätten. Darüber hinaus wurden die Testpositiven zweimal im Abstand von acht und 16 Wochen nach der mutmaßlichen Infektion befragt. Damit gab es zwar immer noch keine Unterscheidung zwischen positiv Getesteten und wirklich Erkrankten, dennoch aber war das Ergebnis aufschlussreich.

Zum Ersten verschwanden die Beschwerden in 95 Prozent aller Fälle nach spätestens 16 Wochen. Zum Zweiten zeigten nur rund drei Prozent aller Kinder mindestens ein „Symptom“ von „Long Covid“. Und zum Dritten unterschieden sich die Werte der testnegativen Kontrollgruppe am Ende sehr wenig von denen der Gruppe der Positiven, was besonders dann der Fall war, wenn es sich bei den Nichtinfizierten um Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen handelte. Hieraus ergibt sich zweifelsfrei, dass „Long Covid“ kaum als Argument für den Nutzen von Impfungen taugt – weder bei Erwachsenen noch bei Kindern.

MINDERJÄHRIGE

„Long-Pandemie-Syndrom“

Untersuchungen in London, Dresden und Zürich bestätigen Erkenntnisse der britischen Statistikbehörde ONS

In einigen Publikationen zum Thema Häufigkeit von „Long Covid“ bei Kindern ist davon die Rede, dass zwischen einem Viertel und einem Drittel der positiv getesteten Minderjährigen an den Langzeitfolgen von Covid-19 litten. Allerdings basieren entsprechende Untersuchungen ausschließlich auf Interviews mit den Eltern oder wurden zumindest ohne jegliche Kontrollgruppe durchgeführt. Einen Vergleich mit nicht an Covid-19 erkrankten Kindern nahmen außer der im Aufmacher erwähnten britischen Statistikbehörde ONS nur Wissenschaftler aus London, Dresden und Zürich vor. Und deren Ergebnisse fielen recht eindeutig aus.

Das Team von Emma Duncan vom King's College London (KCL) stellte fest, dass nach 56 Tagen nur noch 1,8 Prozent der vormals kranken Kinder „Long-Covid-Symptome“ hatten, während in der Kontrollgruppe 0,9 Prozent über identische Beschwerden klagten. Einen ähnlichen Fast-Gleichstand konstatierten auch der Kinderarzt Jakob Armann von der Universitätsklinik in Dresden sowie die Epidemiologen Thomas Radtke, Agne Ulyte, Milo Puhan und Susi Kriemler vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention (EBPI) der Universität Zürich.

Die Untersuchungsergebnisse der Letzteren wurden am 15. Juli 2021 im „Journal of the American Medical Association“ unter dem Titel „Langzeitsymptome

nach SARS-CoV-2-Infektion bei Kindern und Jugendlichen“ vorgestellt. Wie die Schweizer Forscher mitteilen, gaben 9,2 Prozent der seropositiven Kinder vier Wochen nach ihrer Testung „Long-Covid-Symptome“ an, wohingegen in der seronegativen Gruppe 9,7 Prozent Beschwerden geltend machten. Allerdings verschwanden die angeblichen Hinweise auf „Long Covid“ bei rund 96 Prozent der positiv getesteten Probanden innerhalb von zwölf Wochen. Dazu passt der Befund des ONS: Nach 16 Wochen hatten noch 3,2 Prozent der testpositiven Kinder zwischen zwei und elf Jahren mindestens ein „Long-Covid-Symptom“, während der Anteil bei

Viele „Long-Covid-Symptome“ dürften eher auf die Corona-Politik als auf Corona zurückzuführen sein

der Vergleichsgruppe der negativ Getesteten 4,1 Prozent betrug.

Aus all dem zogen Forscher wie Armann und Radtke den Schluss, dass es sich bei „Long Covid“ eher um ein „Long-Pandemie-Syndrom“ handle. Und tatsächlich dürften die am häufigsten genannten Beschwerden der Kinder wie Müdigkeit, Kopfschmerzen und Schlafstörungen wohl sehr viel eher aus den Lockdowns und dem Heimunterricht sowie fehlenden sozialen Kontakten oder innerfamiliären Spannungen resultieren als aus einer Covid-19-Infektion. Aufgrund dessen ist es nachgerade absurd, wegen „Long Covid“ auf einer Impfung von Kindern zu beharren. W.K.

MENTALE FOLGEN

UNICEF spricht Klartext

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen leidet weniger unter Covid-19 und den behaupteten Folgen dieser Krankheit als unter den Maßnahmen, die angeblich zur Eindämmung des Erregers SARS-CoV-2 führen sollen. Letztere verursachen beispielsweise das sogenannte Höhlen-Syndrom, bei dem sich die Betroffenen nicht mehr in die Öffentlichkeit begeben wollen und die Wiederaufnahme realer sozialer Kontakte scheuen. Junge Menschen zeigen die Störung besonders oft, weil bei ihnen die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen in prägende Lebensphasen fielen. Damit könnten sie für lange Zeit auf professionelle Hilfe angewiesen sein.

Ebenso problematisch wirkt sich die Angst aus, welche während der Pandemie durch die Berichte der Medien oder das übervorsichtige Verhalten von Bezugspersonen eingeflößt wurde und teilweise noch immer wird. Sie treibt gleichfalls schon viele Betroffene in die Wartezimmer der Psychotherapeuten – sofern sie überhaupt noch einen Termin ergattern konnten.

Oft dürfte es außerdem auch so sein, dass „Long-Covid-Symptome“ wie Niedergeschlagenheit und Antriebslosigkeit in Wirklichkeit Anzeichen einer klinischen Depression sind – wiederum verursacht durch die psychosozialen Belastungen aufgrund der Freiheitsbeschränkungen und des Verlustes an Lebensqualität.

Während sich deutsche Stellen in diesem Zusammenhang sehr zurückhalten, wird in einem Bericht des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF) über die mentale Gesundheit von Minderjährigen Klartext gesprochen: Jeder siebte junge Mensch zwischen zehn und 19 Jahren weist jetzt bereits eine psychische Beeinträchtigung oder Störung auf. Das resultiert nicht zuletzt daraus, dass sich Depressionen und Angstzustände während der Pandemie verdoppelt hätten. Dazu käme eine deutliche Zunahme der Verhaltensstörungen und Suchterkrankungen. W.K.

Abschied von der bürgerlichen Familie

Noch ist unklar, welche gesellschaftspolitischen Akzente die künftige Ampel-Koalition setzen wird. Jedoch sind sich sozialdemokratische, grüne und liberale Politiker einig darin, dass die klassische Vater-Mutter-Kind-Familie nicht mehr zeitgemäß ist

VON BIRGIT KELLE

Das familienpolitische Programm der wahrscheinlichen Ampel-Regierung steht schon vor den Koalitionsgesprächen fest: Die bürgerliche Familienpolitik hat ausgedient. Längst fokussiert sich Familienpolitik auf die Interessen der bunten Ränder neuer identitärer und sexueller Lebensformen und vermeintlichen Opfergruppen, auch wenn rhetorisch gerne weiterhin die gesellschaftliche „Mitte“ beschworen wird. Die Mehrheit des kulturellen und statistischen Normalfalls aus Vater-Mutter-Kind ist jedoch aus dem Blickfeld geraten.

Kurz vor der Sommerpause 2021 und im anrollenden Bundestagswahlkampf genehmigte sich die letzte Große Koalition unter Federführung der SPD, jedoch unter breitwilligem Abnicken der CDU, noch eine neue „Bundesstiftung Gleichstellung“, die mit Millionenetats die Geschlechterpolitik der Regierung definieren und sogar den Gleichstellungsbericht erstellen soll. Und besser als mit der gerade erst verkündeten Besetzungsliste für die bislang vakanten beiden Posten der, Zitat: „Direktor*innen“, hätte man nicht zusammenfassen können, was uns unter den Bedingungen einer wahrscheinlichen Ampel-Koalition als Gesellschaft in den kommenden Jahren an Frauen- und Familienpolitik erwarten wird. Denn die Führung wurde gerade mit Lisi Maier und Dr. Arn Sauer symbolhaft zum einen an den institutionalisierten Quoten-Feminismus und zum anderen an einen Transaktivisten der ersten Stunde vergeben.

Zweifelhafte „Experten“

Maier, die mit „Elisabeth“ auch durchaus einen ernstzunehmenden Vornamen besitzt, kommt als Parteimitglied auf dem Ticket der SPD und war seit 2016 als stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats aktiv, dem Sammelbecken steuerfinanzierter Gender-Mainstreaming-Damen. Arn Sauer wiederum ist Gründungsmitglied des Bundesverbandes Trans* e.V. man rühmt ihn in der Szene als Referenten im Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbereich, als Gender-Trainer und Engagierten bei TransInterQueer e.V. in Berlin.

Mit der gesamten Stiftung, die nichts anderes tun soll, als Kernaufgaben eines bereits aufgeblasenen Familienministeriums zu erledigen, hat man also einem inoffiziellen Expertentum durch einschlägige Lobbygruppen den Weg bereitet. Und die arbeiten jetzt ohne parlamentarische Kontrolle, aber mit sicheren Etats. Eine vorparlamentarische Gender-APO ist damit auf Jahre durchfinanziert, den Zugang zu dem Geldsegen regelt derzeit die SPD. Mit Arn Sauer haben auch die Grünen einen ehemaligen Stipendiaten ihrer Heinrich-Böll-Stiftung installiert.

Sollte immer noch jemand glauben, Gleichstellungspolitik der Zukunft habe irgendetwas mit der statistischen Normalfrau und ihrer durchschnittlichen Familie mit 1,4 Kindern zu tun, der möge seine Hoffnungen gleich begraben. Denn es sind nicht nur diese beispielhaft herausgegriffenen Personalien, die dagegen sprechen, sondern eine Entwicklung, die sich seit Jahren anbahnt. Vorangetrieben von Linken und Grünen, und konsequent und naiv ignoriert von CDU und CSU.

Ignoranz der bürgerlichen Parteien

„Das Familienministerium ist nicht wichtig.“ Der Satz war unfreiwillig die vielleicht kürzeste, aber wohl ehrlichste Begründung, warum die CDU ihren Status einer Volkspartei wahrscheinlich für immer verspielt hat. Sie hat ihn selbst fahrlässig verschenkt, indem sie ihren gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch ohne Not aufgab. Der Satz fiel im Sommer vor der Bundestagswahl 2017 als



Gesellschaftliches Auslaufmodell? Die klassische Familie mit leiblichen Eltern und eigenen Kindern

Foto: Shutterstock

Antwort eines Präsidiumsmitgliedes der CDU auf meine Frage, ob die Partei sich das Ressort Familie wieder zurückholen werde. Meine Frage nach einem Alleinstellungsmerkmal der CDU-Familienpolitik wurde nach sehr langem Nachdenken mit dem Satz: „Wir sind als einzige gegen die Homoche“ beantwortet. Unabhängig davon, ob man das ernsthaft als familienpolitisches Konzept betrachten will, ist auch das zwischenzeitlich von der Geschichte überholt. Das Familienministerium war nicht wichtig, die harten Ressorts Innen, Finanzen, Wirtschaft relevant, der Rest Verhandlungs- und Abfallmasse für den kleineren Koalitionspartner.

Nicht nur der Altkanzler Gerhard Schröder, dem man bis an sein Lebensende das Bonmot vom Ressort „Frau und Gedöns“ feministisch nachtragen wird, unterschätzte in gewaltiger Fehleinschätzung die Gestaltungsmacht dieses Ministeriums. Die SPD-Frauen waren da viel klüger und bauten das Ressort vor allem mit dem Programm „Demokratie leben!“ zu einem finanziellen Umschlagplatz für unzählige vorparlamentarische Gruppen und Institutionen aus, die seither den „Kampf gegen Rechts“ strategisch geschickt mit dem Kampf für Genderpolitik inhaltlich verbunden haben. Die massiv von diesem Ministerium subventionierte Amadeu Antonio Stiftung mit ihrer „Fachstelle Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechts-extremismus“ zeigt dies exemplarisch.

Die politische Dekonstruktion der Familie ist längst in vollem Gange und hat einen langen Vorlauf. Nicht mehr durch Abstammung, sondern durch zivilrechtliche Verträge soll sich Familie in Zukunft definieren. Mehrere Parteien und Akteure treiben dies abseits der Tagesberichterstattung seit vielen Jahren mit Beharrlichkeit sowohl im Bundestag als auch im vorparlamentarischen Raum und nicht zuletzt durch gezielte Musterklagen vor Gericht unter den unterschiedlichsten Labeln voran.

Bereits 2015 ließ der damalige Justizminister Heiko Maas eine „Arbeitsgruppe Abstammungsrecht“ einsetzen. Ihr 130-Seiten-Abschlussbericht aus dem Jahr 2017 verwarf damals gar den Begriff der biologischen Abstammung als „missverständlich“ und empfahl stattdessen die „rechtliche Eltern-Kind-Zuordnung“ als Ersatzbegriff für natürliche Elternschaft. Man kann das mit Fug und Recht als Paradigmenwechsel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, wenn Elternschaft fortan im Regelfall nicht mehr durch biologische Fakten, sondern durch wieder lösbare Verträge determiniert sein soll. Seither beziehen sich zahlreiche politische Akteure auf die Ergebnisse dieser demokratisch unautorisierten „Expertenempfehlungen“ für ein neues Abstammungsgesetz.

Familie für alle

Die im Anschluss an 2017 entwickelten Gesetzesinitiativen von Linken, Grünen, SPD und FDP lesen sich wie ein Entwurzelungs-Programm kommender Generationen: Mit-Mutterschaft für zwei Frauen ohne Nennung des Vaters, Vier-Elternschaft (wie es die FDP gerne hätte), Adoptionsrecht für Homosexuelle, Legalisierung von Eizellspende, Embryonenspende und zum Einstieg der vorerst „nicht-kommerziellen“ Leihmutterschaft, krankenkassenfinanzierte assistierte Samenspende für alleinstehende Frauen, neue selbstdefinierte Geschlechtseinträge von „non-binär“ bis „divers“ für Geburtsurkunden und Reisepässe, Kinderrechte in die Verfassung, Geschlechterwechsel ab 14 auch ohne Einverständnis der Eltern und nicht zuletzt als wesentlicher Baustein der Ersatz des aktuellen Transsexuellen-Gesetzes durch ein neues „Selbstbestimmungsgesetz“, bei dem ohne Arzt und Therapeut sich jeder selbst sein Geschlecht auf dem Standesamt „definiert“. Damit würde sich die Politik final von biologischen Faktoren zur Bestimmung von Geschlecht und Elternschaft verabschieden.

Maas argumentierte damals, man müsse das Gesetz „den gesellschaftlichen Realitäten anpassen“. Schon damals war zweifelhaft, ob die neuen Normen wirklich eine Anpassung, oder nicht eher eine Schaffung neuer Realität bedeuten. Der Satz von Maas wiederholt sich nun gerade wörtlich im Sondierungspapier als Begründung für eine Anpassung für „das Familienrecht, das Abstammungsrecht und das Transsexuellengesetz“. Aber auch für die Neueregungen bei der Reproduktionsmedizin, die Einführung „neuer Verantwortungsgemeinschaften“ und einen undefinierten neuen „Pakt für Zusammenleben“, den man ermöglichen wolle. Von Familie spricht das Papier nahezu nichts, dafür von einem „Neustart der Familienförderung“ und auffällig davon, Kinder „elternunabhängig“ nicht nur mit Kinderrechten im Grundgesetz, sondern auch mit einer finanziellen Kindergrundversorgung, einem Wahlrecht ab 16, Ganztagsbetreuung von Kita bis Schule und elternunabhängigem BAföG („Lebenschancen-BAföG“) zu versorgen. Keine Frage, man hat sie abseits der Erziehungsberechtigten als Wählergruppe neu im Visier. Braucht es im „Vater Staat“ überhaupt noch biologische Eltern?

Abseits parlamentarischer Mehrheiten agieren zudem inzwischen Non-Profit-Organisationen wie etwa die „Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GGF)“ offen als Brandbeschleuniger einer neuen Strategie einschlägiger LGBTIQ-Gruppen: klagen statt wählen. Wozu über Jahre Mehrheiten in Parlamenten suchen, wenn eine einzige Entscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht ein ganzes Land kippen kann? Das hat ja bereits mit der Homoche und dem Geschlechtseintrag „divers“ mustergültig und gut vorbereitet funktioniert. Man klagt sich entsprechend mit Dutzenden an konstruierten Musterfällen durch die Instanzen und sucht dafür offensiv nach Klienten. Parteien wie etwa die Grünen flankieren die Fälle mit passenden Gesetzesinitiativen.

Regenbogen statt Schwarz-Rot-Gold

Im Themenblock Familie und Geschlechterpolitik stehen ausformulierte Gesetzesvorhaben in der Pipeline, es gibt hier allenfalls Nuancen in den Unterschieden bei Grünen, Linken, SPD und FDP. Im Sondierungspapier sagt man zusätzlich der wie auch immer definierten „Queer-Feindlichkeit“ den Kampf an, umzusetzen durch ein neues „Demokratiefördergesetz“. Man darf gespannt sein, welche Meinung dann noch als „demokratieförderlich“ oder dann doch als „Hassrede“ gilt. Zumal die Forderungen der LGBTI-Gruppen durch Ergänzung des Diskriminierungsverbotes des Grundgesetzes um den Faktor der „sexuellen Identität“ fortan vor Widerspruch bewahrt werden sollen.

Die Personal-Politik der Grünen wird der LGBT-Lobby und vor allem der Trans-Agenda weiteren Schwung verleihen, nicht nur in der Bundesstiftung Gleichstellung, sondern auch direkt im Parlament: Auf dem Ticket der Grünen sind nämlich mit Markus „Tessa“ Ganser und Nyke Slawik zwei „Transfrauen“ neu in den Bundestag eingezogen, die sich die Durchsetzung des besagten „Selbstbestimmungsgesetzes“ auf die Fahnen geschrieben haben. Es ist also wahrscheinlich, dass das Familien-Ressort wieder der SPD, noch wahrscheinlicher den Grünen in die Hände fallen wird, und dann wird in vielerlei Hinsicht ab sofort nicht mehr schwarz-rot-gold, sondern zunehmend regenbogenfarben die Fahne hisst.

● Birgit Kelle ist Publizistin und schreibt unter anderem für „Die Welt“, „Focus“ und „The European“. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020).

www.birgit-kelle.de

● MELDUNGEN

Bewusstlos geprügelt

Berlin – Drei unbekannte Täter haben in Berlin-Spandau einen 36-jährigen deutschen Staatsbürger lebensgefährlich verletzt, nachdem dieser sich geweigert hatte, „Free Palestine“ (Freies Palästina) zu rufen. Laut Polizeiangaben ereignete sich der Angriff vorvergangenen Montag gegen 22.35 Uhr am Altstädter Ring in Spandau. Die drei Täter schlugen und traten das Opfer und fügten ihm dabei lebensbedrohliche Kopfverletzungen bei. Zeugen des Vorfalls alarmierten einen Rettungswagen, der den vorübergehend bewusstlosen Mann ins Krankenhaus brachte. Die Polizei hat nach eigenen Angaben bislang keine Erkenntnisse, dass sich die drei Männer und das Opfer gekannt haben. Die weiteren Ermittlungen, auch zur Frage, ob es sich um einen antisemitisch motivierten Angriff gehandelt hat, werden von der Kriminalpolizei durchgeführt. Die Parole „Free Palestine“ wird üblicherweise als anti-israelisch eingestuft, da sie das Existenzrecht des Staates Israel infrage stellt. *N.H.*

Radikalisierung der Linksjugend

Berlin – Bengt Rüstemeier ist in den Berliner Landesvorstand der Jugendorganisation der Linkspartei, der Linksjugend Solid, gewählt worden. Im Februar dieses Jahres hatte der 23-jährige Jurastudent und erklärte Kommunist noch wegen Gewaltphantasien vom Landesvorstand der SPD-Jugendorganisation Jusos zurücktreten müssen. Inhaltlich geht mit der Wahl von Rüstemeier ein strammer Linkskurs einher. So will die Linksjugend Solid Berlin gemäß einem Beschluss ihrer Landesvollversammlung, des höchsten beschlussfassenden Gremiums der Organisation, künftig „nicht mehr direkt mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere B90/Grüne, SPD oder deren Jugendverbänden“ zusammenarbeiten. Zudem kündigte sie an, Franziska Giffey (SPD) als Regierende Bürgermeisterin nicht mitzutragen, und forderte die Linkspartei auf, „die Koalitionsverhandlungen zu verlassen“. *P.E.*

13. Opfer vom Breitscheidplatz

Berlin – Die Zahl der Todesopfer des Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 ist von zwölf auf 13 gestiegen. Bereits Anfang Oktober ist Sascha Hüsges im Alter von 49 Jahren gestorben. Hüsges war als Ersthelfer zum Tatort geeilt, an dem der radikale Moslem Anis Amri bereits zwölf Besucher eines Weihnachtsmarkts mit einem Lkw getötet hatte. Dabei wurde er von einem Balken derart schwer verletzt, dass er seitdem von seinem Ehemann gepflegt werden musste. Hüsges' früher Tod wird als Spätfolge der schweren Verletzung eingestuft. Die Angehörigen des Verstorbenen haben den Senat in einem Brief aufgefordert, den Namen von Sascha Hüsges neben denen der anderen zwölf Opfer in die Stufen am Anschlagort zu gravieren. Die Gruppe der übrigen Hinterbliebenen und Opfer – es wurden auch 60 Menschen verletzt – unterstützt diese Forderung. Der Senat zeigt sich dafür offen. *H.H.*



Investitionsstau: Was nützt das Geld, wenn die staatliche Verwaltung nicht nachkommt?

Foto: Imago/Steinbach

INVESTITIONSTAU

Es liegt nicht nur an fehlendem Geld

Die Mittel sind da, sie fließen aber nicht ab: Die Bundesministerien schieben eine Milliarden-Bugwelle von sogenannten Ausgaberesten vor sich her

VON NORMAN HANERT

Parallel zu den Verhandlungen für eine „Ampel“-Koalition überschlagen sich Ökonomen, Gewerkschaften und Unternehmensverbände mit Forderungen nach mehr öffentlichen Investitionen. In einem ungewöhnlichen Schritt haben der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die IG Metall in einem gemeinsamen Positionspapier von der künftigen Bundesregierung mehr Investitionen und ein höheres Tempo beim Umbau in eine „digitale und klimaneutrale Zukunft“ gefordert. Jörg Hofmann, der Erste Vorsitzen-

de der IG Metall, beziffert in diesem Zusammenhang den Investitionsbedarf auf mehr als eine halbe Billion Euro für die Jahre bis 2030.

Ein strukturelles Problem

In Deutschland ist vielerorts ein Investitionsstau unübersehbar, dennoch ist angesichts der Geldwünsche von „Ampel“-Politikern, Wirtschaftsvertretern und Gewerkschaftern auch eine gewisse Skepsis geboten. Schon vor der Corona-Krise schoben die Bundesministerien nämlich eine Bugwelle von sogenannten Ausgaberesten vor sich her. Dabei handelt es sich um Mittel, die der Bundesfinanzminister

den Ministerien bewilligt hatte, die letztendlich aber gar nicht abgeflossen sind.

Im Pandemie-Jahr 2020 wuchs der Berg an Ausgaberesten der Bundesministerien auf die stolze Summe von mehr als 67 Milliarden Euro an. Für dringend benötigte Investitionen hatte der Bund vergangenes Jahr mehr als 71 Milliarden Euro eingeplant, am Ende blieben bei den Ministerien aber 21 Milliarden Euro ungenutzt liegen. Mit dabei waren Mittel für den Ausbau von Bundesautobahnen, die Wasserstoffstrategie des Bundes und den digitalen Breitbandausbau in ganz Deutschland. Da die Gelder nicht verfallen, konnten die Ministerien die nicht

SAARLAND

Chaos bei den Kleinen

An der Saar machen die traditionellen Volksparteien den Kampf um die Macht unter sich aus

Nach dem jetzigen Stand wird die erste Landtagswahl nach der vergangenen Bundestagswahl vom 26. September am 27. März im Saarland stattfinden. Voraussichtlich wird sich Ministerpräsident Tobias Hans (CDU), der das Amt vor drei Jahren von Annegret Kramp-Karrenbauer geerbt hat, dann erstmals zur Wahl stellen. Während der Corona-Krise wurde der 43-jährige Landeschef bundesweit bekannt, präsentierte sich als Macher und Mahner mir ruhiger Hand. Trotzdem zog bei der Bundestagswahl auch im Saarland die SPD an der CDU vorbei.

So könnte am Abend des 27. März die Stunde der Wirtschaftsministerin und SPD-Landesvorsitzenden Anke Rehlinger schlagen. Seit mehr als neun Jahren regiert die SPD als Juniorpartner in Saarbrücken mit, und dass die Große Koalition

dort auch zukünftig regiert, daran zweifelt ernsthaft niemand. Die Frage ist nur, wer Koch und wer Kellner wird.

Hinter den beiden traditionellen Volksparteien, die im Saarländer Landtag noch groß sind, bildet die Linkspartei mit sechs der insgesamt 51 Abgeordneten bereits die dritte Kraft im Parlament. Doch das Tischtuch zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine und seinem Landesverband ist zerschnitten, seit die Basis die Bundestagskandidatur von Lafontaines Erzfeind Thomas Lutze durchwinkte. Der frühere Ministerpräsident riet bei der Bundestagswahl davon ab, die Linke zu wählen. Nachdem der junge Parlamentarier Dennis Lander, ein Gefolgsmann Lafontaines, bei der Listenaufstellung für den Landtag durchgefallen ist, dürfte die Stimmung des 78-Jährigen kaum

besser geworden sein. Immer wieder kursiert das Gerücht, er könne mit einer „Liste Lafontaine“ den Alleingang wagen. Abschließend geäußert hat er sich dazu nicht.

Ein Stück weiter sind bereits die nicht im Landtag vertretenen Grünen. Aufgrund interner Querelen konnten sie an der Saar nicht einmal zur Bundestagswahl antreten. Ein handlungsfähiger Vorstand existiert derzeit nicht, der Bundesverband hat Ordnungsmaßnahmen in Aussicht gestellt. Wie bei den Linken geht es um manipulierte Mitgliederlisten und gekaufte Delegiertenstimmen. Ein Ende des Chaos ist nicht in Sicht. Vorsorglich hat sich in den vergangenen Wochen eine „Grüne Liste“ gebildet, die einen Wahlantritt prüft.

Traditionell chaotisch geht es auch bei der AfD zu. Zwar schaffte die Partei mit zehn Prozent bei der Bundestagswahl das

ausgegebenen Gelder ins laufende Jahr mitnehmen.

Im Zusammenhang mit Ausgaberesten fiel in den vergangenen Jahren ziemlich regelmäßig das Bundesverkehrsministerium unter Andreas Scheuer (CSU) auf. Im Jahr 2018 saß sein Ministerium auf ungenutzten Mitteln in Höhe von 1,7 Milliarden Euro, 2019 sah es ähnlich aus. Vergangenes Jahr sind die Ausgabereste aller Bundesministerien auf die genannten 67 Milliarden Euro angewachsen

Corona verstärkt die Entwicklung

Verstärkt wurde die Entwicklung durch das mit Corona begründete zeitweilige Aussetzen der Schuldenbremse. Der Bund hat die Gelegenheit genutzt, um die Nettokreditaufnahme kräftig nach oben zu fahren. So sieht der Bundeshaushalt für die Jahre 2020, 2021 und 2022 eine Nettokreditaufnahme von insgesamt rund 470 Milliarden Euro vor. Es ist davon auszugehen, dass die Haushaltspolitiker die Ausnahme-situation dafür genutzt haben, auf Vorrat Kredite aufzunehmen für die Zeit, wenn die Schuldenbremse wieder greift.

Die regelmäßig angefallenen Ausgabereste aus der Zeit vor der Corona-Krise zeigen aber, dass es ein generelles Problem bei den öffentlichen Investitionen gibt. BDI-Präsident Siegfried Russwurm verband seine Forderung nach mehr öffentlichen Investitionen denn auch mit der nach schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren, rascheren Rechtswegen sowie einer Verwaltungsreform. Auch der Wirtschaftsforscher Michael Hüther vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft hat neben einem hohen Nachholbedarf bei Investitionen in Deutschland ein Problem beim „administrativen Staatsaufbau“, also der Verwaltung, konstatiert.

Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung spielt dabei ebenso eine Rolle wie immer komplizierter werdende Gesetze und regelmäßige Verschärfungen etwa beim Brandschutz. Parallel zum Beginn der „Ampel“-Koalitionsgespräche haben 14 Wirtschaftsverbände gemeinsam gefordert, beim Verbandsklagerecht die EU-Vorgaben effektiv und sachgerecht, aber auch mit Augenmaß umzusetzen.

Der deutsche Staat ist mit seinem Problem, Investitionsvorhaben umzusetzen, kein Einzelfall. So bemängelte der Europäische Rechnungshof in seinem jüngsten Bericht nicht nur, dass Mittel aus den EU-Töpfen in unsinnige oder mindestens fragwürdige Projekte geflossen seien, sondern auch, dass 300 Milliarden Euro an Fördermitteln von den EU-Mitgliedstaaten nicht abgerufen worden seien. Gerade kleinere Kommunen sind mit der Bürokratie zur Fördermittelbeantragung überfordert. Zum Teil fehlen aber auch ganz einfach förderungsfähige Projekte.

beste West-Ergebnis. Spitzenkandidat und Landeschef Christian Wirth hat aber wenig Grund zu feiern. Kürzlich erklärte ein Gericht seine Wahl zum Vorsitzenden in erster Instanz für ungültig. Angestrengt wurde das Verfahren von Wirths Vorgänger Josef Dörr. Der ist Chef der Landtagsfraktion und sorgte für den Ausschluss seines Gegenspielers Lutz Hecker. Dessen Trost besteht darin, dass ihn Wirth zum Spitzenkandidaten zur Landtagswahl machen möchte.

Trotz guter Umfragewerte hat die FDP bislang gar keinen Spitzenkandidaten. Landeschef Oliver Luksic, der einzige prominente Liberale an der Saar, hat wenig Lust, sein Bundestagsmandat aufzugeben. Wann ein Spitzenkandidat gefunden sein wird, steht noch in den Sternen.

Peter Entinger

BERLIN ALEXANDERPLATZ

Wolkenkratzer gegen den Angstraum

Bemühungen, die Kriminalität am „Alex“ zurückzudrängen, versandeten – nun sollen die Architekten ran

VON HERMANN MÜLLER

Bislang war den Versuchen, Deutschlands größten öffentlichen Platz, den Berliner Alexanderplatz, zu befrieden, wenig Erfolg beschieden. Nun richten sich die Hoffnungen der Politiker darauf, den „Alex“ mit städtebaulichen Mitteln zu ordnen. Seit Ende 2017 steht mitten auf dem „Alex“ eine eigene Polizeiwache, die rund um die Uhr besetzt ist. Zudem arbeitet bei der Kriminalpolizei eine eigene Ermittlungsgruppe „Alex“. Seit 2018 steht sogar ein Staatsanwalt bereit, der speziell für Täter vom Alexanderplatz zuständig ist. Trotz der Bemühungen sind der Platz und seine Umgebung ein Schwerpunkt der Kriminalität geblieben. Die wichtigste Wirkung der „Alex“-Wache scheint darin zu liegen, das massive Kriminalitätsproblem in den Bereich der Liebknechtstraße und des Roten Rathauses verdrängt zu haben.

Kaum ein Tag vergeht, an dem die Polizei nicht rund um den Alexanderplatz eine Straftat wie Raub, Diebstahl, Vergewaltigung oder sogar Mord registrieren muss. Im Jahr 2012 sorgte der Todesfall Jonny K. sogar für eine bundesweite Diskussion über die Kriminalität jugendlicher Ausländer.

Erinnerung an den Tod von Jonny K.

Jonny K. war im Oktober jenes Jahres nur wenige Gehminuten vom Alexanderplatz entfernt aus einer sechsköpfigen Gruppe junger Männern mit türkischen Wurzeln heraus unter anderem durch Tritte gegen den Kopf so stark verletzt worden, dass er ins Koma fiel und am Folgetag verstarb. Diesem Verbrechen folgten immer wieder Gewalttaten in der Gegend um Alexanderplatz, Rotem Rathaus und Fernsehturm. 2019 attackierten sich etwa 50 Jugendliche bei einer Massenschlägerei mit Fußtritten, Faustschlägen und Pfefferspray.

Erst am 8. Oktober dieses Jahres hatten Mitarbeiter der Stadtreinigung im Bereich neben dem Alexanderplatz, an den Wassertreppen unter dem Berliner Fernsehturm, in den frühen Morgenstunden eine Leiche gefunden. Der Tote, ein 27-jähriger Vietnameser, lag in einer großen Blutlache und hatte schwerste Verletzungen. Nach Zeugenhinweisen nahmen Zelfahnder der Polizei einen 22-jährigen



Kaum ein Tag vergeht ohne Straftat: Abgeriegelter Tatort im U-Bahnhof am Alexanderplatz

Foto: imago images/Snapshot

Pakistaner fest. Dieser war einem Zeugen in der Vergangenheit schon aufgefallen, weil er in der Gegend häufig für Streit gesorgt hatte.

Nach den Erfahrungen der Polizeibeamten gehen viele Straftaten am Alexanderplatz auf jugendliche Asylsucher aus Syrien, Afghanistan, Pakistan und dem Irak zurück. Auch wird der Rauschgift-handel im Areal zwischen Rotem Rathaus und „Alex“ von arabischen Drogenhändlern beherrscht. Dementsprechend setzt die Polizei Beamte ein, die über Sprachkenntnisse in Arabisch, Türkisch und Kurdisch verfügen.

Trotz der mittlerweile seit Jahrzehnten laufenden Bemühungen ist es der Berliner Politik bislang nicht gelungen, den „Alex“ zu befrieden. Für einen vorübergehenden Rückgang der Kriminalität rund um den Platz hat lediglich das Coronavirus gesorgt. Mittlerweile haben die Kriminalitätszahlen aber längst wieder das Ni-

veau aus der Zeit vor der Pandemie erreicht. Inzwischen hoffen Landes- und Bezirkspolitiker offenbar auch auf städtebauliche Mittel, um Verwahrlosung, Drogen und Gewalt zurückzudrängen.

Berlins höchstes Wohnhaus geplant

Deutlich wurde dies kürzlich bei einer Feierstunde für ein neues Bauprojekt. Geladen hatte das Unternehmen Signa Real Estate, das zum Firmengeflecht des österreichischen Milliardärs René Benko gehört. Bei dem „Abbruch-Event“ traten neben Signa-Chef Timo Herzberg und dem weltbekannten Architekten Jan Kleihues auch Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) sowie Berlins Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel (Linkspartei) in Aktion, indem sie ein Stück der Fassade des Galeria-Kaufhof symbolisch zertrümmerten.

Die Signa Real Estate will mit einem teilweisen Rückbau des Kaufhauses Platz

für ein Hochhaus schaffen. Der Plan sieht vor, bis 2025 einen 134 Meter hohen Bau mit 33 Stockwerken für Büros, Wohnungen und Gastronomie zu errichten. Der verbleibende Kern des Galeria-Kaufhof-Gebäudes soll künftig als Sockelgebäude des Hochhauses dienen. Bei dem feierlichen Auftakt für das Projekt erklärte der scheidende Stadtentwicklungssenator: „Wir brauchen ein Zentrum mit 24/7-Betrieb und nicht eines, das Abends Angst-raum ist.“ Auch Bezirksbürgermeister von Dassel erhofft sich von den „teilöffentlichen“ Flächen im Signa-Hochhaus sowie durch „niedrigschwellige Konsumangebote“ im Erdgeschoss des neuen Baus eine befriedende Wirkung auf die Umgebung. Neben dem Signa-Neubau werden in den kommenden Jahren noch weitere Hochhaustürme am Alexanderplatz entstehen. Unter anderem soll mit dem 150 Meter hohen „Alexander“ auch Berlins höchstes Wohnhaus hier entstehen.

FLUGHAFEN BER

Geplantes Behördenzentrum gibt Rätsel auf

Linkspartei fürchtet Abschiebe-Einrichtung – die AfD warnt vor dem genauen Gegenteil

Pläne des brandenburgischen Innenministeriums, am Flughafen BER ein Behördenzentrum für Migration und Asylverfahren aufzubauen, haben das Potential für einen Koalitionskrach innerhalb der rot-schwarz-grünen Landesregierung. Die neue Einrichtung am Flughafen in Schönefeld soll ab 2025 gemeinsam von Bundesbehörden und Brandenburger Behörden genutzt werden. In einer gemeinsamen Erklärung hatten Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) Ende September als Zweck des Zentrums die Beschleunigung der „Aufnahme und Ausreise von Drittstaatsangehörigen“ angegeben. Dafür sollen am BER Landes-, Bundes- und sogar Kommunalbehörden zusammenarbeiten.

Dem Konzept entsprechend ist auf der geplanten Anlage mit mehr als vier Hektar

Größe Platz für Brandenburgs Zentrale Ausländerbehörde, für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und auch für die Bundespolizei vorgesehen. Bei den in Brandenburg mitregierenden Grünen wachsen allerdings Befürchtungen, dass auch eine Einrichtung für Abschiebehaft Teil des Behördenzentrums werden soll. Die Landesvorsitzende der Brandenburger Grünen, Julia Schmidt, sagte, die Informationen über das geplante Zentrum seien noch spärlich.

„Wir holen derzeit Informationen auf allen Ebenen ein“, so Schmidt. Sie stellte allerdings bereits klar, „dass es mit uns dort keine Abschiebehaftanstalt geben wird, und das hat uns das Innenministerium auch so bestätigt“. Bei den Verhandlungen für eine Kenia-Koalition in Brandenburg hatten sich SPD, CDU und Grüne im Jahr 2019 auf die Formulierung geei-

nigt, dass die „Anordnung von Abschiebehaft“ lediglich „die Ultima Ratio“ sein könne.

Besonders scharfe Kritik an den Plänen kommt von der Linkspartei. Die migrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Andrea Johlige, kritisierte, Innenminister Stübgen habe mit der Unterzeichnung einer Grundsatzvereinbarung mit Bundesinnenminister Seehofer Tatsachen geschaffen: „Und dies zu einem Zeitpunkt, wo Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene stattfinden, die durchaus auch neue Weichenstellungen in der Migrationspolitik bedeuten können“, so Johlige.

Die meisten werden eher einreisen

Im Zusammenhang mit den Plänen äußerte sie sogar die Vermutung, das Behördenzentrum am BER solle „zum Abschiebe-

Drehkreuz Nr. 1 in Deutschland werden“. Bei der Landtagsfraktion der AfD gehen die Befürchtungen in eine ganz andere Richtung. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Lena Duggen, bezweifelt stark, dass bei der rot-schwarz-grünen Koalition tatsächlich der Wille vorhanden ist, das Behördenzentrum auch für Abschiebungen zu nutzen. Duggen verwies dabei auf mehrere tausend Personen im Land, die seit Jahren ausreisepflichtig sind und nicht abgeschoben werden.

Nach Informationen des Senders rbb sollen Vertreter des Innenministeriums bei einer Präsentation vor Gemeindevertretern in Schönefeld tatsächlich auch die Information gegeben haben, dass die meisten Personen, welche in dem geplanten Behördenzentrum untergebracht werden, nicht ausreisen, sondern an- oder einreisen werden. Norman Hanert

● KOLUMNE

Rechts, Rechtsstaat, Illegalität

VON THEO MAASS

Aktivisten, die wohl einer kleinen Rechtspartei angehören sollen, hatten unlängst an der Oder Patrouillen organisiert. Sie wollten Asylsucher aufspüren, die von Weißrussland kommend Polen durchquert hatten, um in Deutschland Asyl zu beantragen. Die Polizei marschierte unverzüglich auf, sprach Platzverweise aus und beschlagnahmte Pfefferspray und andere legale Waffen.

Während in den USA normale Bürger derartige Aktivitäten entfalten, die Eindringlinge abzuhalten, erklären deutsche Innenminister derartige Patrouillen für illegal, da sie das Gewaltmonopol des Staates brächen. Unterdessen demonstrierten Linksextreme in Guben unter der Parole: „Wir wollen den Neonazis nicht die Region überlassen. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass Asyl ein Menschenrecht ist und bleibt.“

Letztlich erreichen die rechten Aktivisten, was sie beabsichtigen. Der Staat zeigt sich unfähig, mit der Asylsucherschwemme fertig zu werden. Der Bürgermeister von Guben, Fred Mahro (CDU), erklärte, er lehne jegliche Form von Selbstjustiz oder die Übernahme von Teilen des Gewaltmonopols des Staates, durch welche Gruppierung auch immer, ab. Er sei konsequent gegen jegliche Form von „Grenzgängen“ und bitte darum, dem Aufruf der selbsternannten Grenzschrützer nicht zu folgen.

Das wäre ganz ohne Beigeschmack, wenn die staatlichen Organe ihrer Aufgabe zum Grenzschutz vorbildlich nachkämen und den freischaffenden Grenzschrüttern damit das Wasser abgrüben. Doch selbst Mahros CDU erweckt eher den Eindruck, dass sie in Fragen der illegalen Einwanderung nicht allzu weit von den Grünen und der Linkspartei entfernt ist. In Brandenburg stellt die CDU den Innenminister. Es wäre dessen Aufgabe, illegale Zuwanderung zu unterbinden.

● MELDUNG

Immer weniger Taxis in Berlin

Berlin – Nachdem in Berlins Taxibranche lange Zeit Klagen über einen harten Konkurrenzkampf und zu viele Konzessionen tobte, ist die Zahl von Taxis inzwischen deutlich gesunken. Wie die Senatsverkehrsverwaltung auf Anfrage der „Berliner Zeitung“ mitteilte, hatten in der Hauptstadt im September nur noch 6129 Fahrzeuge eine Taxikonzession. Im Vergleich zum Jahr 2019 war die Zahl damit um fast ein Viertel zurückgegangen. Bereits 2016 war ein Beratungsunternehmen in einem Gutachten für den Berliner Senat zu der Einschätzung gelangt, dass sich in Berlins Taxigewerbe „flächendeckend rechtswidrige Strukturen entwickeln, die mittels Steuerhinterziehung und Sozialbetrug die öffentlichen Kassen in hohem Maße schädigen und eine beispiellose Wettbewerbsverzerrung hervorbringen“. Als Leidtragende dieser Entwicklung hatten die Gutachter diejenigen Taxiunternehmer identifiziert, die sich an die Gesetze halten. N.H.

● MELDUNGEN

Vorwurf entkräftet

Brüssel/Sofia – Der geschäftsführender Vizepräsident und Kommissar für Klimaschutz in der EU-Kommission Frans Timmermans hat bei einem Besuch in Bulgarien mit Bezug auf den europäischen Gasmarkt erklärt, Russland erfülle seine Vereinbarungen mit der EU. Laut dem Niederländer gibt es in Brüssel keine Gründe für die Annahme, Moskau würde den Gasmarkt zu seinen Gunsten manipulieren. Hinsichtlich der Nord-Stream-2-Gasleitung sagte der 60-Jährige, es sei nun Angelegenheit der deutschen Behörden, die Pipeline zu zertifizieren. Die EU-Kommission habe danach zwei Monate Zeit für eine Einschätzung. Eine Gruppe von Abgeordneten des EU-Parlaments, darunter der Grüne Reinhardt Bütikofer, hatte im September in einem gemeinsamen Brief an die EU-Kommission den Vorwurf erhoben, der russische Energiekonzern Gazprom halte bewusst Gaslieferungen zurück, um den Marktpreis in die Höhe zu treiben. *N.H.*

Aktenfreigabe verschoben

Washington – US-Präsident Joe Biden hat am 22. Oktober bekannt gegeben, dass eine Reihe von Dokumenten zur Ermordung des damaligen Präsidenten John F. Kennedy, deren Freigabe ursprünglich für den November geplant war, zunächst weiterhin unter Verschluss bleibt. Als Grund nannte er die Corona-Pandemie. Nun soll eine erste Tranche von Akten bis zum Ende dieses Jahres, eine weitere bis Ende 2022 freigegeben werden. Die Verschiebung wird damit begründet, dass den zuständigen Bundesbehörden genügend Zeit gegeben werden solle, die Unterlagen nochmals im Hinblick auf drohende Nachteile für die nationale Verteidigung, Geheimdienstoperationen, die Strafverfolgung oder Auslandsbeziehungen durchzusehen. Im Jahr 2017 hatte der damalige US-Präsident Donald Trump entschieden, die Geheimhaltung von etwa 3000 Dokumente zum Tod Kennedys nicht mehr zu verlängern. *N.H.*

Peso stark unter Druck

Buenos Aires – In Argentinien eskaliert im Vorfeld der Kongresswahlen der Streit über die Schulden des Landes und deren Regulierung. Aus Sorge vor einer Niederlage will die Regierung die Staatsausgaben ausweiten, während der Internationale Währungsfonds (IWF) das Gegenteil fordert. Durch ihre Erhöhung der Geldmenge hat die Regierung die Inflation auf über 50 Prozent getrieben. Das schwächt den Peso, was sie wiederum durch eine Devisenkontrolle vergeblich in den Griff zu bekommen sucht. Die Kongresswahlen sind nur die Overture. 2023 finden Präsidentschaftswahlen statt. Die Vorwahlen deuten auf schwere Verluste für die Parteien hin, die Präsident Alberto Fernández und Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner unterstützen. Horacio Rodríguez Larreta, der Bürgermeister von Buenos Aires, hat gute Aussichten, der nächste Präsident zu werden. *F.B.*

WESTBALKAN

Alte Konflikte verhindern EU-Beitritte

Machtansprüche, Kirchenhierarchie oder Autokennzeichen – Streitigkeiten der Vergangenheit flammen auf

Beim EU-West-Balkangipfel am 6. Oktober in Slowenien sollte es eigentlich um die Zukunft der aus der Restmasse Jugoslawiens entstandenen Staaten gehen, aber die Konflikte der Vergangenheit waren gerade wieder hochgespült worden. Diese Konflikte sind keine gute Werbung für einen baldigen EU-Beitritt. Dennoch ließ EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen wissen: „Wir möchten den Westbalkan in der Europäischen Union haben.“ Aber kleine Länder mit großen Konflikten sind auch für die EU nur eine Belastung und bergen eine Gefahr für Europa.

Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan und China sorgen auch auf dem Balkan für genügend Gegenfeuer zur EU. Wie Putin eine „russische Welt“ schaffen will, so möchte auch der serbische Innenminister Alexander Vulin eine „serbische Welt“ schaffen, wie er im Juli sagte. Dazu gehören alle serbisch besiedelten Gebiete außerhalb Serbiens, vor allem im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina. Vulin sagte, serbi-

sche Soldaten sollten überall auf der Welt Serben verteidigen.

In den Nachbarländern, insbesondere jenen mit einer großen ethnisch serbischen Volksgruppe wie Bosnien, Montenegro und Kosovo, sorgten diese Worte für Besorgnis und Widerspruch. Nach der Rede kam es deshalb auch zu Konflikten in einigen dieser Nachbarstaaten, nicht zuletzt in Montenegro, wo Anfang September die Amtseinführung des neuen Metropoliten der serbisch-orthodoxen Kirche für Montenegro, Joanikije II. Micovic, mit einigen Schwierigkeiten verbunden war.

Ähnlich wie die meisten orthodoxen Kirchen und Klöster in der Ukraine zum russisch-orthodoxen Patriarchat in Moskau gehören, gehören in Montenegro die meisten Kirchen und Klöster auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2006 zur serbisch-orthodoxen Kirche mit Sitz in Belgrad. Montegrinisch-nationalistische Kräfte versuchen, eine montenegrinisch-orthodoxe Kirche als neue Nationalkirche zu etablieren.

Wie Wladimir Putin eine „russische Welt“ schaffen will, so träumt der serbische Innenminister Alexander Vulin von einer „serbischen Welt“.

Mit einer eigenen Nationalkirche wollen einige auch die alte Monarchie des Hauses Petrović-Njegoš wiedererrichten, das sehr eng mit der montenegrinischen Kirche verbunden war. Sitz des Königs war die Kleinstadt Cetinje, die heute 14.000 Einwohner hat. Sie war bis 1918 auch die Hauptstadt des Mini-Königreichs. Diese Stadt ist bis heute Sitz der serbisch-ortho-

doxen Kirche. Deren neuer Metropolit für Montenegro musste im September mit Porfirije Peric, dem Patriarchen der gesamten serbisch-orthodoxen Kirche, per Hubschrauber zu seiner Amtseinführung nach Cetinje eingeflogen werden, weil es massive Proteste gegen seine Amtseinführung gab.

Auch in Bosnien-Herzegowina, das unter drei Volksgruppen aufgeteilt ist, brodeln Konflikte aus der Vergangenheit. Das bosnisch-serbische Parlament hat im Sommer bekannt gegeben, sich nicht mehr an einer gemeinsamen bosnischen Armee zu beteiligen. Das kroatische Mitglied des dreiköpfigen Präsidiums, Zeljko Komsic, sprach zwar von einem „Akt der Rebellion“, im Hintergrund betreiben allerdings auch nationalistische Kräfte in Kroatien die Schaffung einer dritten, kroatischen Entität. Übrigbleiben werden nur die muslimischen Bosniaken, die allerdings nur weniger als ein Drittel des Landes kontrollieren.

EU bietet Geld statt Garantien

Am Ende des Sommers eskalierte der Kennzeichenstreit zwischen Kosovo und Serbien. Beide Länder wollten nur noch Fahrzeuge mit dem eigenen Landeskennzeichen die Grenze passieren lassen. Im nördlichen Teil Kosovos, wo die Mehrheit der Bevölkerung kosovo-serbisch ist, hatten daraufhin Angehörige der serbischen Minderheit aus Protest an zwei wichtigen Grenzposten Straßenblockaden errichtet. Die kosovarische und die serbische Regierung brachten Soldaten in die Grenzregion, bevor sich die Gemüter wieder beruhigten. Schließlich wollen beide verfeindeten Länder Mitglied der EU werden.

EU-Mitglieder wie Frankreich, Dänemark und die Niederlande stehen einer neuerlichen EU-Erweiterung Richtung Balkan skeptisch gegenüber. Sie wollen keinen weiteren Staaten ein Vetorecht einräumen, solange sich die jetzigen Mitglieder schon nicht auf gemeinsame Grundlagen in der Außen-, Rechts-, und Migrationspolitik einigen können. Deshalb gibt es vorerst keine Aufnahmeperspektive, aber viel Geld aus Brüssel. In den kommenden sieben Jahren sollen neun Milliarden Euro an Fördergeldern in die Region fließen. Damit hofft Brüssel, dass der Einfluss Russlands, Chinas und der Türkei auf dem Balkan zurückgedrängt wird.



Scurriler Streit um Kfz-Nummernschilder: Kosovarische Polizisten kontrollieren bei Jarinje die Grenze zu Serbien

Foto: pa

US-KONGRESS

An ihm könnte Bidens „Build Back Plan“ scheitern

West Virginias Senator Joe Manchin ist ein Parteifreund des Präsidenten – setzt aber auf Kohle

Die Klimawende des demokratischen US-Präsidenten Joe Biden droht zu scheitern, aber nicht etwa an den oppositionellen Republikanern, sondern an fehlender Unterstützung aus seinem eigenen Lager. Bidens „Build Back Plan“ einschließlich Infrastrukturpaket konnte Anfang Oktober nicht verabschiedet werden, weil in dem 435 Sitze zählenden Repräsentantenhaus trotz einer demokratischen Mehrheit von 222 Abgeordneten nicht genug Ja-Stimmen zusammengekommen sind.

Mit den für den Build Back Better Plan vorgesehenen dreieinhalb Billionen US-Dollar wollen Biden und insbesondere die linken Demokraten etwa Kinderbetreuung und den College-Besuch teils kostenlos machen. Der Klimawandel soll bekämpft, die Gesundheitsversorgung

soll ausgebaut und Medikamentenpreise sollen gesenkt werden.

Doch vor allem Senator Joe Manchin sträubt sich dagegen und an ihm kann das gesamte Vorhaben noch scheitern. Er steht dem Senatsausschuss für Energie und Rohstoffe vor. Sein Bundesstaat West Virginia war 2019 der zweitgrößte Kohle-Standort im Land und deckt seinen Energiebedarf zu über neun Zehnteln aus Kohle. Manchins Wähler sind konservativ, 69 Prozent stimmten im vergangenen November für Donald Trump als Präsident.

Aber Manchins Stimme braucht Biden, um seine Klima-Agenda zu realisieren. Und erst wenn letztere unter Dach und Fach ist, wollen die Linksaßen um Bernie Sanders dem Infrastrukturpaket zustimmen.



Joe Manchin

Foto: imago/UPI photo

Manchin will an der Kohle festhalten, auch weil er mit einer millionenschweren Einlage an der Kohlehandelsgesellschaft Enersystems beteiligt ist, die er vor Jahren gründete und nach seinem Einstieg in die Politik seinem Sohn überließ. „Die Industrie steigt bereits freiwillig auf klimafreundliche Energieträger um. Es mache keinen Sinn, Unternehmen mit Steuer-Milliarden für etwas zu subventionieren, was sie ohnehin schon tun“, erklärte er in einem Interview und sprach im Zusammenhang mit dem Klima von „absolut unangebrachter Hysterie“.

Den Demokraten sind die Hände gebunden. Würden sie Manchin aus der Partei werfen, wäre ihre Mehrheit im Senat weg. Sie könnten dann nicht einmal einen regulären Haushalt verabschieden.

Peter Entinger

VON WOLFGANG KAUFMANN

In schlechten Zeiten klammern sich abhängig Beschäftigte verbissen an ihre Jobs. In guten Seiten hingegen, in denen eher Voll- oder gar Überbeschäftigung herrscht als Unterbeschäftigung, neigen sie eher dazu, ihren Arbeitsplatz aufzugeben, denn andere Arbeitgeber haben auch schöne Stellen im Angebot. Wie anderswo in der Welt gilt diese Regel auch in den Vereinigten Staaten.

In den USA sind die Arbeitslosenzahlen deutlich gesunken. Vom August zum September sank die Arbeitslosenquote um 0,4 Punkte auf 4,8 Prozent. Bei mehr als zehn Millionen offenen Stellen herrscht eklatanter Personalmangel.

Zehn Millionen offene Stellen

Vor dem Hintergrund dieser für Arbeitnehmer und Arbeitsuchende entspannten Arbeitsmarktlage beobachten Wirtschaftsexperten in den USA ein Phänomen namens „Great Resignation“ oder „Big Quit“, was zu Deutsch so viel bedeutet wie „großes Aufhören“. Bereits im April verzeichneten die Statistiker des US-Arbeitsministeriums (DOL) einen Rekord mit 3,99 Millionen Kündigungen von Arbeitnehmern. Im Juli waren es gut vier Millionen. Und im August stieg die Zahl sogar auf 4,27 Millionen. Das waren immerhin drei Prozent der Beschäftigten.

Eine Befragung der Unternehmensberatung McKinsey & Company hat ergeben, dass vier Zehntel aller Angestellten in den Vereinigten Staaten vorhaben, innerhalb der nächsten Monate zu einem anderen Arbeitgeber zu wechseln.

Gründe für den Wunsch nach einem Wechsel des Arbeitsplatzes sind vor allem Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung sowie der Wunsch nach mehr Flexibilität. Der Personalmangel führt dazu, dass die Firmen nun mehr zahlen müssen, um ihre Beschäftigten zu halten. Im September lagen die Durchschnittsentgelte in den USA um 4,2 Prozent höher als vor zwölf Monaten.

Wie die Bereitschaft, seinen Job zu kündigen, ist auch jene gestiegen, ihn durch einen Streik tendenziell zu gefährden und sich auf Arbeitskämpfe einzulassen. Seit Anfang dieses Jahres zählte man bereits mehr als 250 Streiks, obwohl nur noch jeder zehnte US-Amerikaner gewerkschaftlich organisiert ist.

Aus all dem zog der Arbeitsmarktspezialist von der University of California in Berkeley, Harley Shaiken, den Schluss: „Wir sind in eine neue Ära der Arbeitsbeziehungen eingetreten. Die Beschäftigten haben das Gefühl, sie sind am Drücker und dass es viel aufzuholen gibt.“



Nehmen durch den Personalmangel zu: Lange Wartezeiten bei der Abfertigung an den Flughäfen

Foto: Mauritius

ARBEITSMARKT

Den USA und Deutschland geht das Personal aus

Zu wenig Geld, zu schlechte Arbeitsbedingungen – und dann der Lockdown: Viele Tätigkeiten sind den Arbeitnehmern schlicht unattraktiv geworden

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich nun auch in Deutschland ab. Wie Patrik-Ludwig Hantzsch vom Verband der Vereine Creditreform mit Sitz in Neuss unlängst mitteilte, hat die Corona-Krise den Arbeitskräftemangel hierzulande verschärft. So verfügten elf Prozent der Unternehmen über weniger Personal als vor Beginn der Pandemie. Von dieser Entwicklung besonders betroffen seien der Einzelhandel sowie das Dienstleistungs-, Gaststätten- und Hotelgewerbe und damit die Branchen, die am stärksten unter den von oben verordneten Betriebsschließungen während der Lockdowns gelitten hätten. Diese erlebten einen regelrechten „Corona-Schock“, so der Volkswirtschaftler, Sozialforscher und Arbeitsmarktexperte Stefan Sell vom RheinAhrCampus Remagen der Hochschule Koblenz.

Einen noch extremeren personellen Aderlass verzeichnete die Luftfahrtbranche. Laut einer Erhebung der Gewerkschaft ver.di vom Sommer dieses Jahres

wanderten bis zu 44 Prozent der am Boden Beschäftigten ab. Die waren bisher unter anderem im Check-in-Bereich, der Gepäckabfertigung sowie in der Wartung tätig gewesen.

Kündigungen im Niedriglohnsektor

Die oftmals zu beobachtende Abstimmung mit den Füßen resultierte hierzulande vor allem aus der schlechten Vergütung vieler Tätigkeiten, die ihrerseits bewirkte, dass die Betroffenen auch nur wenig Kurzarbeitergeld erhielten. Das ließ viele nach neuen beruflichen Perspektiven suchen. Beispielsweise wechselten Hotelangestellte zu Immobilien-dienstleistern, die neben höheren Gehältern in der Regel auch attraktivere Arbeitszeiten bieten. Das wird in den allermeisten Fällen dazu führen, dass die Abgewanderten nie wieder in ihren alten Beruf zurückkehren.

Die Konsequenzen aus der Kündigungswelle sind schon jetzt vielerorts

spürbar: lange Wartezeiten bei der Abfertigung an den Flughäfen und ein eingeschränkter Service in der Hotel- und Gastronomie-Branche sowie im Einzelhandel. Auch dürfte es in diesem Jahr auf den Weihnachtsmärkten deutlich weniger Stände geben, weil Verkäufer fehlen. Und dort, wo noch gearbeitet wird, sind Preissteigerungen zu erwarten, da das Personal mit spürbaren Lohnerhöhungen geködert werden muss.

Der Personalmangel führt erneut zu lauten Rufen nach forcierter Einwanderung. Kürzlich forderte der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele (SPD), im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“: „Wir brauchen 400.000 Zuwanderer pro Jahr. Also deutlich mehr als in den vergangenen Jahren.“ Ob die Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt damit tatsächlich verschwinden, wird sich bald zeigen. Denn durch das Zutun von Weißrussland schwillt der Immigrantenstrom derzeit wieder drastisch an.

KLIMAPOLITIK

„Ampel“ stellt Kohlekompromiss infrage

Ein Vorziehen des Ausstiegs brächte vor allem die Brandenburger SPD in die Bredouille

Über ein Jahr hatten die Mitglieder der sogenannten Kohlekommission gerungen, bis sie sich in einem Kompromiss auf die Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland bis 2038 einigten. Bundestag und Bundesrat hatten auf Grundlage dieser Einigung vergangenen Sommer bereits ein Kohleausstiegsgesetz beschlossen.

In ihren Sondierungsgesprächen zu einer „Ampel“-Koalition haben SPD, Grüne und FDP den mühsam ausgehandelten Zeitplan nun wieder infrage gestellt. In dem Papier, in dem die Ergebnisse der Sondierungsgespräche fixiert wurden, heißt es, „zur Einhaltung der Klimaschutzziele“ solle der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschleunigt werden. „Idealerweise“ solle der Kohleausstieg bis 2030 gelingen, so die Verhandlungspartner.

Zumindest ein Teil der ehemaligen Kohlekommission, bestehend aus Vertre-

tern der betroffenen Kohleregionen, aus Wirtschafts- und Energieverbänden, Wissenschaftlern, Umweltverbänden und Gewerkschaften, muss sich mit dieser Absichtserklärung des „Ampel“-Bündnisses verprellt fühlen. Der Plan, den Kompromiss zur Abschaltung der Kohlekraftwerke aufzukündigen, hat besonders in Sachsen scharfe Kritik ausgelöst. Dessen Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erinnerte daran, dass um den Kompromiss „hart errungen“ worden sei. Kretschmer sprach im Zusammenhang mit den „Ampel“-Plänen sogar von einem „Vertrauensbruch“.

Brandenburgs SPD gerät mit den Aufkündigungsplänen in eine besonders unangenehme Lage. Bei den Koalitionsgesprächen für eine neue Bundesregierung sitzen in Berlin auch Vertreter der märkischen SPD mit am Verhandlungstisch.

Innerhalb der in Potsdam regierenden „Kenia“-Koalition muss sich die SPD wiederum den Wählern in der Lausitzer Kohleregion stellen. Dementsprechend schwierig fällt der Spagat aus, den die SPD in der Mark versucht. Brandenburgs SPD-Fraktionschef Erik Stohn sagte zu den „Ampel“-Plänen, er halte sie unter den jetzigen Bedingungen für unrealistisch. Zudem kündigte der Politiker auch Widerstand gegen einen früheren Kohleausstieg an. Dieser würde allerdings zum Teil auch die eigene Partei treffen, da sie das Sondierungspapier mitträgt.

Möglicher Ausweg aus dem Dilemma

Vor diesem Hintergrund bietet sich gerade für die SPD ein indirektes Vorgehen als Ausweg aus dem Dilemma an. SPD, Grüne und FDP müssen nämlich nicht zwangsläufig ganz direkt den Fahrplan zu den

Kraftwerksabschaltungen per Gesetz umschreiben, um ihr Ziel zu erreichen. Die drei Parteien könnten stattdessen den nationalen CO₂-Emissionshandel als Kostenhebel nutzen. Zumindest theoretisch würde es den Energieversorgern dann freistehen, die Kraftwerke bis 2038 weiterlaufen zu lassen. Faktisch würden sich Kohlekraftwerke allerdings durch höhere Emissionskosten zu massiven Verlustbringern entwickeln.

Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse würde es für die Energieunternehmen dann sinnvoll sein, die Kraftwerke möglichst schnell stillzulegen. Aus Sicht einer künftigen Bundesregierung würde eine solche indirekte Lösung der Vorteil bieten, dass die Energieversorger nicht einmal Entschädigungszahlungen für die Kraftwerksabschaltungen geltend machen könnten.

Hermann Müller

● MELDUNGEN

Bessere Ernte durch CO₂

New York – Die Zunahme des Kohlendioxid-Anteils in der Erdatmosphäre hat zu deutlichen Ertragssteigerungen bei agrarischen Produkten geführt. So betrug das Wachstum bei Mais 50 Prozent und bei Winterweizen sogar 80 Prozent. Das geht aus einer Studie von Charles Taylor und Wolfram Schlenker von der Columbia University in New York hervor. Die wissenschaftliche Arbeit trägt den Titel „Ökologische Triebkräfte des landwirtschaftlichen Produktivitätswachstums: CO₂-Fertilisierung von Feldpflanzen in den USA“ und wurde vom National Bureau of Economic Research (NBER) in Cambridge im Bundesstaat Massachusetts als „Working Paper 29320“ veröffentlicht. Das von Taylor und Schlenker zugrunde gelegte Datenmaterial stammt sowohl von Erdbeobachtungssatelliten der US-Weltraumbehörde NASA als auch vom US-Landwirtschaftsministerium (USDA). W.K.

Opel: Bleibt nur die Marke?

Rüsselsheim am Rhein – Innerhalb des europäischen Autokonzerns Stellantis mit Sitz in Amsterdam verliert der deutsche Hersteller Opel zunehmend an Bedeutung. Wie die französische Tageszeitung „Le Monde“ berichtet, denkt Opels französischer Mutterkonzern PSA (Peugeot Société Anonyme) darüber nach, Teile des Opel-Entwicklungszentrums in Rüsselsheim, in dem mehr als 7000 Ingenieure beschäftigt sind, zu verkaufen. Berichtet wurde auch über eine mögliche Verlagerung von Stellen der Entwicklungsabteilung nach Marokko. Laut „Handelsblatt“ erwägt der Stellantis-Konzern überdies, die Opel-Werke im hessischen Rüsselsheim und im thüringischen Eisenach aus der Opel Automobile GmbH auszugliedern und Stellantis direkt zu unterstellen. Dieser Schritt würde eine flexiblere Produktion ermöglichen, so könnten beispielsweise in Rüsselsheim künftig auch Fiat-Modelle gebaut werden. Gewerkschafter und Betriebsräte sehen mit einer Ausgliederung der Werke aber auch die Gefahr einer Zerschlagung des traditionsreichen Autobauers Opel wachsen. N.H.

Immobilien zu teuer, sagt UBS

Zürich – Mit Ausnahme von Madrid, Mailand, Warschau und Dubai sind die Immobilienpreise flächendeckend zu hoch. Das ist das Ergebnis einer von der Schweizer Großbank UBS Group AG durchgeführten Analyse der Preisentwicklung für Wohneigentum in 25 Großstädten rund um die Welt. Die größte Blasengefahr sehen die Analysten in Frankfurt am Main. Die in Toronto, Hongkong, München und Zürich halten sie ebenfalls für überdurchschnittlich. Laut UBS betrug der durchschnittliche Inflationsbereinigte Preisanstieg in den vergangenen zwölf Monaten sechs Prozent, was Wohneigentum in den meisten Großstädten noch mehr zum Luxus macht. Für die kommenden zehn Jahre prognostiziert die Bank aber ein Stagnieren der Preise. W.K.

KOMMENTAR

Die Quote ist das Gegenteil von Fortschritt

HANS HECKEL

Bärbel ... wer? Als der Name der neuen Bundestagspräsidentin erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, konnte kaum ein Deutscher etwas mit der Sozialdemokratin anfangen. Bärbel Bas hatte bislang nur im Hintergrund der SPD-Führung gewirkt, obschon sie bereits seit 2009 im Bundestag sitzt.

Die bisherige Gesundheitspolitikerin Bas stammt aus einfachen Verhältnissen und hat sich mit viel Fleiß und Bildungshunger hochgearbeitet – wohl-gemerkt, nicht bloß in Partei und Apparat, sondern parallel zu ihrer politischen Tätigkeit auch im „richtigen Leben“. Die 53-Jährige, die zum linken Flügel ihrer Partei zählt, sticht damit hervor aus der mittlerweile fast durch die Bank akade-misch und insbesondere berufspolitisch geprägten Funktionärsschicht nicht nur der SPD.

Man könnte versucht sein, in der Personalie Bas eine (kleine) Rückbesin-nung der SPD auf ihren alten Kern als Arbeiterpartei zu sehen. Doch zerschellt diese Hoffnung sofort, wenn in den Blick fällt, warum Bas auserkoren wurde – nämlich nicht wegen ihres Werde-gangs oder ihrer hervorstechenden Kompetenz für das Amt, sondern, weil sie eine Frau ist.

Vormoderne Auswahlkriterien

Eigentlich hatte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich auf das Amt des Bundestags-präsidenten spekuliert. Doch da mit Frank-Walter Steinmeier und dem vor-aussichtlichen Bundeskanzler Olaf Scholz bereits Männer zwei der drei höchsten Ämter im Staate innehaben würden, musste für den Stuhl des Parla-mentschefs unbedingt eine Frau her.

Hier zeigt sich eine Verfahrensweise, die sich fortschrittlich dünkt, in Wahr-heit aber tief in vordemokratisches Den-ken zurückführt. Vom Mittelalter bis in die frühere Neuzeit war es in Deutsch-land und ganz Europa üblich, dass nicht die Befähigung darüber entschied, was jemand werden konnte oder sollte. Stattdessen waren lauter ererbte Merk-male ausschlaggebend wie Stand, Her-kunft oder Geschlecht.

Es war ein Ziel und das große Ver-dienst der modernen Zeit, dieses Di-

ckicht an ererbten oder angeborenen Privilegien und Nachteilen weitestge-hend niedergerissen zu haben, um un-abhängig von alldem den Menschen Chancen wegen ihrer Fähigkeiten frei-zumachen. Ein großer Sieg auch der Ge-rechtigkeit, denn Fähigkeiten kann man sich erarbeiten, angeborene Eigenschaf-ten wie Geschlecht oder Herkunft nicht.

Schon werden weitere Stationen auf dem Weg zurück ins Vormoderne abge-steckt. Immer aufdringlicher erheben Lobbygruppen die Forderung nach „Mi-grantenquoten“. Mit Einführung sol-cher Quoten würde die republikanische, demokratische Nation Schritt für Schritt rückabgewickelt.

Republik oder „Libanon“

Die Gesellschaft zerfiele in nationale, religiöse oder nach Hautfarbe getrennte Gruppen, die jeweils ihre Repräsentan-ten in die Führung des Staates wählten. Diese Repräsentanten fühlten sich dann kaum mehr dem gesamten Volk, son-dern zuvörderst ihrer ethnisch oder wie auch immer bestimmten Gruppe ver-pflichtet. Von einer übergreifenden Bür-gergesellschaft könnte keine Rede mehr sein, argwöhnisch würden sich die un-terschiedlichen Gruppen und deren Re-präsentanten gegenseitig beäugen und um ihren Anteil an Macht und Wohl-stand ringen, während das Gemeinwohl aus den Augen geriete.

Für den Althistoriker Egon Flaig folgt eine solche Gesellschaft dem Kon-zept des Libanon, eine in Gruppen (Moslems, Christen, Drusen) zerfallene Nation, der es an einer gemeinsamen geistig-kulturellen Klammer fehlt. Dem stellt er das Konzept der säkularen Re-publik gegenüber. Herrscht in der Repu-blik ein gruppenübergreifendes Grund-vertrauen, dass auch den Mitgliedern einer unterlegenen Partei alle Rechte bleiben, wenn eine andere die Macht er-ringt, so fehlt dieses Vertrauen bei den Angehörigen unterschiedlicher Grup-pen des Libanon. Das nahöstliche Land verharret daher in einem labilen Pro-porzsystem, gebildet aus lauter fein aus-tarierten Quoten.

Es ist ein Witz, dass die Forderung nach immer mehr Quoten und Proporz als fortschrittlich propagiert wird. Sie ist exakt das Gegenteil.



Unter Druck: Die Grenze zwischen Polen und Weißrussland, die zugleich Außengrenze der EU ist

Foto: pa

LEITARTIKEL

Wer verteidigt Europa?

RENÉ NEHRING

Lange hat es gedauert, bis ein führender Politiker der Euro-päischen Union (EU) die Dinge beim Namen nannte. In der ver-gangenen Woche unterstützte der Chef der Fraktion der Europäischen Volkspar-tei (EVP) Manfred Weber polnische For-derungen nach EU-Hilfen für den Ausbau der Grenzanlagen zu Weißrussland mit dem Argument, dass an der Grenze zwi-schen Weißrussland und Polen ein „hybri-der Krieg“ stattfindet.

In der Tat trägt das Agieren des weiß-russischen Diktators Alexander Luka-schenko Züge einer verdeckten Kriegsfüh-rung. Seine Ankündigung, Migranten nicht mehr an der Weiterreise nach Polen – und damit nach Mitteleuropa – zu hin-dern, wurde von diesen umgehend als Ein-ladung verstanden, ihre Routen über das osteuropäische Land zu verlegen. Im Er-gebnis steigt seit Monaten die Zahl der il-legalen Einreisen von Weißrussland nach Polen und von dort nach Deutschland.

Minsker Kriegserklärung

Die aktuellen Ereignisse werden vielfach mit der Migrationswelle von 2015 vergli-chen. Eines ist freilich anders: Diesmal wurde die Welle nicht von dubiosen Hin-terleuten gesteuert – sondern von einem ausländischen Staatschef angekündigt

und vorsätzlich herbeigeführt. Die An-kündigung des Minsker Diktators darf so-mit durchaus als eine Kriegserklärung verstanden werden (die freilich als Ant-wort auf die vorherige Unterstützung der EU für die weißrussische Opposition so-wie Sanktionen gegen sein Land erfolgte).

Umso erstaunlicher das bisherige Agieren der EU-Institutionen: Obwohl die Minsker Kriegserklärung nicht War-schau galt, sondern Brüssel, tun die dortigen Verantwortlichen bislang überwie-gend so, als ob das tausendfache unrecht-mäßige Eindringen in den EU-Raum eine bilaterale Angelegenheit zwischen Polen und Weißrussland sei. Zwar wirkt die Uni-on seit wenigen Tagen auf internationale Fluggesellschaften ein, ihre Flüge nach Weißrussland zu reduzieren oder gar ein-zustellen, damit die Asylbewerber gar nicht erst dort einreisen können. Doch an der entscheidenden Stelle, der Sicherung der polnischen Ostgrenze – die zugleich die Außengrenze der Europäischen Union ist (!) –, unternimmt Brüssel nicht nur nichts, sondern fällt Warschau mit der Verweigerung von Zuschüssen für den Grenzschutz sogar in den Rücken.

Dabei spielt sicherlich eine Rolle, dass die EU an anderer Stelle gerade einen Konflikt mit Polen führt: über die Frage, ob das Recht der Union über demjenigen der Mitgliedsstaaten steht oder nicht. Da-hinter steckt sowohl der jahrzehntelange

Traum europäischer Eliten von einer „im-mer engeren Union“ als auch die faktische Sogwirkung des Brüsseler Apparats, im-mer weitere Kompetenzen an sich zu zie-hen. Das Ziel beider Bestrebungen ist, den bisherigen Staatenbund souveräner euro-päischer Nationen sukzessive in einen Bundesstaat umzuwandeln.

Verweigerung elementarer Aufgaben

Doch was wäre das für ein Staat, der sei-nen elementaren Aufgaben – zu denen die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit an erster Stelle gehört – nicht nachkommt und seine Mitglieder im Ernstfall sogar offen im Stich lässt? Die Mitgliedsländer der EU, für deren Mehr-zahl die Union abseits aller Schönwetter-floskeln seit Jahrzehnten vor allem eine große Zuwendungsgeberin ist, werden sich genau ansehen, wie wenig Brüssel den Polen gerade beisteht. Und sie wer-den ihre Schlüsse daraus ziehen, wie sehr sie in ähnlichen Situationen auf die EU zählen können. Dies dürfte auch für die-jenigen Polen gelten, die seit geraumer Zeit darüber nachdenken, ob ihr Land in der EU verbleiben soll oder nicht.

Wie die Ignoranz der vitalen Interes-sen einer selbstbewussten europäischen Nation ausgehen kann, hat vor fünf Jahren das Referendum der Briten über den „Bre-xit“ gezeigt. Es scheint, als ob Brüssel aus jenem Desaster nichts gelernt hat.

PORTRÄT

Ein Auf- und Absteiger als NRW-Chef

Manche bezeichnen ihn schon als den Markus Söder von Nordrhein-Westfalen: dasselbe nassforschere Auftreten, nahezu deckungsgleiche politische Ansichten, und auch beider Körpermaß von über 1,90 Meter ist fast identisch. Anders als beim bayerischen Ministerpräsidenten könnte sich die Amtszeit von **Hendrik Wüst** als neuer Ministerpräsident von NRW als kurzlebig erweisen. Denn in den Umfragen zur Landtagswahl im Mai kom-menden Jahres führt die SPD derzeit vor der CDU, für die Wüst als Nachfolger des glücklosen Kanzlerkandidaten Armin Laschet seit dem 27. Oktober das bevölke-rungsreichste Bundesland regiert.

Der 46-jährige Westfale aus Rhede hat also noch ein halbes Jahr Zeit, um sich als Landesvater zu profilieren und das Ruder herumzureißen. Zuletzt wurde ihm als Verkehrsminister unter Laschet immer-hin gute Arbeit attestiert. Mit in Rekord-

zeit akquirierten Bundesmitteln hat er das marode Straßen- und Schienensystem des Landes aufpolieren lassen. Diese Er-folge sind gute Ablenkung von den Skan-dalen, in die der Rechtsanwalt beim Ein-stieg in die Landespolitik verwickelt war.

Erst musste er 6100 Euro falsch ver-rechnete Zuschüsse an die Landesverwal-tung zurückzahlen, dann war er 2009 in eine Überwachungsaffäre gegen SPD-Lan-

deschefin Hannelore Kraft involviert, und ein Jahr später musste er in dem als „Rent-a-Rüttgers“ bezeichneten Fall um gegen Geld vermittelte Werbeauftritte mit dem damaligen Landeschef Jürgen Rüttgers als CDU-Generalsekretär zurücktreten.

Nach einer siebenjährigen Sabbatzeit von der Politik, die Wüst als Geschäfts-führer des nordrhein-westfälischen Lan-desverbandes der Deutschen Zeitungs-verleger verbracht hatte, kehrte er als Ver-kehrsminister in die Landespolitik zu-rück. Der Mann, der einst – wiederum unter anderem mit Söder – im Berliner Café Einstein einen konservativen Kreis gründete und der provokant empfahl, Ar-beitslose zur Säuberung von „mit Hunde-kot, Glasscherben und Drogenspritzen“ beschmutzten Spielplätzen einzusetzen, gibt sich inzwischen geläutert. Jetzt will er die gemäßigte Mitte erobern, um im Mai im Amt bestätigt zu werden. *H. Tews*



FOTO: IMAGO IMAGES/CHRISTIAN JANSSEN

Laschet-Nachfolger: Hendrik Wüst

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Beharrlichkeit und Belohnung

Der Slawophile und die Deutschen – „Schuld und Sühne“-Autor Fjodor Dostojewski wurde vor 200 Jahren geboren

VON HARALD TEWS

Frägt man nach den größten realistischen Erzählern des 19. Jahrhunderts, fallen auf Anhieb die Namen von englischen, französischen und russischen Autoren. Also Dickens und Thackeray. Oder Balzac und Flaubert. Oder Tolstoi und Dostojewski. Sie besaßen einen idealen Nährboden, auf dem ihr Werk überhaupt erst gedeihen konnte: die moderne Hauptstadt mit einer Zentralregierung des Landes. Aus den politischen Zentren London, Paris und St. Petersburg erwuchsen auch Zentren des literarischen Lebens.

Berlin konnte da nicht mithalten. Hier wehte noch preußischer Provinzialmief durch die Straßen. Im Werk von Theodor Fontane, dem neben Theodor Storm größten deutschen realistischen Erzähler, ist das nachzulesen. Seine großen Berlin-Romane wie „Irrungen, Wirrungen“ oder „Frau Jenny Treibel“ sind durchweht von einer Art frühem „Bullerbü“-Idyll mit Pferdefuhrwerken und gutsituierten bürgerlichen Salons, in denen sich allenfalls erste Risse zeigten, die er mit sanfter Ironie zeichnete. Fontane hat daher nie die Weltgeltung erlangt wie etwa Dostojewski, der die Verdorbenheit des Großstadtlebens mit schonungsloser Härte schilderte und damit schon viel früher Ruhm erwarb. Als der zwei Jahre jüngere Russe 1881 starb, hatte Fontane sein literarisches Alterswerk gerade erst begonnen.

Doch eines hat Fontane dem – nach gregorianischer Zeitrechnung – am 11. November 1821 (in Russland war es der 30. Oktober laut dem dort geltenden julianischen Kalender) in Moskau geborenen Fjodor Dostojewski voraus: Er wird hierzulande verehrt, obgleich ihm der herrschende Zeitgeist den „Makel“ des Preußentums angeheftet hat. Zwar wird in Russland das Dostojewski-Jahr groß gefeiert, doch zu Sowjetzeiten war das Verhält-

nis des Volks zu „seinem“ Dostojewski deutlich ambivalenter. Sowohl der Autor als auch die Figuren in seinem Werk wurden zu Sowjethelden umfunktionierte. Dass beides nichts taugte, tat nichts zur Sache. So war der Autor zeitweise ein Dissident, der wegen Mitgliedschaft in einem konspirativen Zirkel gegen das Zarentum zum Tode verurteilt wurde, der sich einer Scheinhinrichtung ausgesetzt sah und vier Jahre in einer sibirischen Strafkolonie verbrachte mit vier weiteren Jahren Zwangsmilitärdienst an der mongolischen Grenze. Dass er hinterher der Spielsucht verfallen war und wegen Verlusten an deutschen Roulette-Tischen am Hungertuch nagte, macht ihn auch nicht zu einem solchen strahlenden Nationaldichter, wie es in Russland etwa Puschkin ist.

Und auch seine Romanfiguren sind alles andere als Vorzeigehelden für ein heutiges Russland, das sich modern zeigen will. Dostojewskis Personal besteht aus „Erniedrigten und Beleidigten“, so einer seiner Romantitel. Er schildert Außenseiter, die in einem Kellerloch dunklen Phantasien nachgehen („Aufzeichnungen aus einem Kellerloch“), Trunksüchtige („Arme Leute“), Spielsüchtige („Der Spieler“), Epileptiker („Der Idiot“, Dostojewski selbst litt seit seiner Verbannung unter solchen Anfällen), Anarchisten („Die Dämonen“), Hochstapler („Der Jüngling“) und Mörder („Schuld und Sühne“, „Die Brüder Karamasow“).

Mit seinen autobiographisch gefärbten „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus“ dokumentierte er außerdem erstmals das Leben von Zwangsarbeitern und schuf damit das Genre der Lagerliteratur, die in den Gulag-Werken Alexander Solschenizyns ihren Höhepunkt fand.

Die an Sigmund Freud gewöhnten Deutschen hingegen fanden schnell Gefallen daran, wie scharf und tief Dostojewski die menschliche Psyche analysierte. Schon Nietzsche nannte den Russen den



Ein Klassiker der russischen Literatur: Fjodor Michailowitsch Dostojewski

Foto: pa

„einzigen Psychologen, ... von dem ich etwas zu lernen hatte“. Umgekehrt war das Verhältnis angespannt. Dostojewski mochte die Deutschen ebenso wenig wie die Juden. In seinen Werken tauchen sie als selbstsüchtige beziehungsweise stotternde Trottel auf.

Dabei führten ihn mehrere Auslandsreisen auch nach Deutschland. Er besuchte Berlin und lebte zwei Jahre in Dresden,

wo „Der Idiot“ entstand und er mit der Arbeit an „Die Dämonen“ begann. In Wiesbaden, Bad Homburg und Baden-Baden verzockte er sich in den Spielcasinos und verkrachte sich mit seinem Landsmann Iwan Turgenjew, dem Autor des Nihilisten-Romans „Väter und Söhne“, wegen dessen Deutschenfreundlichkeit. Als Slawophiler störte sich Dostojewski daran, dass Turgenjew die Russen in seinen

Werken schlecht wegkommen lässt. Deshalb empfahl er ihm ironisch, sich ein Fernrohr zu kaufen und damit von Deutschland aus auf Russland zu blicken.

Allem Hohn zum Trotz blicken die Deutschen mit Dostojewski gern in die russische Seele. Zumindest im Westen. In der DDR machte man anfangs noch einen Bogen um den Autor, dessen Gottessuche sich nicht mit dem atheistischen Arbeiter- und Bauernstaat vertrug. Erst Ende der 1970er Jahre begann der Aufbau Verlag mit einer 20-bändigen, aber unvollendet gebliebenen Ausgabe der Gesammelten Werke. Im Westen des Landes blieben lange Zeit die Übersetzungen der Balten-deutschen Elisabeth Kaerrick, die unter dem Pseudonym E. K. Rahsin bekannt war, im Piper Verlag Standard.

Den verschachtelten Sätzen, die selbst im Original für Russen eine Lese-Herausforderung sind, und der sprachlichen Melodik der Dialoge versuchte später Swetlana Geier beizukommen. Da sie nah am Original bleiben wollte, änderte sie auch den Titel von Dostojewskis bekanntestem Werk: Aus „Schuld und Sühne“, das in älteren Übertragungen auch den Helden im Titel trägt („Raskolnikow“), wurde das richtigere, aber nüchterne „Verbrechen und Strafe“ (jetzt im Fischer Verlag).

„Beharrlichkeit und Belohnung“ – das könnte der Titel nach einer langen Dostojewski-Lektüre sein, bei der jedem für die Ausdauer viele Glücksgefühle winken.

● **Neue Literatur** Dostojewski: „Der Doppelgänger“ (Galiani Verlag, 336 Seiten, 24 Euro), „Aufzeichnungen aus einem toten Haus“ (dtv, 544 Seiten, 17 Euro), „Aufzeichnungen aus dem Untergrund“ (Manesse, 400 Seiten, 25 Euro), „Ein kleiner Held“ (Penguin, 220 Seiten, 8 Euro); Ursula Keller/Natalja Sharandak: „Dostojewski und die Frauen“ (Insel Verlag, 380 Seiten, 24 Euro); **Veranstaltungen** im Jubiläumsjahr: www.dostojewskijgesellschaft.de

LITHOGRAPHIE

Was Goethe begeisterte und Goya beflügelte

Ein moderner Gutenberg – Der vor 250 Jahren geborene Alois Senefelder erfand den Steindruck

Seine Erfindung begeisterte Goethe, verhalf Mozart zu großer Popularität und beflügelte Goya. Die Rede ist von Alois Senefelder, dem am 6. November 1771 in Prag geborenen Erfinder des Steindrucks. Das auch als Lithografie bezeichnete Verfahren gilt als die revolutionärste Neuerung auf dem Gebiet der Druckkunst seit Gutenberg's Einführung der beweglichen Lettern.

Auf Wunsch seines Vaters studierte Alois Senefelder Rechtswissenschaften. Nach dessen Tod 1792 brach er das Studium ab und verfasste in München Theaterstücke. Die wollte er preiswert selber drucken. Nach langen Versuchen gelang ihm die Erfindung seines Druckverfahrens. Es basiert auf der gegenseitigen Abstoßung von Fett und Wasser.

Senefelder entwickelte Fettkreiden und Fetttuschen, die er auf Solnhofener Kalkschieferplatten auftrug. Anschließend überzog er die Platte mit einer Lösung, zu deren Zutaten Gummiarabikum und Salpetersäure gehören. Auf die angefeuchtete Oberfläche trug er sodann fett-haltige Farbe auf. Sie blieb nur an den zuvor mit Fettkreide oder Fetttusche behan-

delten Stellen haften. Der Druck auf Papier erfolgte mit der von Senefelder entwickelten Stangenpresse. Seine Erfindung ist das erste Flachdruckverfahren gewesen: die druckenden und nicht druckenden Zonen liegen auf derselben Ebene.

Senefelder und sein Geschäftspartner Franz Gleißner kamen 1799 in Kontakt

mit dem Offenbacher Komponisten und Musikalienhändler Johann Anton André. Den weihten sie gegen 2000 Dukaten in „das Geheimnis, Noten und Bilder von Stein zu drucken“ ein. André eröffnete eine Lithographische Anstalt, in der er Mozarts „Kleine Nachtmusik“ und viele weitere unveröffentlichte Notenhand-

schriften des Komponisten drucken ließ, die er von dessen Witwe Constanze erworben hatte.

Ein bedeutendes Anwendungsfeld der Lithografie war die Reproduktionsgrafik. In Senefelders Münchener Druckanstalt erschienen ab 1808 „Albrecht Dürers christlich-mythologische Handzeichnungen, in lithographischer Manier gearbeitet von N. Strixner“. Goethe war von der Qualität der Drucke begeistert: „Man hätte mir soviel Ducaten schenken können, als nötig sind die Platten zuzudecken, und das Gold hätte mir nicht soviel Vergnügen gemacht als diese Werke.“

Die Technik des Steindrucks verbreitete sich schnell in aller Welt. Bevor sie durch den Offsetdruck verdrängt wurde, diente sie der Produktion von Landkarten, Plakaten, Flaschenetiketten und vielen weiteren Druckerzeugnissen. Heute wird die Lithographie vor allem als Kunstgattung geschätzt. Einer ihrer Pioniere war der betagte spanische Maler Francisco de Goya, der 1819 seine ersten Lithografien schuf. Senefelder selbst starb als „gemachter Mann“ am 26. Februar 1834 in München.

Veit-Mario Thiede



Beinahe wie zu Senefelders Zeiten: Litho-Atelier mit Farbwalze und Lithographiestein

GÜNTER DE BRUYN

Märkische Schreibwelten

Potsdam – Der vor einem Jahr gestorbene Schriftsteller Günter de Bruyn gilt als Theodor Fontane der Moderne. Ähnlich wie der große literarische Vorfahre hat de Bruyn die Mark Brandenburg erwandert und in seinen Essays und Romanen thematisch verarbeitet. Nun widmet ihm das Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte in Potsdam vom 5. November bis 9. Januar im Kutschstall, Am Neuen Markt 9, eine Ausstellung, die Einblicke in de Bruyns „märkische Schreibwelten“ gibt. Zu sehen sind seine Materialsammlungen über Orte und Personen, Korrespondenzen, Notizen, Entwürfe und Manuskripte sowie zahlreiche private Fotos, die den Autor unterwegs bei seinen Recherchen und bei der praktischen Arbeit an seinen Texten lebendig werden lassen. Die Ausstellung wandert 2022 weiter nach Erkner ins Gerhart-Hauptmann-Museum und nach Berlin in die Staatsbibliothek. Zur Ausstellung ist zeitgleich im Berliner Quintus Verlag das Buch „Günter de Bruyn – Schreibwelten“ erschienen (232 Seiten, 28 Euro). *tws*

WILHELM MAX BRAUN

Mehr als nur Rasiergeräte

Wohl jeder Bundesbürger kennt die elektrischen Kleingeräte von Braun mit dem markanten Namenszug mit dem hochgezogenen „A“ in der Mitte. Schon kleiner dürfte die Anzahl derer sein, die wissen, dass der Namensgeber und Gründer des in Kronberg im Taunus ansässigen Unternehmens mit Wilhelm Max Braun ein Ostpreuße war.

In Schillgallen im Landkreis Heydekrug kam der Preuße am 25. Oktober 1890 zur Welt. Noch im selben Jahr verlor er den Vater, einen Bauern und Seemann. Der väterliche Hof war zu klein, um ihn und seine fünf älteren Brüder zu nähren, und so wurde er nach dem Besuch der Volksschule Maschinenschlosser. Nach der Ausbildung ging er erst nach Hamburg, wo er sich am Bau des Elbtunnels beteiligte, und nach dem Wehrdienst in Spandau nach Berlin, wo er bei AEG und Siemens arbeitete. Von 1911 bis 1914 bildete er sich nebenbei abends am Polytechnikum Barth zum Techniker für Maschinenbau und Elektrotechnik weiter. Nach kurzem Kriegsdienst verbrachte er ab 1916 den Krieg als AEG-Schlosser an der Heimatfront. Bereits als abhängig Beschäftigter machte er erste Erfindungen, die auch honoriert wurden.

1918 lernte er in Wiesbaden auf der Hochzeit eines Bruders eine Frau kennen. Zwei Jahre später heiratete er sie. Und ein weiteres Jahr später gründete er mit einem Darlehen seines Schwiegervaters die Apparatebauwerkstatt Max Braun oHG, die heutige Braun GmbH. Bereits dessen erstes Produkt,



Vor 70 Jahren gestorben: Braun

ein patentierter Treibriemenverbinder, der ohne Klebstoff auskam, verkaufte sich sehr gut.

Kaum, dass 1923 aus Berlin das erste Radiokonzert übertragen worden war, widmete sich Braun der Radiotechnik. Mit der Entwicklung und Produktion von Einzelteilen fing es an, bevor dann auch ganze Radiogeräte gebaut wurden, darunter ab 1936 auch Kofferradios mit Batteriebetrieb. Und zu den Rundfunkempfängern kamen dann Plattenspieler, Lautsprecher, Mikrophone und Geräte für Schallaufzeichnung. 1932 kombinierte Braun als einer der Ersten Radio und Plattenspieler zu einer Art Musikttruhe.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang trotz der fast vollständigen Zerstörung der Werksanlagen der Wiederaufbau. Zur Unterhaltungselektronik kamen während des „Wirtschaftswunders“ als weiteres Angebotssegment Küchenmaschinen. Brauns wohl bekanntestes Produkt, der elektrische Scherfolien-Trockenrasierer, kam 1950 auf den Markt. Im darauffolgenden Jahr, am 6. November 1951, erlag Max Braun in Frankfurt am Main einem Herzinfarkt.

Manuel Ruoff



Das Territorium der DDR reichte im Westen nur bis zu ihr, das Informantennetz des SED-Regimes jedoch weit darüber hinaus: Die innerdeutsche Grenze, hier bei Rimbach im Eichsfeld

Foto: U.S. Federal Government

DENUNZIANENTUM

Wie Bundesbürger die DDR mit Informationen versorgten

Ein ehrlicher Rückblick auf die letzte deutsche Diktatur kann nur gesamtdeutsch erfolgen. Freiwillige „Helfer“ des SED-Regimes gab es nicht nur im Osten, sondern auch im Westen

VON HEIDRUN BUDDE

Die Gründe für versagte Besuchsreisen zwischen Ost und West wurden im SED-Staat nie offengelegt, und einen Klageweg gab es nicht. Heute zeigen die Akten auf, dass es auch „Helfer“ des Systems im Westen gab.

Im Dezember 1973 ging dieser anonyme Brief beim Oberbürgermeister der Stadt Rostock ein: „Liebe Genossen! Auf einer Versammlung der DKP – dessen aktives Mitglied ich bin – wurde über Republikflucht diskutiert, wobei wir übereinstimmend der Meinung waren, daß eine Flucht aus unserer D.D.R., und liegt sie noch so lange zurück, nicht verjähren sollte. Wenn eine Person, die vor gut 20 Jahren aus unserer D.D.R. geflüchtet ist, und noch die Dreistigkeit besitzt, jährlich 3-4 mal in die D.D.R. zu reisen, so sollte man da ein wachsames Auge für haben. Wie oben erwähnt, reist die unten genannte Person angeblich zu ihrem 62-jährigen Verlobten nach Rostock, wo derselbe in einem Hotel der D.D.R. tätig ist. Die genannte Person ... müßte unserer Meinung nach beim Betreten der D.D.R. vom Sicherheitsdienst mehr beschattet werden. Vermutlich wird sie zu den Osterfeiertagen in die D.D.R. fahren ... Um die DDR vor Schaden zu bewahren, wäre es sinnvoll die Nutznießerin auf Schritt und Tritt zu beschatten. Seine Genossen grüßt der Genosse von der D.K.P.“

Brief eines DKP-Mitgliedes

Diese dummdreiste Denunziation konnte für die Frau aus der Bundesrepublik unterschiedliche Folgen haben. DDR-Innenminister Friedrich Dickel ordnete in der Dienstvorschrift Nr. 015/72 über vertrauliche Regelungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr vom 12. September 1972 (Vertrauliche Verschlusssache I 020 488) Einreisesperren für Bundesbürger

„Wir sind seit jeher Freunde der DDR und möchten in Gesprächen informieren und informiert werden“

Brief eines Ehepaars aus Offenbach vom 27. Dezember 1974 an Rostocks Oberbürgermeister

an: „Die Erteilung von Genehmigungen zur Einreise in das Hoheitsgebiet der DDR kann außerdem gesperrt werden ... für Personen, bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie bei einem Aufenthalt die öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich stören oder sie ihren Aufenthalt in der DDR zu rechtswidrigen Zwecken mißbrauchen werden.“

Doch selbst, wenn die Frau keine „Einreisesperre“ bekam und ihren Partner in der DDR besuchen durfte, so blieb mit Sicherheit nichts verborgen, denn der Innenminister unterstellte Verlobnissen und Liebesbeziehungen Ost-West per se die Planung einer „Republikflucht“. Das belegt sein Befehl Nr. 0059/74 vom 21. Februar 1974 (Geheime Verschlusssache I 020597).

„Vorbereitungshandlungen“ für ein „ungesetzliches Verlassen“ der DDR konnten sich demnach „aus Beziehungen verschiedenster Art zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ergeben, wie z. B. aus ... Verbindungen zu Verwandten und Bekannten, die in ‚sogenannten‘ gesicherten sozialen Verhältnissen leben, ... Verlobnisse oder Liebesverhältnisse, abgelehnten Anträgen auf Reisen und Passierscheine, Übersiedlungen und Eheschließungen ...“.

Westbesuche wurden heimlich argwöhnisch kontrolliert. Dazu wörtlich im Befehl Nr. 0059/74: „Durch zielgerichteten Einsatz aller Kräfte und Mittel sowie die Nutzung aller operativen Möglichkeiten sind Vorbereitungshandlungen zu ... ungesetzlichem Verlassen der DDR rechtzeitig aufzudecken, allseitig aufzuklären und zu untersuchen.“ In der Anlage 3 des Befehls wird deutlich, wer die Informationen liefern sollte: „Zur Lösung dieser Aufgaben haben insbesondere ... die ABV eng mit den freiwilligen Helfern der Deutschen Volkspolizei, den Hausbuchbeauftragten und anderen gesellschaftlichen Kräften im Wohngebiet zusammenzuarbeiten.“

Die so gesammelten Informationen der Polizei müssen umfangreich gewesen sein, denn Westreisen von DDR-Bürgern wurden nur unter der Bedingung genehmigt, dass bei „Einreisen von Verwandten aus der BRD, Westberlin bzw. aus dem übrigen nichtsozialistischen Ausland keine die sozialistische Entwicklung in der DDR negierende Verhaltensweise zutage getreten ist“. (Anlage 1 der Anweisung Nr. 157/76 des Innenministers über Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin vom 24. September 1974 (Vertrauliche Verschlusssache I 020 784)).

Bitte um Einladung in die DDR

Belauschte systemkritische Diskussionen mit Westbesuchern, offen angesprochene Missstände oder Protest gegen eine schikanöse Behandlung durch die Polizei, beispielsweise beim Zwangsumtausch des Geldes, konnten dazu führen, dass die DDR-Bürger später nicht an einer Beisetzung, einer Hochzeit oder an einem runden Geburtstag in der Bundesrepublik teilnehmen durften, weil die Antragsteller als nicht „absolut politisch zuverlässig“ eingeschätzt wurden.

Die Akten belegen, dass es auch einen Informationsfluss von West nach Ost gegeben haben muss, denn DDR-Bürger konnten aus diesen Gründen mit einer „Ausreisesperre“ belegt werden: „Die Erteilung von Genehmigungen zur Ausreise aus der DDR kann gesperrt werden: a) für Bürger der DDR, die durch ihr Verhalten außerhalb der DDR das Ansehen unseres Staates erheblich schädigten ... c) für Bürger der DDR, die eine Reise nach anderen Staaten bzw. nach Westberlin zu unrechtmäßiger Weiterreise nutzten“ (Dienstvorschrift Nr. 015/72).

Diese Regelung schließt ein, dass der SED-Staat über Informanten im Westen verfügte, die das „Verhalten“ der Ostbesucher kritisch „auswerteten“ und die darüber informierten, wenn westdeutsche Gastgeber gemeinsam mit ihnen beispielsweise Ausflüge nach Frankreich oder den Niederlanden unternahmen. Erste Nachforschungen über Zuträger im Westen sind inzwischen bekannt. Wie einfach es war, Bundesbürger zu rekrutieren, offenbart ein Brief, den ein Ehepaar aus Offenbach am 27. Dezember 1974 an den Oberbürgermeister der Stadt Rostock schickte:

„Werte Freunde! Ich frage an, ob es möglich wäre, meine Frau und mich zu einem Aufenthalt in die DDR einzuladen. Wir sind ein älteres Ehepaar (55/59), von untadeligem Lebenswandel und haben durch Klassenjustiz, Wucherzinsen und einer Kette fast unglaublicher Geschehnisse unser Eigentum und Vermögen verloren. Obwohl es nachweisbar leicht gewesen wäre zu helfen, wurden wir völlig zerschlagen. Zur selben Zeit fehlten in den Kassen der Banken über 7 Milliarden DM, durch Spekulation und Diebstahl, aber hier wurde geholfen. Es gab nicht einen einzigen Haftbefehl. Wir sind seit jeher Freunde der DDR und möchten in Gesprächen informieren und informiert werden.“

Ob dieses „Angebot“ aus Offenbach angenommen wurde, ergibt sich aus der Akte nicht. Der Brief wurde vom Oberbürgermeister an die Abteilung Inneres der Stadt weitergeleitet und letztlich wird es die Staatssicherheit gewesen sein, die die „Nützlichkeit“ der westlichen Anbiederung überprüfte.

Die Aktenlage zeigt auf, dass ein ehrlicher Rückblick auf die letzte deutsche Diktatur nur gesamtdeutsch erfolgen kann. Dabei reicht die Fokussierung allein auf die Staatssicherheit nicht aus. Es gab zudem freiwillige „Helfer“ der Systems, nicht nur in Ost, sondern auch in West.

● Dr. Heidrun Budde (geboren 1954 in der DDR) war von 1992 bis März 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Zu ihren Büchern gehört „Verstorbene Babys in der DDR? Fragen ohne Antworten“ (tredition 2020)

KGB

Das Ende kam nach dem Augustputsch

Der legendäre In- und Auslandsgeheimdienst der Sowjetunion hörte vor 30 Jahren offiziell auf zu existieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Tode des sowjetischen Diktators Josef Stalin am 5. März 1953 beschlossen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sowie der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion auf Initiative des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Lawrentij Berija, das Staatssicherheitsministerium (MGB) dessen Innenministerium (MWD) zuzuschlagen. Nach der Entmachtung und der Erschießung Berijas wurde das frühere MGB mit samt dessen Abteilung für Auslandsespionage am 13. März 1954 als Komitee für Staatssicherheit (KGB) aus dem MWD wieder herausgelöst. Erster Vorsitzender des KGB wurde mit Iwan Serow ein Vertrauter von Nikita Chruschtschow, dem neuen starken Mann der UdSSR.

Das Aufgabenspektrum dieses bis 1991 bestehenden In- und Auslandsgeheimdienstes der Sowjetunion reichte von der Auslandsespionage über die Spionageabwehr und die Bekämpfung der Opposition im eigenen Lande bis hin zum Personenschutz für die Staats- und Parteiführung sowie der Sicherung der Grenzen der Sowjetunion. Bereits im ersten Kalenderjahr seiner Existenz verhaftete der KGB 2142 Personen wegen „konterrevolutionärer“ Straftaten.

Gründung nach Berijas Sturz

Nach dem Sturz Chruschtschows durch Leonid Breschnew im Oktober 1964 schlug der Geheimdienst eine noch härtere Gangart gegen vermeintliche Dissidenten ein. Im Juli 1967 entstand in diesem Zusammenhang die schnell wachsende Fünfte Hauptverwaltung des KGB, die jegliche Opposition im Lande ersticken

sollte. Hierbei war der Repressionsapparat, der am Ende mindestens 480.000 Mitarbeiter beschäftigte, keineswegs immer erfolgreich, da sein andauerndes Wuchern zu vielfältigen inneren Reibungsverlusten führte. Dazu kamen diverse Korruptionsskandale, die regelmäßig unter den Teppich gekehrt wurden.

Analoges galt für die Operationen im Ausland. Entgegen vielen Mythen und Legenden unterliefen dem KGB auch auf diesem Gebiet Fehlschläge. Beispielsweise gelang es ihm zwar, den Ungarischen Volksaufstand von 1956 und den Prager Früh-



Wappen des KGB

Foto: Shutterstock

ling von 1968 zu sabotieren, im Falle der Arbeiterrevolten in Polen während der 1980er Jahre sah dies dann jedoch anders aus. Großes Geschick bewies der KGB hingegen bei der Rekrutierung von Maulwürfen in westlichen Geheimdiensten wie Aldrich Ames, Chef der Abteilung Gegenespionage UdSSR der Central Intelligence Agency (CIA), oder den Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) Heinz Felfe, um nur zwei zu nennen.

Der KGB war nahezu weltweit präsent. Besonders intensiv engagierte er sich in Bangladesch, Chile, Nicaragua, Vietnam, Syrien, Äthiopien, Angola und Afghanistan. So stürmte ein KGB-Sonderkommando in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember 1979 den Tajbeg-Palast unweit von Kabul und liquidierte den beim Kreml in Ungnade gefallenen afghanischen Präsidenten Hafizullah Amin.

Hingegen unterstützte er die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und die Irisch-Republikanische Armee (IRA).

Das Ende für den KGB kam in der zweiten Jahreshälfte 1991. Hierfür trug vor allem sein drittletzter Vorsitzender Wladimir Krjutschkow die Verantwortung. Dieser stemmte sich vehement gegen den Reformprozess in der Sowjetunion und zählte zu den Mitinitiatoren des erfolglosen Putsches gegen Michail Gorbatschow vom 19. bis 21. August 1991. Am 22. August folgte auf Krjutschkow für einige Stunden dessen Stellvertreter Leonid Schebarschin. Am 23. August stellte Gorbatschow den sowjetischen Innenminister von 1988 bis 1990, Wadim Bakatin, an die Spitze des Geheimdienstes – mit dem

Die drei letzten Vorsitzenden des KGB



Wladimir Krjutschkow war ab 1988 Vorsitzender des KGB. Nach dem Augustputsch wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt, jedoch später amnestiert.



Leonid Schebarschin wurde am 30. September 1991 im Rang eines Generalleutnants in den Ruhestand versetzt. Anschließend ging er in die Wirtschaft.



Der im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern noch lebende **Wadim Bakatin** wurde 1997 Direktor bei der Private-Equity-Gesellschaft Barings Vostok.

Auftrag, diesen schnellstmöglich abzuwickeln. Und das tat Bakatin dann auch bis zum 6. November 1991. An jenem Tag vor nunmehr drei Jahrzehnten endete offiziell die Existenz des KGB.

Nachfolger sind FSB und SWR

An dessen Stelle trat der vom letzten KGB-Chef geleitete Interrepublikanische Sicherheitsdienst (MSB). Der existierte nur bis zum 3. Dezember 1991. Dann besiegelte ein weiterer Ukas von Gorbatschow mit dem Titel „Zur Neuorganisation der staatlichen Sicherheitsdienste“ auch dessen Schicksal. Angesichts der bevorstehenden Auflösung der Sowjetunion sei der MSB als oberste Koordinierungsinstanz zwischen den Geheimdiensten der Teilrepubliken obsolet geworden.

Gut zwei Wochen später, am 19. Dezember 1991, unterzeichnete der russische Präsident Boris Jelzin das Dekret über die Gründung des Ministeriums für Sicherheit und innere Angelegenheiten der Russischen Föderation (MBWD). Dieses wiederum wurde am 21. Dezember

1993 auf erneute Anweisung von Jelzin in den Föderalen Dienst für Gegenaufklärung (FSK) umgewandelt. Dem folgte dann schließlich am 3. April 1995 noch das ebenfalls von Jelzin auf den Weg gebrachte Gesetz über die Organe des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB). Neben diesem Inlandsgeheimdienst entstand im Dezember 1991 mit dem Dienst für Außenaufklärung (SWR) auch ein neuer Auslandsgeheimdienst der Russischen Föderation.

Die Auflösung des KGB vor drei Jahrzehnten sorgte für einen deutlichen Mentalitätswandel bei dessen Angehörigen. Nachdem diese sich im Laufe ihrer bisherigen beruflichen Laufbahn als Stütze der Herrschenden im Kreml gesehen hatten, strebten sie nun vielfach danach, selbst wichtige Machtpositionen im postkommunistischen Russland zu besetzen. Dabei waren die Geheimdienstveteranen ausgesprochen erfolgreich, wie nicht zuletzt das Beispiel des einstigen KGB-Oberstleutnants Wladimir Putin zeigt, der es bis zum Präsidenten seines Landes gebracht hat.

TONI SCHMÜCKER

Unter ihm schrieb VW wieder schwarze Zahlen

Vor 25 Jahren starb der Rheinpreuße, der sieben erfolgreiche Jahre an der Spitze des Automobilkonzerns stand

„Schmidt ist schmuck, aber ich bin Schmücker.“ Dieses geistreiche Wortspiel wird dem am 23. April 1921 in der westlich an Köln angrenzenden Stadt Frechen geborenen Industriemanager Toni Schmücker nachgesagt. Beide Männer gehörten derselben Generation an, brachten es in der Wehrmacht bis zum Oberleutnant und bekleideten ihre jeweils wichtigsten Ämter fast zeitgleich. Schmidt war von 1974 bis 1982 Bundeskanzler, Schmücker von 1975 bis 1982 VW-Vorstandsvorsitzender.

Bereits Schmückers Vater hatte bei einem Autohersteller gearbeitet, allerdings nicht als Vorstandsvorsitzender, sondern als Arbeiter, und nicht bei VW in Wolfsburg, sondern bei Ford in Köln. Dort fing auch Toni Schmücker nach dem Erwerb der mittleren Reife an, und zwar mit einer kaufmännischen Lehre. Der Berufsausbildung folgten Reichsarbeits- und Kriegsdienst. Frühzeitig aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, konnte er schon bald seine Tätigkeit in dem US-Unternehmen fortsetzen. Schnell stieg er auf. 1950 wurde er Abteilungsleiter, 1961 Vorstandsmitglied. Er wurde bereits als zukünftiger Vorstandsvorsitzender gehandelt, verließ aber 1968 Ford. Zweierlei soll Schmücker bei Ford gestört haben. Zum einen die Abhängigkeit von der Europazentrale in London. Zum anderen die Aussicht, im Rahmen ei-

ner weiteren Karriere in dem US-Unternehmen im Ausland eingesetzt zu werden.

Schmücker wechselte in den Vorstand der Rheinischen Stahlwerke in Essen, in dem er noch im selben Jahr den Vorsitz übernahm. Er holte das Unternehmen aus den roten Zahlen und machte es derart attraktiv, dass es 1973 zu einer freundlichen Übernahme durch die August-Thyssen-Hütte kam. Schmücker wurde in dessen Vorstand übernommen, war dort allerdings nur einfaches Mitglied.

Er hatte sich bei Rheinstahl den Ruf eines Sanierers erworben, und so jemanden war beim Volkswagenwerk gefragt, das tief in den roten Zahlen steckte. Ferdinand Porsches Käfer-Konzept mit luftgekühltem Boxermotor im Heck, der die Heckräder antreibt, hatte VW in der Ära Heinrich Nordhoffs über Jahrzehnte satte Gewinne beschert, aber am Ende dieser Ära galt das Konzept als veraltet und überholt. Unter Nordhoffs beiden Nachfolgern an der VW-Spitze, erst ab 1968 Kurt Lotz, dann ab 1971 Rudolf Leiding, war der revolutionäre Wechsel zum Golf-Konzept mit wassergekühltem Frontmotor, der die Fronträder antreibt, eingeleitet worden. Es war bereits gesät, aber die Ernte fiel noch mager aus, und nach kurzen Amtszeiten von jeweils gut drei Jahren wurden Lotz und Leiding in die Wüste geschickt. Nicht zuletzt die Ent-



Bei VW im Verwaltungshochhaus vor den Fertigungsstätten und dem Kraftwerk in der Ferne: Toni Schmücker

Foto: imago/Sven Simon

wicklungskosten der neuen Modelle mit dem neuen Konzept, aber auch die Ölkrise und der schwache US-Dollar ließen die Verluste 1974, dem letzten von Leiding vollständig verantworteten Jahr, auf eine Höhe von über 800 Millionen D-Mark steigen. Anfang des folgenden Jahres musste er gehen.

Nun erhielt Schmücker seine Chance und genügend Zeit, um die Ernte einzufah-

ren. Unter seinen beiden Vorgängern waren bereits die vier modernen Modelle Scirocco, Polo, Golf und Passat auf den Markt gekommen. Schmücker erweiterte das Angebotssegment ab 1977 im Zweijahresrhythmus um Stufenheckvarianten der drei letztgenannten Typen mit den Modellbezeichnungen „Derby“, „Jetta“ und „Santana“. Audi positionierte er als Premiummarke. Dazu passte, dass die Produk-

tion des großen VW K70 und des kleinen Audi 50 1975 beziehungsweise 1978 eingestellt wurde. Aus der mit Porsche gemeinsam angefangenen Entwicklung eines Nachfolgers für den von 1969 bis 1975 gebauten Sportwagen VW-Porsche stieg VW auf Schmückers Geheiß aus. Der VW-Chef hielt dieses Marktsegment zum einen aufgrund der Ölkrise für begrenzt und zum anderen durch den Scirocco bereits genügend durch sein Unternehmen abgedeckt. Soweit zu Schmückers Modellpolitik.

Unabhängig davon, wessen Verdienst sie waren, ließen die Zahlen Schmücker gut aussehen. Im Februar 1975 hatte er den Vorstandsvorsitz übernommen, bereits im August des Jahres schrieb VW wieder schwarze Zahlen. Im ersten Kalenderjahr, das Schmücker voll verantwortete, betrug der Gewinn eine Milliarde D-Mark. Von 1975 bis 1979 erhöhte sich der Konzernabsatz von 1,95 auf 2,54 Millionen Fahrzeuge.

So war es denn auch nicht sein Aufsichtsrat, sondern sein Körper, der den VW-Vorstandsvorsitzenden nach sieben Jahren schließlich ausbremste. Eine schwere Herzattacke im Juni 1981 zwang ihn noch im selben Jahr zum Rückzug aus der Konzernführung. Im darauffolgenden Jahr wechselte er in den Aufsichtsrat. Am 6. November 1996 starb Toni Schmücker in Bergisch Gladbach.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit April 2020 prägen Masken – oder korrekt gesagt Mund-Nase-Bedeckungen – unseren Alltag. Und das ist gut so! Auch wenn ebenso unbelehrbare wie feindlich-negative Kräfte immer noch von einem „staatlich verordneten Maulkorb“ oder „Demuts-Lappen“ schwurbeln beziehungsweise gar völlig deplatzierte Vergleiche mit dem Gessler-Hut in Schillers Drama „Wilhelm Tell“ anstellen.

Zum Ersten retten die Masken permanent Leben. Und zwar ganz unabhängig davon, ob sie den Gottseibeius aus der Welt der natürlich oder künstlich entstandenen Viren namens Corona daran hindern, an die fragilen Körperzellen unserer mehrheitlich übergewichtigen Bevölkerung anzudocken. Wer seinen Mund mit hochwertigem Vlies aus vorzugsweise asiatischer Produktion versiegelt, kann weder rauchen noch Alkohol trinken und erst recht kein klimaschädliches Fleisch oder Süßes verzehren.

Zum Zweiten hat die Beschaffung der Mund-Nase-Bedeckungen mehreren sehr notleidenden Menschen aus dem Niedriglohsektor Politik zu ein paar wohlverdienten Nebeneinkünften verholfen. Dadurch wurden die Betroffenen nicht zum Sozialfall, was sicher zur spürbaren Entlastung der entsprechenden Kassen führte.

Zum Dritten erlauben die Masken eine deutlich bessere Kommunikation. Zwar verleiten sie manche Zeitgenossen etwas zum Nuscheln, das gleicht der Zugewinn auf nonverbalen Gebiet aber mehr als aus. Wie jeder Psychologe weiß, lügen Menschen mit dem Mund, während die Augen die Wahrheit verraten – außer natürlich bei Volksvertretern, deren Augen teilweise so leer sind wie ihre Wahlversprechen. Insofern ist es von Vorteil, dass wir nun nicht mehr von Nebensächlichkeiten im Antlitz des Gegenübers abgelenkt werden.

„Viel zu schön!“

Zum Vierten tragen die Masken zum gesellschaftlichen Frieden bei. Vorbei die Zeiten, zu denen sich einer der bärtigen Herren, die noch nicht so lange hier sind wie wir „Kartoffeln“, über grellrot geschminkte Lippen von „deutschen Schlampen“ derart echauffieren musste, dass er sich nur durch einen kurzen Messereinsatz oder lange Freitagsgebete zu beruhigen vermochte.

Zum Fünften – und das ist wohl das Beste überhaupt – haben die Masken unsere bislang so trist-graue Welt endlich bunter gemacht. Welch eine Vielfalt und Kreativität sieht man nun plötzlich auf Schritt und Tritt!

So bei den Maskenfetischisten, deren Szene viel zu lange ein betrübtes Schat-



Selbst ganz allein und tief im Wald: Die Maske macht uns stark!

Foto: imago/Westend61

SATIRE

Lob der Maske

Sie schützt uns nicht nur vor dem Gottseibeius der Viren, sie integriert auch die bislang an den Rand gedrängten Fetischisten und versöhnt bunte Individualität mit unserem Drang zum Gehorsam

tendasein führte. Jetzt kann jeder in aller Öffentlichkeit zeigen, wie sehr er es genießt, seine wahre Identität hinter einer Larve zu verbergen, und muss diese Passion nicht mehr in schmuddeligen Klubs ausleben. Die neue Freiheit gilt sogar für Waldspaziergänge oder sportliche Aktivitäten vom Angeln bis zum Tennis, bei denen der Gesetzgeber (vorerst noch) ein Auge zudrückt, wenn es um die Pandemie-Bekämpfung vermittelt partieller Gesichtsverhüllung geht. Diese Zielgruppe hatte wohl auch der Textilhersteller Van Laack im Auge, als er für seine Masken mit dem Spruch warb: „Viel zu schön, um sie nur einmal zu tragen.“

Endlich durchatmen können auch die gespaltenen Persönlichkeiten – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Einerseits verlangt der Vorsichtige in ihnen, es den Maskenfetischisten gleichzutun und beim Aufenthalt außerhalb der eigenen vier Wände grundsätzlich Mund-Nase-Bedeckungen der Klasse FFP2 oder höher zu tragen, andererseits sorgt dann aber der

sanguinische Nonkonformist in einer anderen Nische der Psyche für das kecke Heraushängen des Gesichtserkers.

Oder nehmen wir die vielfach zu sehenden kohlrabenschwarzen Masken à la Joe Biden: Deren Träger praktizieren natürlich kein rassistisches „Blackfacing“, sondern zeigen eine herzerwärmende Geste der Solidarität mit den immer noch unterdrückten nichtweißen US-Bürgern von Kamala Harris abwärts. Sicher werden bald auch gelbe Gesichtsverhüllungen auftauchen, durch die deren Träger zeigen können, dass sie auf der Seite der zu Unrecht verleumdeten Forscher des Wuhan Institute of Virology stehen.

Bedauerliche Exzesse

Botschafter der Vielfalt sind zudem auch all jene, welche herausgefunden haben, dass „Maske“ ein arabisches Lehnwort ist und „Mashara“ für „Narr, Posse, Hänselei oder Scherz“ steht. Deshalb versehen sie ihre Mund-Nase-Bedeckungen mit allerlei urkomischen Aufschriften wie „Freistaat

(sic!) Bayern“. Noch etwas putziger kommen hier wohl nur die Verkäufer in einem Supermarkt der sächsischen Kreisstadt Pirna daher, welche ihre Masken jetzt einseitig vom rechten Ohr herunterbaumeln lassen.

Leider zeigt sich auch an den Gesichtsverhüllungen, dass in unserer Gesellschaft nicht jeder auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause ist, obwohl wir doch im besten Deutschland aller Zeiten weilen. Viele der Flaschensammler im Rentenalter, welche an Haltestellen in den Papierkörben wühlen und dabei Mund-Nase-Bedeckungen tragen, um nicht aufgrund einer empfindlichen Geldstrafe noch tiefer in Armut zu stürzen, haben das Hygiene-Utensil wohl kaum mehr gewechselt, seit sie dieses vor Monaten gratis in der Apotheke erhielten.

Ebenso führt der an sich legitime Drang, in jeder Alltagssituation ein Höchstmaß an Individualität zu demonstrieren, bedauerlicherweise in seltenen Einzelfällen zu argen Exzessen. Vor al-

lem natürlich bei der AfD. Erinnert sei hier nur an den Auftritt des Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz, welcher es tatsächlich wagte, seine untere Gesichtshälfte auf dem hochgefährlichen Weg vom Platz im Plenarsaal (keine Maskenpflicht) zum Rednerpult (keine Maskenpflicht) nur mit einem löcherigen Etwas zu verhüllen. Und zwar direkt vor den Augen der allseits beliebten Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, welche so viel Renitenz nun wahrlich nicht verdient hat.

Aber ungeachtet solcher Querulanten: Viele Deutsche wollen ihre Mund-Nase-Bedeckung noch lange diszipliniert und überzeugt tragen – manche vielleicht sogar im Sarg. Also war der Sklavenbefreier und Indianerquäler Abraham Lincoln ein hervorragender Ratgeber, als er Masken-Aposteln wie Merkel und Söder als politisches Vermächtnis hinterließ: „Staatskunst ist die kluge Anwendung persönlicher Niedertracht für das Allgemeinwohl.“

RELIGION

Rekord bei Zwangskonversionen in Pakistan

Nichtmuslimische Mädchen werden entführt, gegen ihren Willen zu Musliminnen gemacht und dann zwangsverheiratet

In Pakistan machten Menschenrechtsorganisationen jüngst auf einen Rekordanstieg bei Zwangskonversionen von Mädchen zum Islam aufmerksam. Demnach ist die Zahl der minderjährigen Mädchen, die entführt und zum Islam konvertiert werden, zum Vorjahr um 177 Prozent gestiegen, so der asiatische Pressedienst „Ucanews“ unter Berufung auf eine aktuelle Untersuchung des „Zentrums für soziale Gerechtigkeit“ (CSJ) in Lahore. Betroffenen sind vor allem christliche und hinduistische Mädchen. Menschenrechtler gehen von Hunderten solcher Zwangskonversionen aus, die in der Regel mit Zwangsheiraten verbunden sind.

Damit ist in der dreijährigen Regierungszeit von Premier Imran Khan eine Rekordzahl von Mädchen zwangskonver-

tiert worden. Khan, ein ehemals weltbekannter Cricketspieler, war zwar als großer Reformator angetreten, richtete 2019 einen parlamentarischen Ausschuss zum Schutz von Minderheiten vor Zwangsbekehrung ein, aber eben dieser Ausschuss lehnte noch vor Kurzem ein Gesetz gegen Zwangskonversionen ab. Nichtmuslimische Menschenrechtler hatten vor dem Gremium vergebens gefordert, das Alter für Religionswechsel auf 18 anzuheben.

Vertreter der Khan-Regierung, verwiesen stets darauf, dass Glaubenswechsel höchst persönliche Entscheidungen seien und deshalb keine Altersbegrenzung möglich sei. Politisch wertet man vonseiten der Menschenrechtsorganisationen schon die bloße Behandlung des Gesetzentwurfes gegen Zwangskonver-

sionen im parlamentarischen Ausschuss als Erfolg.

In der Regel erfolgen die Konversionen im Zusammenhang mit Zwangsheiraten. Die Konversionen zum Islam gehen dann den Heiraten voraus. Auch Zwangsheiraten sind in der Regel Folge von Entführungen, da der Islam im Spiel ist, der in Pakistan Staatsreligion ist. Eltern von zwangskonvertierten Mädchen ist es fast unmöglich, rechtlich gegen solche jeder Justiz Hohn sprechenden Missbräuche vorzugehen, obwohl das Justizsystem Pakistans auf dem britischen basiert.

Vor den Konversionen und Heiraten lassen die muslimischen Urheber sich erzwungene Freiwilligkeitsbescheinigungen der betroffenen Mädchen unterschreiben, die dann als Grundlage für gerichtliche

Entscheidungen gelten. Dass Richter dabei nationales und internationales Recht missachten, wurde bereits öfters von internationalen Menschenrechtsorganisationen der Khan-Regierung vorgeworfen. Der Premier war, als er noch gefeierter Sportstar und Wohltätigkeitsförderer war, auch ein gerngesehener Gast bei linksgrünen politischen Stiftungen, so der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen 2009, wo er internationale Rechtsstandards für sein eigenes Land einforderte.

Wohl nur die Spitze des Eisbergs

Viele Analysten führen den Anstieg der Zwangskonversionen in Pakistan auch auf den Siegeszug der Taliban in Afghanistan zurück. Der Triumph war nur möglich durch die tatkräftige Unterstützung des

pakistanischen Geheimdienstes und der Islamschulen in Pakistan.

In Afghanistan gibt es keine rechtliche Handhabe mehr für Nichtmuslime, ihre Religion offen zu praktizieren. Der letzte Jude hat das Land erst vergangenen Monat verlassen, andere Minderheiten, sogar muslimische wie die Schiiten, werden folgen. Auch in Pakistan ist der sunnitische Islam mit 93 Prozent der Bevölkerung Staatsreligion, selbst die muslimischen Minderheiten der Schiiten und der Ahmadiyya werden verfolgt. Bei den veröffentlichten Zahlen zu Zwangskonversionen in Pakistan dürfte es sich nur um die Spitze des Eisbergs handeln, die meisten Fälle von Zwangskonversion bleiben angesichts des damit verbundenen Klimas von Angst und Terror unbekannt. *Bodo Bost*



DREHARBEITEN AN DER BÖRSE

„Nürnberger Prozesse“ in Königsberg

Bekannte russische Schauspieler weilten in der Pregelmetropole – Premiere für 2022 geplant

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In den vergangenen 70 Jahren wurden im Königsberger Gebiet Dutzende Filme gedreht. Ein Großteil von ihnen ist den Ereignissen während des Zweiten Weltkriegs gewidmet. Dafür gibt es augenscheinliche Gründe. Zum einen lieferten die noch erhaltenen Überreste der Architektur Ostpreußens, zum anderen die charakteristische Landschaft hervorragende Bedingungen für Aufnahmen von Kriegsfilmen. Zu den wichtigsten sowjetischen Filmen zählen „Begegnung an der Elbe“, „Frühling an der Oder“, „Vater des Soldaten“, „Ein Menschenschicksal“ und „Schild und Schwert“.

Vor Kurzem wurde Königsberg nach jahrelanger Pause wieder zu einem beliebten Drehort für Spielfilme und beliebte Fernsehserien. Dass die Filmemacher das nördliche Ostpreußen als Kulisse ihrer Filme wählen, ist zum Teil durch wirtschaftliche Erwägungen bedingt. Es wurde ein „Rabatt“-Programm aufgelegt, in dessen Rahmen Filmemacher bis zu 40 Prozent der im Königsberger Gebiet aufgewendeten Drehkosten erstattet bekommen können, sofern sie eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen. Insbesondere muss der Film später auf den staatlichen Fernsehkanälen ausgestrahlt werden beziehungsweise die Premiere muss in Königsberg unter Anwesenheit der Hauptdarsteller stattfinden.

Während der Dreharbeiten konnten sich die Einwohner von Königsberg selbst davon überzeugen, dass ihre Stadt zu einem Anziehungspunkt für die nationale Filmindustrie geworden ist. Eine Woche lang wurden im Herzen der Stadt Kulissen aufgebaut und Dutzende von Künstlern führten Filmszenen auf. Das im ehemaligen Gebäude der Königsberger Börse untergebrachte Museum der Schönen Künste erhielt zunächst einen Zaun, dann einen Kontrollpunkt, und später wurden



Beliebte Kulisse: Noch erhaltene deutsche Gebäude wie der ehemalige Sitz der Börse

Foto: J.T.

die Flaggen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs über dem Haupteingang aufgehängt. Autos der 1940er Jahre fuhren am Museumsgebäude vorbei, und Menschen in Uniformen und Zivilkleidung aus der Mitte des letzten Jahrhunderts flanierten auf dem Bürgersteig.

Es stellte sich heraus, dass es sich um eine Kulisse für die Dreharbeiten zu dem historischen Spielfilm „Nürnberg“ handelte. Die Spielhandlung konzentriert sich auf die Ereignisse rund um die Nürnberger Prozesse. Zahlreiche Menschen aus der ganzen Welt hatten an dem Prozess teilgenommen.

Eine der Hauptfiguren des Films ist Igor Wolgin, der als Dolmetscher für die

40
Prozent staatliche Förderung erhalten Filmproduzenten, wenn sie im Königsberger Gebiet drehen.

sowjetische Delegation auftritt. In dem Film „Nürnberg“ spielen mit Jewgenij Mironow, Sergej Besrukow und Ljubow Aksjonowa, bekannte Größen des russischen Films, sowie rund 150 ausländische Schauspieler, unter anderem aus den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik, Dänemark und Österreich. Das Dreh-

buch basiert auf dem Roman „Für immer und ewig“ des Regisseurs Alexander Sja-ginzew, der 2003 einen Doppelsieg bei den Filmfestspielen von Venedig mit seinem Film „Die Rückkehr“ holte.

Der Kulissenbau an der Königsberger Börse hat fast eine Woche gedauert, während die Dreharbeiten nur an vier Tagen stattfanden. Das geschätzte Budget für die Filmarbeiten im Königsberger Gebiet betrug umgerechnet rund 300.000 Euro. Die Filmemacher können mit der Rückerstattung eines Teils der Kosten im Rahmen des Rabattprogramms rechnen.

Neben Königsberg fanden die Dreharbeiten für den Film „Nürnberg“, dessen Premiere für 2022 geplant ist, auch in Prag und Moskau statt.

● MELDUNGEN

Amphitheater in Mühlhausen

Mühlhausen – Die Stadt Mühlhausen erhält ein Amphitheater. Es entsteht in der Nähe der Ruine der alten Mühle. Da die Stadt dieses Objekt allein nicht finanzieren kann, kommt der Rest von Spendern, die sich an die Geschichte der Stadt erinnern. Das Amphitheater wird zusammen mit dem Park ein Ort zur Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen. „Mühlhausen hat eine halbe Million Zloty (gut 110.000 Euro) für die Bewirtschaftung des Parks beziehungsweise für den Bau einer Bühne zur Verfügung gestellt. Die Bühne wird zur Hälfte das Mühlenrad zeigen und zur anderen Hälfte die ausgegrabenen Pflastersteine vor der Mühle“, sagte die Mühlhausener Bürgermeisterin Renata Bednarczyk. Es soll eine Allee mit Sitzbänken und Beleuchtung entstehen. Zurzeit läuft die Ausschreibung. PAZ

Schneller zum Flughafen

Allenstein – Die Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen führt eine Ausschreibung für ein technisch-wirtschaftliches Umweltgutachten für den Umbau der Staatsstraße 53 von Allenstein nach Ortelsburg durch. Die bisherige Landstraße soll zu einer Schnellstraße ausgebaut werden, wodurch ihre Kapazität insgesamt größer werden soll. Wo es möglich ist, wird die Straßenführung geändert, zusätzliche Spuren an Kreuzungen sorgen für Entlastung. Mit dem Umbau dieser Straße soll eine bessere Verbindung zum Flughafen Schiemanen hergestellt werden. Die an der Ausschreibung teilnehmenden Firmen konnten ihre Angebote bis zum 29. Oktober einreichen. Der Umbau ist für die Jahre 2026 und 2027 geplant. PAZ

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Ermland und Masuren im Winter

Fotoausstellung nun im Kopernikushaus in Allenstein

„Es ist wichtig, dass wir Partner vor Ort haben und die haben wir auch“. Mit diesen Worten begann Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, die Erläuterungen zur während des 13. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongresses gezeigten Ausstellung „Ermland und Masuren im Winter“.

Seit 30 Jahren gibt es kulturelle Zusammenarbeit mit im südlichen Ostpreußen lebenden Polen, die dank offener Grenzen problemlos funktioniert und kontinuierlich fortgesetzt wird. Die diesjährige Ausstellung der Fotokünstler Mieczysław Werliczko und Andrzej Warczuk zeigte beeindruckende Winterbilder, die teilweise überhaupt erstmals gezeigt wurden. Die Wahl fiel deshalb auf den Winter, weil die kalte Jahreszeit nicht mehr so kalt wird und der Schnee in Masuren heute nicht mehr so hoch ist wie früher.

Die Ausstellung ist nun im Kopernikushaus in Allenstein, dem Kooperationspartner des Kulturzentrums, zu sehen. Pläne für weitere gemeinsame Projekte gibt es mit dem Allensteiner Museum. MRK



Stolz auf die erfolgreiche Zusammenarbeit: Wolfgang Freyberg

Foto: MRK

MOHRUNGEN

Unikate

Neue Ausstellungen im Museum geplant

Das Museum in Mohrungen soll umfassend renoviert werden. Für die Arbeiten werden umgerechnet gut eine Million Euro bereitgestellt, von denen rund 700.000 Euro die Europäische Union beisteuert. Die Bauarbeiten umfassen die Wärmedämmung des Gebäudes, die Erneuerung des Fußbodens und des Dachs, den Einbau energiesparender Fenster sowie die Erneuerung der Elektrik. Das Gebäude wird so umgebaut, dass ältere Teile vernichtet werden. „Ständig sind Reparaturen erforderlich. Wir möchten es einmal richtig renovieren“, sagte der Direktor des Ermlandisch-Masurischen Museums, Piotr Zuchowski. Er ergänzte, dass während der Durchführung der Arbeiten das Museum für Besucher nicht geschlossen wird.

Nach der Renovierung sollen in Mohrungen neue Ausstellungen gezeigt werden. „Es geht um die Repräsentation von Exponaten im breiteren Kontext. Dort befinden sich zum Beispiel bekannte Kollektionen der holländischen Malerei. Es lohnt sich, nicht nur diese zu zeigen, son-

dern auch zu erklären, wie die Bilder hierher gelangten.“ Dazu gehöre, den Besuchern zu erklären, dass sich bei ostpreussischen Adligen oft eine reiche Sammlung von Bildern und Kunstgegenständen befand. „In unserer Sammlung besitzen wir zwei Original-Blätter eines Rotarmisten, beschrieben in kyrillischer Schrift, über die Beschlagnahmen auf zwei Gütern. Das ist ein Unikat, das beschreibt, wie die ostpreussische Welt 1945 unterging“, so Zuchowski.

Das Gebäude, in dem sich das Mohrungen-Museum befindet, war vor fast 400 Jahren Sitz der Familie Dönnhoff, eines der bekanntesten ostpreussischen Geschlechter. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Schloss stark beschädigt und war für viele Jahre eine Ruine. Das Museum befindet sich seit den 1980er Jahren darin. Während der Modernisierungsarbeiten werden einige Exponate im Museum in Allenstein (im ermlandischen Kapitel-Schloss) und in Heilsberg (im ermlandischen Bischofsschloss) untergebracht. PAZ

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Engelke, Liesbeth, geb. **Loesch**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bardtke, Walter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 5. November
Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Pahl, Erika, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Richter, Christiane, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. November
Riechey, Hella, geb. **Ragozat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November
Wuttke, Ilse, geb. **Koschul**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bock, Dora, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. November
Kairies, Hildegard, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November
Paustian, Emmy, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 7. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hollo, Käthe, geb. **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 11. November
Karasch, Waltraut, geb. **Konopka**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Müller, Hedwig, aus Neuforst bei Rhein, Kreis Lötzen, am 5. November
Schacht, Elli, geb. **Faeckenstedt**, aus Willkischken, Kreis Tilsit, am 7. November
Weimer, Frieda, geb. **Hoffmeister**, aus Kallen, Kreis Fischhausen, am 7. November
Willutzki, Felicitas, geb. **Schulze**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 5. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. **Juckschat**, aus Lyck, am 5. November
Betker, Gertrud, geb. **Sütterlin**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November

Böttcher, Gerda, geb. **Spang**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November
Bröhan, Edith, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 10. November
Herfer, Manfred, aus Lyck, am 8. November
Honnacker, Irmgard, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Jäkel, Marta, geb. **Lork**, aus Nios-toy, Kreis Neidenburg, am 11. November
Jungclaussen, Peter, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 10. November
Piotrowski, Irene, geb. **Hintz**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 10. November
Ruschke, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brandt, Ruth, geb. **Schmerberg**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 10. November
Brutscher, Edith, geb. **Christochowitz**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 10. November
Kerstan, Waltraud, geb. **Nowotka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Roeder, Erika, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November
Zimmel, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Heise, Paul, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 7. November
Klose, Hilde, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November
Mordas, Gertrud, geb. **Bobel**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 11. November
Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November
Petersen, Edith, geb. **Zakrewski**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 6. November
Steinert, Eva, geb. **Kropeit**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Babbel, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 7. November
Blankenhein, Irene, geb. **Wosylus**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November
Bondzio, Günther, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 5. November
Löffelholz, Ella, geb. **Ott**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. November

Nowack, Erika, geb. **Bahlo**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 7. November
Sauerland, Edith, geb. **Bloch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Schäfer, Werner, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 10. November
Stübbe, Horst, aus Seegertswalde, Kreis Mohrungen, am 5. November
Werner, Erna, geb. **Noetzel**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. November
Wiegand, Ruthild, geb. **Gimbott**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 11. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Hella, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. November
Biesel, Christa, geb. **Legien**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 6. November
Blessing, Gertraud, geb. **Kiparski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Daebel, Erich, aus Bartzendorf, Kreis Neidenburg, am 6. November
Glowatzki, Liesbeth, geb. **Kraffzik**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. November
Kaufmann, Hannelore, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. November
Kaufmann, Maria, geb. **Schulz**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 5. November
Klimaschewski, Siegfried, aus Se-liggen, Kreis Lyck, am 10. November
Kreuzer, Else, geb. **Stinka**, aus Sof-fen, Kreis Lyck, am 5. November
Krüger, Ulrich, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 7. November
Mittelstädt, Elfriede, geb. **Brodowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. November
Muhsal, Ruth, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Przyborowski, Edeltraut, geb. **Dziadek**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. November
Völker, Inge, geb. **Lengwenus**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 6. November
Weituschat, Bruno, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bromberg, Lisbeth, geb. **Schmittka**, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Glahs, Werner, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 5. November
Joppien, Reinhard, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 5. November

Kobus, Lucie, geb. **Streuer**, aus Hortlauken, Kreis Fischhausen, am 9. November
Koschorrek, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Kulczewski, Irmgard, geb. **Pawl-zick**, aus Lyck, Dallnitzweg 4, am 9. November
Mahnke, Hildegard, geb. **Zander**, aus Groß Hermenau, Kreis Moh-rungen, am 8. November
Mittag, Ingelore, geb. **Bendrien**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 8. November
Müller, Lydia, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 11. November
Nötzig, Edith, geb. **Langecker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Rilat, Wolfgang, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. November
Salomon, Gerhard, aus Samplat-ten, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Schiffer, Hans-Georg, aus Lu-cken, Kreis Ebenrode, am 10. November
Stotz, Elli, geb. **Krause**, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Ey-lau, am 7. November
Wrobel, Heinz, aus Lyck, Stein-straße 4, am 6. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Burchardi, Wolfgang, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. November
Harnisch, Irmeline, geb. **Steiner**, aus Kamilkö, Kreis Neidenburg, am 9. November
Gruszla, Herbert, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. November

Höller, Ingelore, geb. **Graffenber-ger**, aus Schwentainen, Kreis Treu-burg, am 6. November
Jurkschat, Günter, aus Königs-berg, am 7. November
Koniarski, Anita, aus Treuburg, am 11. November
Kulesa, Adolf, aus Skomanten. Kreis Lyck, am 6. November
Lesczinski, Hans-Martin, aus Ko-balten, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Mayer, Rosemarie, geb. **Stritzel**, aus Lyck, am 5. November
Müller, Edeldart, geb. **Repschlä-ger**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Nauruschat, Siegfried, aus Alex-brück, Kreis Ebenrode, am 11. No-vember
Pasch, Helmut, aus Lyck, am 9. November
Pasdika, Helene, geb. **Czychon**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. November
Pogorzelski, Bruno, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 5. November
Renner, Christa, geb. **Wendt**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 6. November
Ressa, Ursula, geb. **Lipka**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Schwinger, Christa, geb. **Hippel**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Szibalski, Udo, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 7. November
Tilsch, Renate, geb. **Malinka**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 9. November
Viebrock, Elvira, geb. **Matschulat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November

Weitz, Elsbeth, geb. **Buyny**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Astratti, Monika, geb. **Lunkowski**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. November
Bergknecht, Gerhild, geb. **Endre-jat**, aus Brandenburg, Kreis Elch-niederung, am 8. November
Dreier, Karin, geb. **Wermbter**, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 10. November
Kaminski, Erwin, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 7. November
Kirchner, Adelheid, geb. **Preuß**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 11. November
Mayer, Brigitte, geb. **Balzereit**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 11. November
Nadowski, Regina, geb. **Kopruch**, aus Lyck, am 7. November
Sprenger, Inge, geb. **Bahl**, aus Kutzburg-Mühle, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Thomas, Siegfried, aus Klein Hein-richsdorf, Kreis Elchniederung, am 11. November
Wermbter, Wolfgang, aus Fried-lau, Kreis Elchniederung, am 10. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Roth, Doris, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 7. November

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Königsberger Klopse

Hof - Die Veranstaltung am 13. November beginnt bereits um 13 Uhr. Auf dem Speiseplan stehen Königsberger Klopse. Gäste sind herzlich willkommen.

Prominente des Monats

Hof - Prominente des Monats Oktober: Landfrau Elisabet Boehm

Als Prominente des Monats Oktober wählte der Vorsitzende Christian Joachim die Landfrau Elisabet Boehm. Im Hinblick auf die Vorbereitung der Erntedankfeier und seinen Vortrag zur Landwirtschaft in Ostpreußen wollte er auf die wichtige Rolle der Landfrauen hinweisen. Die Gründerin dieser so erfolgreichen Vereinigung lebte und wirkte in Ostpreußen.

Elisabet Boehm, geborene Stepuhn, wurde 1869 als Tochter eines Gutspächters in Rastenburg geboren. In dieser Zeit begann man zunehmend auf den von Bürgerlichen geführten Gütern mehr Wert auf Verarbeitung, Veredlung und Vermarktung der eigenen Produkte zu legen. Dieses Wirtschaftsfeld oblag meist den Gutsfrauen.

Durch ihre Heirat mit 21 Jahren wurde Boehm Gutsherrin auf einem heruntergekommenen Betrieb, den ihr Mann mühsam wieder zum Laufen brachte. Rasch wurde ihr bewusst, dass ihr für viele der Aufgaben, die sie als Chefin für das Innere eines Betriebes zu bewältigen hatte, die Kenntnisse fehlten. Dies war die Initialzündung zu ihrer Suche nach Frauen in ähnlicher Lage.

Gemeinsam bildete man sich bei privaten Treffen fort, bis die Damenrunde 1898 in Rastenburg den ersten „Landwirtschaftlichen Hausfrauenverein“ der Welt gründete. Dieser machte es sich zur Aufgabe, auf dem Land tätige Frauen zu bilden und zu fördern sowie Verkaufsstellen in den Städten einzurichten, in denen die von den Frauen produzierten Lebensmittel wie Früchte, Gemüse oder Eier angeboten wurden. Die Verkaufserlöse bedeuteten ein wichtiges Zusatzeinkommen für die Familien.

Die gute Idee fand schnell Nachahmer. Zunächst in Ostpreußen, dann in ganz Deutschland wurden Landwirtschaftliche Hausfrauenvereine (L.H.V.) gegründet. Im Ersten Weltkrieg, als die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landfrauenprodukte offensichtlich wurde, fanden sich die Vereine zum „Reichsverband L.H.V.“ unter dem Vorsitz von Boehm zusammen und waren aus der Nahrungsmittelversorgung nicht mehr wegzudenken. Die Landfrauenorganisation förderte die Ausbildung junger Frauen als Vorbereitung auf ihre Aufgaben als Verantwortliche für Haushalt und Hauswirtschaft, sie beriet in allen Bereichen und setzte sich unter anderem für die Verbreitung der Imkerei, des Gartenbaus und der Geflügelzucht ein. Nach dem Ersten Weltkrieg kam die Optimierung von Arbeitsräumen und Haustechnik hinzu. Überall wurden Schulen für Landfrauen gegründet, mit denen ein systematischer Aufbau des ländlich hauswirtschaftlichen Ausbildungswesens verbunden war.

Mit den neuen Aufgaben und nicht zuletzt dank nunmehr professioneller Ausbildung erwuchs den Landfrauen ein neues Selbstbewusstsein. Das Engagement Boehms führte 1920 zur Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes der Landfrauen in den Landwirtschaftskammern. Dank ihres Engagements wurden dort auch Abteilungen für ländliche Hauswirtschaft unter weiblicher Leitung eingerichtet, ebenso wie ein Frauenreferat im Landwirtschaftsministerium. Boehm sah ihre Verbandsarbeit immer auch als Teil der damaligen Frauenbewegung.

Im Alter von 70 Jahren legte Boehm 1929 den Vorsitz in der Landesfrauenorganisation nieder. Auf Bildern trägt sie oft eine Brosche, die einer Biene nachgebildet ist. Sie selbst hat die Biene als Symbol für die Landfrauenorganisation ausgesucht. Diese steht für Fleiß und den Arbeitswillen der Landfrauen, aber auch für deren Gemeinschaftssinn und soziales Engagement.

Im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg ist auch die „Bienenkette“ Elisabet Boehms zu bewundern. Dabei repräsentiert jede Biene einen Landesverband.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Veranstaltungen abgesagt
Wetzlar – Der Betreiber der Gaststätte in Wetzlar-Garbenheim ist

plötzlich und unerwartet verstorben. In dieser Gaststätte mit dem großen Saal haben wir, die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Wetzlar, bisher unsere kulturellen Veranstaltungen durchgeführt.

Da diese Gaststätte für unbestimmte Zeit geschlossen wurde und wir wegen der Pandemie entsprechende Hygiene-Vorschriften einhalten müssen, hat der Vorstand der LOW-Wetzlar beschlossen, alle Veranstaltungen für 2021 abzusagen. Wir werden uns Anfang 2022 wieder melden.

Wiesbaden – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)2968

Eine Art Landeshymne
Lüneburg – Die Lüneburger Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen traf sich im Museums-Cafe Bernstein im Beisein der Landesvorsitzenden Dr. Barbara Loeffke zu ih-



Vortrag über das bekannte Lied „Wo die Nordseewellen trecken an den Strand“: Nachmittag der Kreisgruppe Lüneburg Foto: B.L.

rer monatlichen Zusammenkunft mit einem Vortrag von Landsmann Gerold Plewa über die Entstehungsgeschichte des Liedes „Wo die Ostseewellen beziehungsweise Nordseewellen trecken an den Strand“. Stimmungsvolle musikalische Umrahmung lieferte Landsmann Quetschke. Vor dem Vortrag gedachten die Teilnehmer ihrer unvergessenen langjährigen Vorsitzenden Christa Harms.

Den meisten Deutschen, besonders aber den in Niedersachsen wohnenden, ist das Lied „Wo die Nordseewellen trecken an den Strand“ vom Hören oder vom gelegentlichen Mitsingen geläufig. Die Niedersachsen betrachten das Lied als eine Art Landeshymne. Erstaunen ruft man aber hervor, wenn man mitteilt, dass dieses Lied gar nicht in Niedersachsen entstanden ist und ursprünglich auch nicht die Nordsee-, sondern die Ostseewellen besingt.

Die Verfasserin hieß Martha Müller-Grähler und hatte am 20. Dezember 1876 als Johanna

Daatz in Barth unehelich das Licht der Welt erblickt. Ein Müllermeister aus Zingst namens Friedrich Grähler hatte die uneheliche Mutter später geheiratet, Johanna Daatz adoptiert, ihr seinen Familiennamen gegeben und auch noch den Vornamen offiziell in Martha ändern lassen.

Martha war eine aufmerksame Schülerin und verbrachte Kindheit und Jugend in Zingst. Sie besuchte ein Lehrerseminar, machte ihre Abschlussprüfung und arbeitete als Hauslehrerin. 1898 ging sie nach Berlin und wurde Redakteurin des „Deutschen Familienblattes“. In Berlin lernte sie den Agrarwissenschaftler Max Müller kennen und heiratete ihn. Dort schrieb sie ihr Gedicht „Mine Heimat“ in vorpommersch-plattdeutscher Sprache und veröffentlichte es 1907 zum ersten Mal in den damals örtlich relativ bekannten „Megendorfer Blättern“. Sie kehrte schließlich 1924 wieder in ihre Heimat Zingst zurück und lebte fortan in ihrem Haus „Sünnenkringel“.

Inzwischen war mit ihrem Gedicht „Mine Heimat“ Folgendes geschehen: Ein älterer Glasergeselle aus Flensburg hatte das plattdeutsche Gedicht in den „Megendorfer Blättern“ gefunden, ausgeschnitten und mit auf Wanderschaft genommen, die ihn ins schweizerische Zürich führte.

Dort gab es einen Männergesangverein, der von einem aus Thüringen stammenden Organisten namens Simon Krannig geleitet wurde. Dem gefiel das plattdeutsche Gedicht außerordentlich, er ließ es sich von dem Glasergesellen zunächst ins Hochdeutsche übersetzen und komponierte dann in kürzester Zeit eine passende Melodie dazu. Tragisch, aber auch erfreulich zugleich ist, dass diese Komposition kurz darauf ihre Uraufführung am Grabe des verstorbenen Glasergesellen erfuhr, gesungen von seinen Männerchorbrüdern unter Leitung von Simon Krannig.

Irgendwann einmal erhielt Martha Müller-Grähler einen Brief des Komponisten Simon Krannig aus Zürich, der ihr mitteilte, dass ihr Lied mit seiner Komposition mit leichten Text- und Melodieabweichungen offenbar munter in Norddeutschland kursierte mit dem Titel „Friesenlied“ und mit der Anfangszeile „Wo de Nordseewellen trecken an den Strand ...“. Da auf einer gedruckten Karte weder auf ihren Verfasseramen noch auf den des Komponisten hingewiesen wurde, bot Kranning ihr an, seine und ihre Urheberrechte geltend zu machen und gesetzlich schützen zu lassen. Der Klein-Verleger der Karte war alsbald ermittelt: Der Dichter und Schriftsteller Friedrich Fischer, der sich später Fischer-Friesenhäusen nannte und später seinen

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom Tode
eines lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32 · Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.
Elche stehn und lauschen in die Ewigkeit.
(Ostpreußenlied)

Nach einem langen erfüllten Leben verstarb unser lieber Vater,
Großvater und Schwiegervater



Joachim Rudat

* 22. 4. 1931 † 19. 10. 2021
Groß Ponnau/Ostpreußen Pinneberg

Jahrzehntelang hat er sich für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und als Vertreter für die Kreisgemeinschaft Wehlau engagiert. Er ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

In Liebe und Dankbarkeit
Eike und Harald
Ute und Jörg
Uwe
Jan, Theo und Tiki
sowie alle Angehörigen

Die Trauerfeier hat im Familien- und Freundeskreis stattgefunden.
Kondolenzadresse: Hinrich Bestattungen, Reuterstraße 88a, 25436 Uetersen

Müh' und Arbeit war dein Leben, Ruhe hat dir Gott gegeben.

Nach langer schwerer Krankheit bedeutet der Tod eine Erlösung.



Lisbeth Volkmann

geb. Schulz

*13. Januar 1923 † 18. Oktober 2021

Dieses Wissen erleichtert uns den Abschied.

Deine Kinder
Enkel
Urenkel

Die Trauerfeier und die Beisetzung fanden im engsten Familienkreis statt.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von



Joachim Rudat

* 22. April 1931 † 19. Oktober 2021
in Groß Ponnau in Pinneberg
Kreis Wehlau

Der Verstorbene war von 1986 – 2006 Kreisvertreter der
Kreisgemeinschaft Wehlau.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die LO
Herrn Joachim Rudat im Jahre 1996 das Goldene Ehrenzeichen.

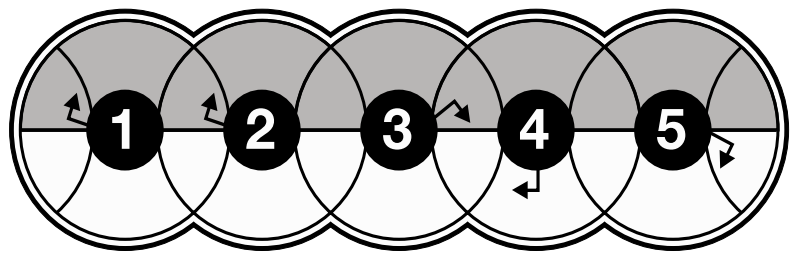
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Endlich mal zur Kur

25 Jahre „Wohltätigkeitsgesellschaft der Deutschen in Schlesien“ – Große Unterstützung kam aus der Bundesrepublik

VON CHRIS W. WAGNER

Hilfe bei der „Wohltätigkeitsgesellschaft der Deutschen in Schlesien“ suche vor allem die „Erlebnisgeneration“, obwohl ihre Zahl aus biologischen Gründen stets abnehme, bedauert die langjährige Vorsitzende Renate Zajączkowska aus Breslau. „Aber es kommen auch später Geborene, die sonst nirgendwo Hilfe erhalten“, sagte sie während der Feierlichkeit zum 25-jährigen Bestehen dieser Organisation der deutschen Minderheit (tdns.org.pl).

Die Anfangsjahre seien sehr gut gewesen, denn es kamen viel mehr Mittel für die Hilfen, erinnert sich die 90-jährige Gleiwitzerin, die als Schülerin in den Ferien in einem Breslauer Altenheim für polnische „Repatrianten“ (so nennt man die ostpolnischen Pioniere in den neuen Westgebieten Polens) gearbeitet hatte. Dabei hatte sie ihren Ehemann kennengelernt und zog in den 1950er Jahren in die schlesische Metropole. Seit 1989 engagiert sie sich dort in der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft Breslau, der sie von 2008 bis 2019 vorstand. In der Wohltätigkeitsgesellschaft schwingt sie noch heute das Zepter.

Positive Anfänge Ende der 90er

„Besonders stark wurden Hilfen während der Jahrtausendflut 1997 benötigt“, erinnert sich Agata Baron, Geschäftsführerin der Gesellschaft. „Wir haben aus Deutschland viel sachliche Unterstützung bekommen, wir hatten auch viele Sponsoren, die Geld gespendet haben“, so Baron gegenüber der Zeitung der Deutschen in Polen, „Wochenblatt.pl“. Damals habe die Gesellschaft selbst Krankenhäuser in der Region unterstützt. Zwei Millionen D-Mark wurden dafür ausgegeben, erinnert sie sich. Baron rechnet zusammen, was in den 25 Jahren an Hilfen ausgege-



Steht nach langjähriger Tätigkeit mit 90 Jahren weiterhin der Wohltätigkeitsgesellschaft vor: Renate Zajączkowska

Foto: Chris W. Wagner

ben wurde und ist selbst erstaunt, „dass es tatsächlich fast acht Millionen Euro waren, die wir an Bedürftige übermitteln konnten. In dieser Zeit haben wir mehr als 50.000 Menschen geholfen“, sagt die Geschäftsführerin.

Die Wohltätigkeitsgesellschaft der Deutschen in Schlesien wird hauptsächlich aus Geldern des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat finanziert. Aber auch Mitgliedsbeiträge und Spenden fließen in den Topf. Diese werden in den Ortsgruppen, den deutschen Freundschaftskreisen gesammelt. Wer fleißig einzahlt, kann zum Beispiel

8.000.000

Euro hat die „Wohltätigkeitsgesellschaft der Deutschen in Schlesien“ in 25 Jahren an mehr als 50.000 Bedürftige übermittelt.

zu Kur fahren. Rosa Cibis aus dem Oberschlesischen Kandrzin [Kędzierzyn] war bereits Nutznießerin. Aufgrund ihrer

Arbeit beim Körbelflechten in einer Fabrik leidet die 80-Jährige unter rheumatischen Schmerzen. „Von meiner kleinen Rente kann ich mir keine Kur leisten und an die Krankenkassen-Kuren komme ich sowieso nicht ran“, berichtet sie. Durch die Mitgliedschaft in der Wohltätigkeitsgesellschaft kam sie in den Genuss von Anwendungen in Ziegenhals [Glucholazy] und Groß Stein [Kamień Śląski].

Doch selbst ein Mitgliedsbeitrag ist für viele Rentner schwer zu schultern. Wer trotzdem zum Beispiel Medikamente braucht, wird nicht im Stich gelassen.

„In der Pandemie hat sich die Situation vieler Menschen weiter verschlechtert. Unsere Senioren werden immer älter, sie brauchen spezielle medizinische Versorgung“, sagt Baron. Seit dem letzten Jahr gelten auch neue Regeln für humanitäre Hilfen der Angehörigen der deutschen Minderheiten.

Diese hat das Bundesinnenministerium neu bestimmt. Danach würde, so Baron, nur Menschen, die bis zum 31. Dezember 1955 geboren sind, geholfen. Doch bei Schicksalsschlägen unter Jüngeren werde natürlich dennoch nach Lösungen gesucht. Es gäbe schließlich noch Mittel, wie der sogenannte „ein Prozentsatz aus der Jahreseinkommenssteuer“, den man der gemeinnützigen Wohltätigkeitsgesellschaft zukommen lassen könne, erinnert sie. Jeder Steuerpflichtige kann in Polen nämlich dem Finanzamt beim Steuerausgleich vorgeben, für welche gemeinnützige Institution er einen Prozent seiner Steuerpflicht „spenden“ möchte. Tut er dies nicht, fällt dieser Prozent dem Fiskus zu.

Ein Prozent Spendensatz

Es gibt außerdem EU-geförderte Programme, die die Wohltätigkeitsgesellschaft in Anspruch nimmt. So wurden durch ein EU-Seniorenprogramm 40 Freiwillige geschult, die in Nachbarschaftshilfe tätig sein wollen. Diese Helfer verpflichten sich, vier Jahre lang alleinstehenden Alten und Kranken in ihrer Umgebung, Einkäufe zu besorgen und im Haushalt zu helfen.

Renate Zajączkowska ist von der Dankbarkeit der Menschen, die die Hilfe in Anspruch nehmen, fast schon beschämt. „Sie rufen an, um sich persönlich zu bedanken, sagen Bescheid, wie ihnen geholfen wurde und wie zufrieden sie sind. Das ist eine große Genugtuung auch für mich persönlich als Vorsitzende“, sagt sie.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket**



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

225. TODESTAG

Katharina – die Zarin aus Stettin

Weitgehend unbekannt, sie war die produktivste russische Schriftstellerin

VON MARTIN STOLZENAU

Aus Prinzessin Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, die am 2. Mai 1729 in Stettin geboren wurde, dem Amtssitz ihres Vaters als preußischer Gouverneur, wurde zunächst Katharina Alexejevna, die Frau des russischen Großfürsten, und dann Zarin Katharina II. Sie erlebte eine der aufregendsten Karrieren der europäischen Geschichte, regierte über 34 Jahre das Riesenreich und entwickelte Russland zur europäischen Großmacht.

Um ihr Leben und Wirken ranken sich einerseits zahlreiche Verklärungen und andererseits auch Verleumdungen. Der Spötter Voltaire sah in ihr das Wunschbild einer aufgeklärten Herrscherin. Er gab ihr in Anlehnung an eine assyrische Königin den Beinamen „Semiramis des Nordens“. Demgegenüber bezeichneten die Protagonisten der Französischen Revolution sie wegen ihrer zahlreichen Liebhaber im Vergleich mit dem ausschweifenden Lebenswandel der dritten Frau des römischen Kaisers Claudius als „Messalina des Nordens“.

Produktive Dichterstin

Ihre historische Größe und menschlichen Schwächen werden in einer Fülle an Schriften untersucht. Dazu gibt es seit 1934 zahlreiche Filme. Letztlich ging Katharina II. als einzige Frau mit dem Beinamen „die Große“ in die Weltgeschichte ein. Doch dabei blieben ihre Leistungen als „Dichterstin“ weitgehend unberücksichtigt. Erst vor 2000 erschien in den USA ein Lexikon über Schriftstellerinnen in Russland. Darin ist die Zarin unter 2000 Autorinnen als die „produktivste russische Schriftstellerin“ ausgewiesen. Ein Umstand, der ihre ohnehin große Nachwirkung über ihren Tod vor 225 Jahren hinaus bis in die Gegenwart noch einmal steigert

Die Aufsteigerin aus dem Fürstenhaus der Askanier verbrachte ihre Kindheit

hauptsächlich in Stettin, wo ihre Neigung für Sprachen, Literatur und Künste vor allem durch ihre Erzieherin Elisabeth Cardel, Tochter eines französischen Refugiés, ausgeprägt wurde.

Über ihre Mutter war die Prinzessin mit dem aus Holstein gebürtigen letzten Enkel Peters des Großen verwandt, der den Anspruch auf die russische sowie schwedische Krone geerbt hatte und un-

ter Zarin Elisabeth I. auf die Thronfolge vorbereitet wurde. Nachdem der Vater der Prinzessin 1742 wider Erwarten noch die Regentschaft in Anhalt-Zerbst übernommen hatte und die Fürstenfamilie von Stettin nach Zerbst gewechselt war, fädelte Friedrich II. von Preußen aus politischen Gründen die Heirat zwischen den beiden Fürstenkindern ein. Als Prinzessin Sophie, die in der Familie „Fieke“ gerufen

wurde, 1744 unter größter Geheimhaltung mit ihrer Mutter nach Moskau zur Vorstellung reiste, war es ein Abschied für immer.

Nach Erlangung der Zustimmung der Zarin Elisabeth I. fügte sich die 15-Jährige mit erstaunlichem Machtinstinkt in die Situation ein. Den unansehnlichen, trunkstüchtigen und unverträglich infantilen Großfürsten musste sie hinnehmen, wenn sie aufsteigen wollte. Die vermeintliche Landpomeranze konvertierte deshalb zum orthodoxen Glauben, nahm den Namen Katharina Alexejevna an, erlernte die russische Sprache und verharrte nach ihrer Heirat 17 Jahre mit ihrem Mann im Schatten der Zarin Elisabeth.

Impulse und Fortschritt

Die nunmehrige Großfürstin wurde wiederholt zum Spielball von Hofintrigen. Daran änderte auch die Geburt ihres Sohnes Paul nichts. Doch im Unterschied zu ihrem Mann, der aus seiner Abneigung gegen alles Russische keinen Hehl machte, nutzte sie die Zeit, um „Russin“ zu werden und das Wohlwollen mächtiger Staatsdiener zu erlangen.

Als der Großfürst nach dem Tod der Zarin 1761 als Peter III. den Thron bestieg und als erste Amtshandlung den Krieg mit Preußen beendete, setzten viele Politiker, Kirchenfürsten und Militärs ihre Hoffnungen auf die Deutsche, die zur Russin geworden war und sich in allen Hofintrigen behauptet hatte.

Gardeoffiziere unter Führung des Liebhabers Katharinas stürzten Peter III. am 28. Juni 1762. Sie riefen ihr Idol zur Kaiserin aus und ermordeten ihren abgesetzten Mann. Die 33-Jährige war am Ziel. Sie beschränkte sich aber nicht auf den Wechsel ihrer Liebhaber. Katharina II. entwickelte Leidenschaft fürs Regieren und setzte das Reformwerk Peters des Großen fort.

Sie gab dem Handel Impulse, ließ Gesetze reformieren, die Bildung erneuern, die Verwaltung zentralisieren, ausgestor-

bene Städte bevölkern, Ödland kolonisieren, Kolonisten aus Westeuropa anwerben, neue Anbaumethoden einführen und beförderte die soziale Fürsorge.

Nach außen dehnte sie Russland gegen Schweden und die Türkei nach Norden und Süden aus. Die Zarin erzwang zudem mit drei polnischen Teilungen einen strategisch bedeutsamen Gebietszuwachs nach Westen und begleitete ihr expansives Vorgehen durch eine geschickte Vertrags- und Bündnispolitik.

Vor dem Gesetz sind alle gleich

Katharina II., die mit der russischen Sprache, Geschichte und Literatur besser vertraut war als der russische Adel, stand mit Friedrich II. im Wettbewerb um die besten Gelehrten, korrespondierte mit den französischen Aufklärern unter Pseudonym und verfasste ebenfalls unter Pseudonym unter Vermittlung progressiver Gedanken Dramen, Komödien und Märchen. In ihren Komödien nimmt sie menschliche Schwächen aufs Korn.

In ihren als Großmutter geschriebenen Märchen formulierte sie bemerkenswerte Belehrungen und Grundsätze wie „Vor dem Gesetz sind alle gleich“ bis zu „Freiheit ist das, was die Gesetze erlauben“. Demgegenüber stehen auf der Minusseite ihre Günstlingswirtschaft mit einer langen Reihe von Liebhabern von Orlov über Saltykow und Poniatowski bis zu Potemkin und Subow, ihre Verschwendungssucht, Straffung der Leibeigenschaft und rücksichtslose Niederwerfung von Aufständen.

Das Bild, das die Zarin aus Stettin bis zum letzten Atemzug bei ihrem Tod im Jahr 1796 am 6. November nach dem julianischen Kalender, am 17. November nach dem gregorianischen Kalender, prägte, ist überaus facettenreich.

● **Info** Das Geburtshaus von Katharina II. in Stettin wurde rekonstruiert, es befindet sich in der Domstraße 791, jetzt: ulica Farna 1



Katharina II. im Ornat der regierenden Zarin (1778): Gemälde von Vigilius Eriksen, er war ein dänischer Maler und königlicher Porträtist von Christian VI. von Dänemark

AKTIVE BAPTISTENGEMEINDE

Christliches Zentrum in Stettin

Wiederaufbau der Oncken-Kapelle in der Johannesstraße 4, jetzt ul. Stoislawa 4

In der Ausgabe 48/2020 berichtete die Pommerische Zeitung erstmalig über die Aktivitäten der Baptistengemeinde in Stettin, an die im Jahr 2002 das Gebäude rückübertragen wurde.

Ein Sanierungsbau in Pandemie-Zeiten bringt verschiedene Probleme hervor. Aber auch mit der Baufirma läuft nicht alles wie geplant. Schließlich musste der mit Generalunternehmervertrag beauftragten Baufirma gekündigt werden.

Dennoch geht der Bau weiter. Das fordert Kräfte, besonders von Pastor Robert Merez. Der Förderkreis „Christliches Zentrum Stettin“ unterstützt weiter aktiv die Stettiner Gemeinde. Wir hatten uns anstecken lassen von der Vision eines besonderen Gemeindebaus, dazu gehören nun auch besondere Herausforderungen.

Freuen können wir uns immer wieder über positive Berichte. Die Inschrift, die einige Übermalungen in der Zeit von 1945 bis 1990 überstand, wird nun neu an die Fassade gemalt, das heißt wieder sichtbar gemacht.

Es ist sehr erfreulich, dass der polnische Denkmalschutz diese Arbeit unter-



Die Fotos zeigen den Zustand des Hauses im Oktober 2021. Bild rechts oben: Der Gemeindesaal mit Blick zum Eingang, Bild rechts unten: Die alte Inschrift kommt zum Vorschein. Der polnische Denkmalschutz unterstützt aktiv die ursprünglichen Details. Das Foto der Außenansicht zeigt den wunderbaren Fortschritt der Arbeiten

stützt. So ist sichergestellt, dass das Gebäude sein ursprüngliches Aussehen zu-

rück erhält. Pastor Merez berichtete uns, dass sich vor einigen Wochen 40 Stadt-



führer Stettins intensiv das gesamte Gebäude zeigen ließen und sich anschließend eine Stunde über die Baptisten und den Glauben an Jesus Christus informierten und austauschten. Sicher staunten sie auch darüber, was bei den Renovierungsarbeiten zumindest teilweise wieder sichtbar geworden ist.

Wir hoffen, dass viele zum Einweihungsgottesdienst kommen werden, von dem wir das Datum allerdings noch nicht sagen können. Aktuell wartet die Gemeinde darauf, dass das Gebäude den Status „Baustelle“ verliert und Versammlungen stattfinden können. Um diesen Zeitraum zu verkürzen, sind einige Gemeindemitglieder aktiv dabei, zum Beispiel die Toiletten fertigzustellen.

In erster Linie möchten wir Gott danken, dass er immer wieder hilft. Danke auch für die vielen Ermutigungen aus unserem Spenderkreis und von den Leihgebern.

Friedemann Gillert

● **Info in Deutschland** Friedemann Gillert, Telefon (0170) 2024811, E-Mail: info@christliches-zentrum-stettin.de, Internet: www.Christliches-Zentrum-Stettin.de

„Diese Welt verstehe ich nicht mehr“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Immer wieder donnerstags freue ich mich über Ihre Zeitung, die sehr kritisch alle Tagesthemen betrachtet und meine volle Zustimmung findet.“

S. Riedl, Eilenburg



Ausgabe Nr. 42

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

AB IN DEN WOHLFÜHLSTAAT
ZU: BERLIN UND BRÜSSEL WIEDERHOLEN DIE FEHLER VON 2015 (NR. 42)

Was wäre wohl passiert, hätte ich damals den Versuch unternommen, von der DDR durch oder über den eisernen Vorhang in die Bundesrepublik zu gelangen? Im mildesten Fall wäre ich festgenommen und ins Gefängnis gesteckt worden. Oder die Kugeln aus den Maschinenpistolen der DDR-Grenzer hätten mich verletzt oder getötet. Mein Verhalten wäre illegal und verboten gewesen. Nichts davon ist geschehen, weil ich die innerdeutsche Grenze solange respektiert habe, bis sie fiel.

Und nun schaue ich an die Ostgrenzen der EU, nach Polen oder Litauen. Ein übler belarussischer Machthaber nutzt seine Position aus, Migranten aus Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia und Eritrea anzulocken und den Weg in die EU leicht zu machen. Flucht bedeutet aber auch Risiko. Polen und Litauen gehören zur EU und bieten Sicherheit. Diese Staaten sind jedoch nur Zwischenstationen, denn die Migranten wollen vor allem weiter nach Deutschland und hier Asyl beantragen.

Also kann es den Flüchtlingen nicht primär darum gehen, nur in ein sicheres EU-Land zu gelangen, um ihr Leben zu retten, was ja mit Polen und Litauen erreicht worden wäre. Nein, man möchte weiter in den Wohlfühlstaat Deutschland, der nicht nur Sicherheit, sondern auch ein angenehmeres Leben und soziale Leistungen verspricht.

Zusammengefasst: Illegale Grenzübertritte mit illegalem Aufenthalt in zwei beziehungsweise drei EU-Staaten und dann, sozusagen als Belohnung dafür, auch noch den Wohlfühlstaat haben und Sozialleistungen abgreifen. Diese Welt verstehe ich nicht mehr. Ich durfte mir meinen bescheidenen Wohlstand und meine berechtigten sozialen Leistungen hart erarbeiten. Gratis gab es da nichts!

Was würde mir aber wohl passieren, wenn ich als Deutscher die Grenze zur Türkei illegal übertreten und geschnappt werden würde? Türkische Gefängnisse

zählen mit Sicherheit nicht zu den Vier-Sterne-Hotels, und die „Wohlfühlbehandlungen“ durch türkische Gefängnisbedienstete sind sicher auch gewöhnungsbedürftig.

Da ich seit 2016 nicht nur in Deutschland, sondern auch in Dänemark leben darf, kenne ich die strenge sozialdemokratische Asylpolitik dieses Nachbarlandes. Ich erlebte bereits, wie es dort bei Grenzkontrollen zugeht, wenn illegal Einreisende festgestellt werden. In Dänemark sollte man sich schon um legales Einreisen bemühen, um auf Gastfreundschaft und Wohlwollen zu stoßen.

Es wäre dringend an der Zeit, endlich auch in Deutschland wieder eine konsequente Grenzsicherung vorzunehmen, um dem illegalen und unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingsen einen Riegel vorzuschieben. So, wie es derzeit an der deutschen Ostgrenze stattfindet, kann es nur ein Anfang sein. Die polnischen und litauischen Grenzschützer machen vor, wie es funktioniert.

Denn eines dürfte sicher sein, solange sich das Füllhorn Deutschland für überwiegende Wirtschaftsflüchtlinge nicht schließt, wird der Zustrom nicht abebben, sondern intensiver werden. Illegales Einreisen und illegaler Aufenthalt in Deutschland dürfen nicht zum vom Bürger zu akzeptierenden Normalzustand werden. Illegalität zu legitimieren, kann auch erst recht nicht im Interesse derer sein, die sich mit den Migranten solidarisieren und diese unterstützen.

Dr. Jürgen Kaatz, Wittstock/Dosse

UND DER STAAT SCHWEIGT
ZU: DER TERROR DER RAF UND DAS SCHWEIGEN DES STAATES (NR. 42)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in Ihrer letzten Ausgabe Herrn Prof. Buback so viel Raum gegeben haben darzustellen, wie der deutsche Staat die Wahrheit über die Ermordung seines Vaters nicht ans Licht kommen lassen will. Ich kann jedes seiner Worte bestätigen. Ich war selbst an

einigen Tagen 2012 beim Prozess gegen Verena Becker in Stuttgart anwesend und hörte und sah, wie verärgert die Bundesanwaltschaft über Prof. Bubacks Insistieren, dass nach Aussage vieler Zeugen eine Frau seinen Vater erschoss, reagierte. Warum wohl?

Auch wies der Vorsitzende Richter bei der mündlichen Begründung des Urteils meines Erachtens unnötig lange und in belehrendem Ton darauf hin, dass es nicht hilfreich sei, wenn Verwandte als Nebenkläger auftraten. Preußen steht auch für Gerechtigkeit: „fiat iustitia et peccat mundus“ schrieb König Friedrich Wilhelm I. an Kattes Großvater in dem wohl hilflosen Versuch, den Schmerz über die Hinrichtung des Enkels zu mildern.

In unmittelbarer Nähe meiner Schule in Bad Homburg wurde am 30. November 1989 Alfred Herrhausen ermordet. Die offizielle Version der Sicherheitsbehörden nennt die RAF als Täter. Möglicherweise, aber wer veranlasste den Mord? Der Bankier dürfte Feinde aus ganz anderen Richtungen gehabt haben. Die Diskrepanz zwischen dem intellektuell eher dürrtigen „Bekennerschreiben“ und dem technisch hochprofessionell durchgeführten Anschlag fällt auf. Warum sind die Personenschützer in den entscheidenden Momenten nicht vor Ort?

Auch hier schweigt der Staat.

Karl-Heinz Jörgens, Steinbach

POLITIK IGNORIERT FAKTEN
ZUM LESERBRIEF: UNSOLIDES SPIEL DER POLITIK (NR. 41)

Ein Beitrag mit vielen guten Beobachtungen Deutschlands betreffend.

Leider hat nicht nur die deutsche, sondern auch die Mehrzahl der Regierungen auf der Welt, zunächst sicher oft in lauterer Absicht, falsch reagiert. Später aber wurde mit den gleichen, erwiesenermaßen falschen Maßnahmen weiteroperiert, aus Angst, ein Kurswechsel könnte als Inkompetenz ausgelegt werden. Man traut sich die dann notwendige Überzeugungsarbeit nicht zu.

Wer wie Frankreichs Präsident Macron dem Virus den Krieg erklärt und folgerichtig seine Bürger dem Kriegsrecht unterworfen hat, ist deshalb ein hervorragender Verbündeter für den Teil unseres Politpersonals, der weiter am Ruder bleiben will. Denn wenn Macron sich revidierte, würde ihn das hinwegfegen.

Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass die im Leserbrief erwähnten Fakten, die der aktuellen Politik das Prädikat „untermirdisch“ zuweisen, jemals vom Politestablishment anerkannt werden.

Wir, die Regierten, können also nur hoffen, dass die Unverschämtheit unserer Regierenden nicht so weit reicht, so etwas noch einmal zu veranstalten.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

EIN GEFÄHRDETES VOLK
ZU: CHAOS IN BULLERBÜ (NR. 40)

Bereits vor vielen Jahren habe ich geschrieben, das deutsche Volk sei noch nie so gefährdet gewesen wie heute. Was in zwei Weltkriegen nicht gelungen ist, nämlich das deutsche Volk physisch zu vernichten, das geschieht heute auf friedlichem Wege. Das lässt sich hier nicht vollständig darstellen. Aber zwei Gesichtspunkte möchte ich besonders hervorheben: Willy Brandt ging es darum, mit seiner Ostpolitik Deutschland territorial zu dezimieren. Und Angela Merkel ging es darum, durch die Migrationspolitik die Volkssubstanz anzugreifen.

Nach der Bundestagswahl wird dieser Trend durch die Linksparteien – besonders durch die Grünen – massiv verstärkt werden. Hinzu kommt die Zerstörung der Familie, sowie die Legalisierung von Perversität und Verbrechen, was unter „Modernisierung“ angepriesen wird. Das sind apokalyptische Aussichten. Aber diese Leute sind gewählt. Die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Andererseits: Es gibt keine Parteien, denen man noch mit gutem Gewissen die Stimme geben kann. Bei Wahlen kann man sich nur noch abquälen, das kleinste Übel zu wählen.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Das Projekt der Enteignung hat begonnen!

■ In der EU und in Deutschland werden Billionen Euro zur Bewältigung der Corona- und Wirtschaftskrise benötigt. Doch die Staaten sind klamm. Deshalb fordern jetzt viele Politiker: Ran an die Immobilien und ran an die Privatvermögen.

Niemand ist vor Enteignungen sicher, das gilt heute mehr denn je!

Der Staat wird unzählige Möglichkeiten nutzen, um an die Ersparnisse der Bürger zu gelangen. Bestsellerautor Michael Grandt erklärt auf der Basis von rund tausend Quellen alle Enteignungsgesetze, die heute schon gelten, und hat für Sie zusammengestellt, welche Maßnahmen zu erwarten sind. Herausgekommen ist eine »Horrorliste der Steuern und Abgaben«. Eine Liste mit 41 denkbaren Wegen der Geldbeschaffung. **Durch diese Liste wissen Sie schon heute, wo der Staat morgen bei Ihnen abkassieren kann.**

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- ein »Lastenausgleich« und eine »Vermögensabgabe« bereits im Grundgesetz stehen?
- ganze Wirtschaftsbranchen enteignet werden können?
- Sie auch ohne direkte Enteignung Ihr ganzes Hab und Gut verlieren können?
- man Sie dazu zwingen kann, Ihr Grundstück zu bebauen und sogar ein Darlehen dafür aufzunehmen?
- Behörden leer stehende Wohnungen zwangsvermieten können?
- Ihr Mietrecht enteignet und Sie aus Ihrer Wohnung geworfen werden können?

EXKLUSIV
Die Horrorliste der Steuern und Abgaben: 41 Möglichkeiten, wie sich Olaf Scholz Ihr Geld holen wird!

Michael Grandt beantwortet viele brisante Fragen, über die Sie bewusst nicht aufgeklärt werden:

- Weshalb kennt kaum jemand das wichtigste Finanz-Enteignungsgesetz und warum wird öffentlich darüber geschwiegen?
- Was haben Reichsnotopfer, Wehrbeitrag und Hauszinssteuer mit unserer heutigen Situation zu tun?
- Weshalb ist eine Zwangshypothek auf Ihre Immobilie jederzeit möglich?
- Welches ist der »gefährlichste« Artikel im Grundgesetz?
- Wer ist eigentlich der »Enteignungsminister« der Bundesregierung?
- Wie ist es möglich, dass man mit der verschwiegenen CAC-Klausel Ihre gesamte Altersvorsorge enteignen kann?
- Was bedeuten die »Notstandsgesetze«, die Ihre Grundrechte in unglaublicher Weise einschränken, gerade in der heutigen Zeit?

Bringen Sie Ihr Vermögen rechtzeitig in Sicherheit. Michael Grandt zeigt Ihnen im Detail, was zu tun ist!

Michael Grandt: Vorsicht Enteignung! • gebunden • 316 Seiten • Best.-Nr. 981 800 • 22,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

MÖBELDESIGN

Ein westpreußischer Tischler mit Wohnideen

Schöner Wohnen mit Baukastenmöbeln – Vor 125 Jahren wurde der Bauhäusler Erich Dieckmann geboren

VON MARTIN STOLZENAU

Heutzutage bieten skandinavische Möbelhäuser weltweit ihre Produkte unter der Werbebotschaft „Lebensstil des Nordens“ an. Vor 100 Jahren war stilprägendes Möbeldesign noch eine deutsche Angelegenheit. Und ein aus dem Kreis Löbau stammender Westpreuße galt dabei – neben Marcel Breuer und Mies van der Rohe – als einer der wichtigsten Möbeldesigner der Weimarer Republik. Der Bauhäusler Erich Dieckmann schuf zunächst „Typenmöbel für alle Lebensbereiche“, entwickelte dann komplette Möbelprogramme im Baukastensystem und berücksichtigte dabei moderne Technologien sowie Materialien.

Serienmäßig angefertigte Typenmöbel im Baukastensystem mit teilweise ungewöhnlichen Materialien waren seinerzeit revolutionär und lösten die klobigen Gründerzeit- und verspielten Ornamentmöbel des Jugendstils ab. Ab 1926 wurden die auch Systemmöbel genannten Produkte in Serie hergestellt sowie neuartig vermarktet und fanden erst in der deutschen Öffentlichkeit großen Anklang, ehe sie den Siegeszug um die Welt antraten. Heute gelten sie weltweit als Vorläufer des modernen Möbeldesigns.

Dieckmann brachte die idealen Voraussetzungen für seine wegweisenden Entwürfe mit. Er verband seinen erlernten Tischlerberuf mit einem Architekturstudium an der TH in Danzig, die 1904 als königlich preußische Technische Hochschule gegründet worden war. Er selbst stammt aus dem südlich von Danzig gelegenen Ort Kauernik, in dem er am 5. November 1896 als Sohn eines königlich preußischen Landjägermeisters geboren wurde. Sein Geburtsort hatte 1291 die erste schriftliche Erwähnung und entwickelte sich ab 1330 nach Inbesitznahme durch den Deutschen Orden von einem Dorf zur Kleinstadt, die heute mit über 9000 Einwohnern zur polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren gehört.



Zeitlos modern: Im Haus Schulenburg in Gera wurde dieses Zimmer mit Dieckmann-Möbeln anlässlich der bis Februar 2020 gezeigten Ausstellung „Henry van de Velde – Wegbereiter des Bauhauses und Grenzgänger der Moderne“ nachgebildet

Obwohl Kauernik gut 150 Kilometer vom Meer entfernt liegt, träumte Dieckmann vom Seemannsberuf. Auch als seine Eltern nach Goslar an den Harz zogen, wollte der Sohn nach der Mittleren Reife am dortigen Realgymnasium noch als Schiffsjunge die Meere befahren. Dann aber brach der Erste Weltkrieg aus. Dieckmann meldete sich freiwillig, wurde bei Langemarck nordwestlich von Ypern schwer verwundet und nach langer Lazzarettzeit mit 50 Prozent Erwerbsminderung entlassen.

Die Kriegsverletzung zwang ihn zur Umorientierung. So studierte er zunächst Architektur in Danzig, wechselte aber 1920 zum Malstudium nach Dresden. Dort erfuhr er vom Bauhaus in Weimar und den neuartigen Studieninhalten.

Durch Vermittlung des Bauhauslehrers Gerhard Marcks begann er schon 1921 sein Studium an der Kunstschmiede der Moderne unter Walter Gropius.

Weg in die Arbeitslosigkeit

Die Bauhaustischlerei eröffnete die Möglichkeit völlig neuartiger Möbelensembles. 1924 absolvierte Dieckmann die Gesellenprüfung vor der Weimarer Handwerkskammer. Als Gesellenstück präsentierte er einen Schreibtisch, der seine gestalterische Handschrift offenbarte und die Vorgaben von Gropius zu der von ihm geforderten „Typisierung in Formgestaltung und Architektur“ per Baukastensystem berücksichtigte.

Dieckmann wirkte zunächst als überaus kreativer Geselle in der Bauhaustisch-

lerei in Weimar, war an der projektorientierten Ausbildung neuer Studenten beteiligt und zählte zu den Säulen des expandierenden Produktivbetriebs. Ein wichtiger Auftraggeber war Otto Bamberger, ein erfolgreicher Unternehmer und Kunstmäzen, der das Bauhaus förderte. Dann kam das von rechten Kräften am 1. April 1925 erzwungene Ende des Bauhauses in Weimar, dessen Wechsel nach Dessau und der Neuaufbau der Bauhaustischlerei mit Dieckmann am neuen Standort.

Der aufstrebende Möbeldesigner erlangte mit seinen Typenmöbeln wachsende Bekanntheit, wurde zum 1. Juli 1926 als Chef für Innenarchitektur an die neue Hochschule für Handwerk und Baukunst nach Weimar zurückberufen, wo er mit

seinen Kollegen neuartige Möbel für neuartige Wohnkonzepte produzierte.

Nachdem 1930 auch die zuvor von Otto Bartning geleitete Hochschule in Weimar politischen Beschränkungen unterworfen worden war, fungierte Dieckmann als freiberuflicher Entwerfer für verschiedene Möbelfirmen. Zwischendurch verfasste er sein Buch „Möbelbau in Holz, Rohr und Stahl“, das in der Fachwelt reißenden Absatz fand und 1990 sogar eine Neuauflage erlebte. Der Vordenker moderner Möbel wurde dann 1931 vom Chef der Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein nach Halle verpflichtet, wo er als künstlerischer Leiter fungierte und die Studenten im Bauhausinne prägte.

Doch dann kamen die Nationalsozialisten an die Macht. Am 31. August 1933 wurde der avantgardistische Möbeldesigner entlassen. Anders als viele andere Bauhäusler, die ins Exil gingen, blieb er in Deutschland, wo er drei Jahre der Arbeitslosigkeit mit „gelegentlichen Entwurfsarbeiten“ überstand. Ab 1936 wirkte er als Referent in verschiedenen Kunstämtern in Hannover und Berlin, wo er bis zuletzt ein angepasstes Bürodasein ohne kreative Möglichkeiten führte. In seiner privaten Tischlerei in der Berliner Andreasstraße Nummer 11 führte er einige wenige Aufträge aus, ehe er am 8. November 1944 in Berlin nach einem Luftangriff an den Folgen eines Herzinfarkts starb.

Für seinen Nachruhm war es ein ungünstiger Zeitpunkt zum Sterben. Hätte Dieckmann den Krieg überlebt und hätte er als Designer weiterwirken können, wäre nicht lange Zeit der Mantel des Vergessens über ihn ausgebreitet worden. Erst die Wiederentdeckung seiner Typenmöbel in den 1960er Jahre bescherte dem Westpreußen neue Beachtung bis hin zur Erkenntnis, dass er zu den bedeutendsten Möbelgestaltern Deutschlands gehört. Ab 1990 waren ihm in Dessau, Weimar und Halle mehrere Ausstellungen gewidmet. Dazu gesellten sich einige Schriften, die ihn heute zu den großen „Bauhaus-Ikonen“ rechnen.

BOTANIK

Tapfere „Mutter des Waldes“

Dauerleiden durch Wetterstress – Die Rotbuche ist zum zweiten Mal zum „Baum des Jahres“ gekürt worden

Das Baumsterben scheint gravierender zu sein als angenommen. Gehen uns so langsam die Bäume aus? Diese Frage muss erlaubt sein, angesichts der Tatsache, dass die Rotbuche zum zweiten Mal den ehrenwerten Titel „Baum des Jahres“ erobert hat. Oder ist sie bei dieser Schönheitskonkurrenz schlicht die beliebteste?

Spaß beiseite, es geht natürlich darum, auf bedrohte Baumarten aufmerksam zu machen. Und da ist man nach 1990 in diesem Jahr erneut auf „Fagus sylvatica“, so der wissenschaftliche Name für die Rotbuche, gekommen. Denn der Baum leidet besonders unter der Trockenheit, die in den vergangenen Jahren in den Wäldern geherrscht hat. „Die letzten Jahre haben allen Wald-, Stadt- und Parkbäumen stark zugesetzt. Auch der Zustand der Altbuchen ist kritisch“, erklärte Stefan Meier, Präsident der von dem Naturschützer Silvius Wodarz gegründeten Baum-des-Jahres-Stiftung, die seit 1989 den „Baum des Jahres“ ausruft.

Die Buche befindet sich in Deutschland zwar auch dank des CO₂-Anstiegs, der sich positiv auf pflanzliche Photosynthese auswirkt, im absoluten Wuchsopti-

mum. Doch wenn das Regenwasser ausbleibt, kann es zu dauerhaften Schäden bis hin zum Baumsterben kommen. Dabei bringen Rotbuchen viel Geduld auf: Sie können Jahrzehnte im Schatten großer Waldbäume ausharren, bevor sie auswachsen. Und so gibt es auch eine gute

Nachricht: „Die alten Bäume sehen nicht gut aus, aber man darf daraus nicht schlussfolgern, dass die jungen es auch nicht packen“, sagt Andreas Roloff, Professor für Forstbotanik an der TU Dresden und Mitglied im Kuratorium „Baum des Jahres“. Hoffnung macht, dass auch

die Buche fähig ist, mit Klimaveränderungen umzugehen, wie erste Untersuchungen an Jungwüchsen gezeigt haben.

Die „Mutter des Waldes“, wie die Buche im Volksmund auch genannt wird, ist aber mehr als ein Problemfall. Erwähnt man die Buche, entsteht umgehend Raum für Assoziationen und Emotionen, auch Bilder tauchen in den Köpfen auf: Da formieren sich widerstreitende Lager um alte Buchenbestände, Baumartenanteile und wertvolle Biotope. Dem Nächsten kommen Leimbindebalken aus kleinen Buchenstäbchen in den Sinn, einem anderen sauber geschichtete Brennholzstapel. Den wenigsten hingegen die im Sommer allgegenwärtigen Eisstiele und all die anderen Alltagsgegenstände, die aus dieser vielseitigen Baumart hergestellt sind.

Die Rotbuche, eine Unterart der Gattung Buche, verdankt ihren Namen nicht der herbstlichen Färbung ihrer Blätter, sondern dem leicht rötlichen Holz. Sie ist der häufigste Laubbaum im heimischen Wald und erreicht eine Höhe von bis zu 45 Metern. Aber nur, wenn ihre Wurzeln im Wald tief genug nach Wasseradern gegraben haben.

H. Tews



Mächtiger Stamm: Eine Rotbuche im herbstlichen Wald

SANSSOUCI

Restaurierte Götter

Bald sieht es auf der Südseite der Neuen Kammern von Sanssouci in Potsdam wieder so aus wie zu Zeiten Friedrichs des Großen: bewacht von einer Schar von Göttern, Satyrn und anderen mythologischen Figuren. Im Jahr 1749 ließ der Preußenkönig die im toskanischen Carrara angefertigten Marmorskulpturen erwerben und in Sanssouci aufstellen. Doch 1982 hat man in der DDR die durch Witterung geschädigten Figuren abgebaut und ins Depot gestellt. Nach 40 Jahren kehren sie langsam in restaurierter Form wieder zurück. Seit dem 27. Oktober haben sich weitere zwölf Skulpturen zu jenen acht gesellt, die bereits in den vergangenen beiden Jahren aufgestellt wurden. Es fehlen noch vier Skulpturen, die derzeit von Bildhauern nach den Originalen kopiert werden. Damit vervollständigt die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg schrittweise das Skulpturenprogramm an den Neuen Kammern. Ermöglicht wird das 1,2 Millionen Euro umfassende Restaurierungsprojekt durch Spenden.

tws

FÜR SIE GELESEN

Einfach, aber spannend

Die schwedische Ermittlerin Tess Hjalmarsson arbeitet im Bereich „Cold Cases“ – nicht aufgeklärte Morde –, der geschlossen werden soll, da die Mitarbeiter für die Verbrechensbekämpfung der Bandenkriminalität benötigt werden. Diese wüten in Schweden und machen die Bürger ängstlich. Trotz dieser dringenden Aufklärung findet Tess, dass die Verwandten der Gewaltopfer ebenfalls ein Recht darauf haben, zu erfahren, warum der Mord geschah, und vor allem, wer der Täter war.

Im Buch „Cold Case. Das gezeichnete Opfer“ sie arbeitet an einem Fall, bei dem vor 15 Jahren der Student Max Lund nachts auf Heimweg auf grausame Weise ermordet wurde. Das Einzige, was gefunden wurde, waren Lehm-spuren, die nun auf identische Weise bei einem erst kürzlich getöteten Opfer gefunden wurden. So wird der Fall von 2004 neu aufgerollt. Alle Zeugen und Verdächtigen, werden aufgespürt und nochmals befragt.

Die Autorin Tina Frennstedt schildert interessante Eindrücke, allerdings in einem recht einfachen Stil erzählt. Die persönlichen Lebensumstände der Ermittler und der Verdächtigen werden eingehend geschildert. *Angela Selke*



Tina Frennstedt: „Cold Case. Das gezeichnete Opfer“, Lübbe Verlag, Köln 2021, Taschenbuch, 460 Seiten, 16 Euro

Ein zerrüttetes Land

Dass Deutschland in fast jeder Hinsicht zerrüttet und die Gesellschaft hierzulande zutiefst gespalten ist, lässt sich kaum mehr leugnen. Dabei herrscht Unklarheit darüber, wie es dazu kommen konnte. War es das Versagen der verschiedenen Bundesregierungen unter Angela Merkel? Lag es am Erstarken des sogenannten Populismus von Links und Rechts? Oder erleben wir nun die Auswirkungen von systemimmanenten Fehlern der Demokratie, welche dazu führen, dass diese an den heutigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen scheitert?

Laut dem Schriftsteller Baal Müller spielte das alles eine Rolle. Gleichzeitig nennt er in seinem Buch „Die Selbstzerstörung der Demokratie“ aber noch einen weiteren wichtigen Grund, nämlich das „pathologische Verhältnis der Deutschen zu ihrer nationalen und kulturellen Identität“. Schuld an dessen Herausbildung seien sowohl die Re-education nach dem Zweiten Weltkrieg als auch der Verlust der nationalen Souveränität infolge der „Europäisierung“ Deutschlands. Wozu dieses Ursachenbündel im Einzelnen führte, legt er in einem demokratietheoretischen Anfangsteil sowie zwei weiteren Abschnitten über die Fehlentwicklungen der deutschen Identität und deren Auswirkungen auf die gegenwärtige Realität dar. *Wolfgang Kaufmann*



Baal Müller: „Die Selbstzerstörung der Demokratie. Deutschland am Abgrund“, J. K. Fischer Verlag, Gelnhausen 2020, gebunden, 24,95 Euro

REDENSARTEN



FOTO: SHUTTERSTOCK

Phönix aus der Asche

Sprichwörtliche Redensarten gibt es in allen Sprachen der Welt. Während viele gegensätzlich sind, gibt es doch eine ganze Reihe von europäischen Sprichwörtern, die sich ähneln oder auf dieselben Wurzeln zurückgehen

Ein ideales Geschenk ist der Band „Phönix aus der Asche“ von Rolf-Bernhard Essig. Darin nimmt er Sprichwörter und Redensarten unter die Lupe, die in vielen Sprachen der Welt vorkommen und sich nicht selten ähneln. „Im selben Boot sitzen“ gibt es wortwörtlich übersetzt oder in abgewandelter Form beispielsweise auch im Dänischen, Englischen, Französischen, Italienischen, Spanischen, Russischen und vielen weiteren

Sprachen. Das Sprichwort geht auf den römischen Politiker Marcus Tullius Cicero zurück, der die Formulierung in einem Brief an einen Freund verwendete. Weiter geht der Autor auf die Entwicklung ein, die der Ausdruck seitdem genommen hat. In ähnlicher Weise untersucht Essig sprichwörtliche Redensarten, die nicht selten auf die Antike zurückgehen und in bis zu 69 Sprachen Europas Einzugs gehalten haben.

Die optisch ansprechende Aufmachung mit Illustrationen von Till Laßmann machen das im Taschenbuchformat herausgegebene Buch zu einem idealen Mitbringsel. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Rolf-Bernhard Essig: „Phönix aus der Asche. Redensarten, die Europa verbinden“, Duden Verlag, Berlin 2021, Taschenbuch, 144 Seiten, 10 Euro

RELIGION

Friedensethik als Leitlinie

Christoph Rohde zeichnet einen Gegenentwurf zu linken Globalisierungsidealen

VON BERND KALLINA

In dem Buch „Das Kreuz und der Krieg“ von Christoph Rohde geht der Autor auf grundlegende Elemente einer katholischen Friedensethik ein. Sie sind aus christlich-anthropologischen Prämissen abgeleitet. Rohde, ein Vertreter der realistischen Münchener Schule der Politikwissenschaft, signalisiert gleich im Einstiegskapitel mit einem Leitzitat eine realpolitische „Marschrichtung“, denn: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie und Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

Das Diktum stammt vom Architekten der „Neuen Ostpolitik“ der 1960er und 70er Jahre, von Egon Bahr. Damit ist eine „Präambel“ vorgegeben, weil nach den verheerenden Weltkriegserfahrungen in Deutschland bis heute die Tendenz dominiert, „Realitäten gegen Ideale einzutauschen und lange Papiere gewünschter Weltzustände zu produzieren“, so Rohde.

Einem Großteil der postnational orientierten deutschen Intellektuellen schreibt er ins Stammbuch, dass die von ihnen häufig als Quelle allen Übels attackierten Nationalstaaten in Krisenzeiten eine echte Renaissance erfahren, sie also keineswegs bei globaler Betrachtung als Auslaufmodell zu betrachten sind. Im Gegenteil: Für die Bibel ist ein globalistisches „Weltethos“, gar die Errichtung eines „Weltstaates“ eine Illusion. Es gelte vielmehr in den Völkern und Nationen Gerechtigkeit zu üben und aktiv für deren äußere und innere Sicherheit zu sorgen. Dazu gehört auch die bewaffnete Selbstbehauptung eines Staates.

Zum Aufbau des in zwölf Hauptkapiteln gegliederten Buches: Ausgehend von

der erwähnten sicherheitspolitischen Sonderproblematik in Deutschland präsentiert der Autor erfahrungsgesättigte Beispiele, worauf es in der internationalen Politik wirklichkeitsnah ankommt. Im Kapitel 3 wird eine geistesgeschichtlich bedeutsame Idee weiterverfolgt, die in biblisch-augustinischer Tradition steht und sich „Christlicher Realismus nennt“, wie

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie und Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“

Egon Bahr
Deutscher SPD-Politiker

Rohde hervorhebt und ihn so erläutert: „Dieser Ansatz geht von der Unmöglichkeit der Realisierung einer vollkommenen Ethik im Bereich des Politischen aus und basiert auf den anthropologischen Annahmen, die der Kirchenvater (Augustinus) in seinem Hauptwerk ‚Vom Gottesstaat‘ sorgfältig formuliert hat“, das heißt, „die Lehre postuliert die Unmöglichkeit, individual-ethisch anwendbare normative Positionen einfach auf die kollektive Ebene zu heben.“

Diese Sicht kann als Zentraussage gewertet werden, die allerdings von vielen

Christen, vornehmlich im Land der Dichter und Denker, häufig auf Unverständnis stößt. Der christlich-gründierten Neigung, die ganze Menschheit gesinnungsethisch von allen Übeln zu befreien, stehen verantwortungsethischen Lösungen (Max Weber) dann oftmals im Wege. Das saloppe Motto dieser Art von „universalistischen Friedensfreunden“: „Mal‘ eben kurz die Welt retten“ – greift zu kurz.

Die folgenden Beiträge des flüssig geschriebenen Buches widmen sich der Entstehung und Entwicklung der Theorie des „gerechten Krieges“, wobei das katholische Denken der dabei relevanten „Ethik der Kriegführung“ jahrhundertlang eine zentrale Rolle spielte. Rohde: „Die Kategorien der Legitimation des Krieges (jus ad bellum) wurden dabei in Richtung auf die Art der Kriegführung und deren Humanisierung hin (jus in bello) transformiert. Auch in heutigen Zeiten der High-Tech-Kriegführung sind derartige Überlegungen aktueller denn je, Stichwort ‚Drohnenkriegführung‘“.

Ein weiterer Abschnitt des Werkes macht auf die nur Wenigen bekannte „Rolle der Diplomatie in der römisch-katholischen Kirche“ aufmerksam. Sie sei in vielfacher Hinsicht, so der Autor, als „Mutter“ der modernen Diplomatie zu betrachten. Ein anschließendes Kapitel beleuchtet die von Päpsten bewirkten Friedens-Akzente nach dem Ende des 2. Vatikanischen Konzils in der internationalen Politik. So kann zweifellos Papst Johannes Paul II. als hervorragende Figur in diesem Zusammenhang gesehen werden. Seine Rolle als Pole, der einen erheblichen Beitrag zum Ende des Ostblock-Kommunismus geleistet hat, dürfte unbestritten sein.

Welch friedensstiftende Rolle eine katholische Laienorganisationen spielen

kann, wird am Beispiel der Gruppe Sant’Egidio verdeutlicht. Die von Andrea Riccardi gegründete Vereinigung, inzwischen mit über 50.000 Mitgliedern in mehr als 70 Ländern, spielte beispielsweise eine Schlüsselrolle bei der Beendigung des Bürgerkrieges in Mosambik im Jahre 1992. Dies gelang ihr vor allem durch eine vertrauenswürdige und faire Vermittlungsposition zwischen den streitenden Parteien unter Führung des katholischen Erzbischofes Dom Jaime Gonçalves.

In den letzten Kapiteln geht der Autor unter anderem auf die Idee eines katholischen Kommunitarismus ein. Dabei handelt es sich um eine liberalismuskritische Denkrichtung, welche die Notwendigkeit beziehungsorientierter Gemeinschaftsformen betont und zu einem bürgerschaftlichen Engagement beitragen soll. Es geht vor allem um die Förderung moralisch verbindlicher Standards, denn Recht allein, so die Akteure der Kommunitaristen, „kann den Zusammenhalt von Gesellschaften und die Loyalität von Individuen zu Gesellschaften allein nicht garantieren“.

Das empfehlenswerte Buch schließt mit zehn Aspekten zu einer katholischen Friedensethik, die anstelle eines Epilogs in knapper Form und ungewissen Zeiten des Umbruchs als Leitlinie gelten könnte.



Christoph Rohde: „Das Kreuz und der Krieg. Prämissen einer realistischen katholischen Friedensordnung“, Lepanto-Verlag, Rückersdorf bei Nürnberg 2021, broschiert, 386 Seiten, 18,50 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 50 35
Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
Tel. 09 31 / 45 26 50 35
Flechsig Medienvertrieb



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster
Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
Gebunden mit SU/385 Seiten
Nr. P 533140 14,95 €

Vier Generationen von Frauen werden in diesem spannenden, vielschichtigen Epos beschrieben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Marketerdin Carine. Viele Jahre hat sie das Heer Napoleons begleitet. Jetzt ist sie den Krieg leid und beschließt ihr Kind in Königsberg aufzu ziehen. Schnell bekommt sie Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Ihre Kenntnisse in der Heilkunde und ihre Begabung für Handarbeiten sichern ihren Lebensunterhalt und bringen ihr Freundschaften. Das Land wird Carine zur Heimat. Schnell ist ihr Sohn erwachsen und geht seiner Wege. Einige Jahre später vertraut er seiner Mutter seine Tochter Sophie zur Erziehung an. Mit dem Heranwachsen von Marias Kindern endet dieser erste Band.



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
Gebunden mit SU/358 Seiten
Nr. P 533141 14,95 €

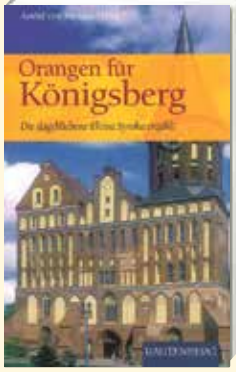
Die Fortsetzung des Romans Königsberger Schnittmuster schildert, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Diktatur und Krieg in das Leben der Menschen eingreifen. Im Mittelpunkt des 2. Bandes stehen Friede und Trude, die Töchter von Marie. Friede schafft es, eine Ausbildung in einer Handelsschule abzuschließen. Sie lernt den gutsituierten Otto kennen, heiratet ihn gegen den Widerstand seiner Mutter. Am Tag der Geburt seines ersten Kindes muss Otto als Sanitäter zum Wehrdienst einrücken. Trude bekommt zwei Kinder, bevor sie ihren Hans heiraten kann. Unter dramatischen Umständen fliehen beide Frauen am Ende des Krieges in den Westen. Dort treffen sie fast die gesamte Familie wieder.



Waltraud Beger
Heitere ostpreussische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreussischen Heimat in ostpreussischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €

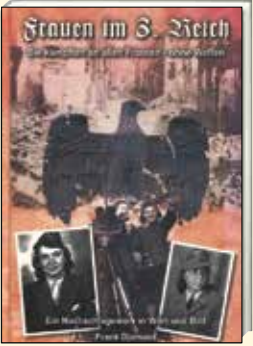


Waltraud Beger
Heitere ostpreussische Mundart-Plaudereien – Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreussischen Heimat in ostpreussischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 CD 12,95 €



Astrid von Menges (Hrsg.)
Orangen für Königsberg
Die dagebliebene
Elvira Syroka erzählt
Gebunden mit SU/240 Seiten
Nr. P 533143 14,95 €

Über 70 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. 1930 in Lichtainen bei Osterode geboren wurde sie mit ihrer Familie 1945 von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück und richtete sich in diesem Leben ein.



Frank Djemant
Frauen im 3. Reich
Fast eine halbe Million Frauen zogen für Deutschland in den 2. Weltkrieg. Sie waren als Nachrichtenhelferinnen, Verwaltungskräfte, in Pflege- und Sanitätsdiensten und in der Rüstungsindustrie sowie im öffentlichen Dienst eingesetzt. Dieses Buch zeigt die Frauen in NS-Deutschland im Einsatz für eine vermeintlich gute Sache. 72 Seiten, ca.450 S/W- und Farbbilder
Nr. P A1634 Gebunden 19,90 €



Hans-Joachim Schoeps
Preußen
Geschichte eines Staates
400 Seiten/Gebunden
Nr. P A1478 7,95 €

Preußen als historische Größe des alten Europa ist heute versunken. Seine Staatsidee und sein Stil sind nur noch Reminiszenz. Der 1980 verstorbene Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen, Hans-Joachim Schoeps, hat sich mit seiner Geschichte Preußens nachdrücklich für eine historische Rechtfertigung dieses Staates eingesetzt. Die Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens wird durch einen Anhang ergänzt, der die wichtigsten Zeugnisse preußischen Geistes in charakteristischen Ausschnitten vorführt.



Ludwig Arndt / Nikolaj Müller-Wusterwitz
Die Orden und Ehrenzeichen des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck
Dieses Buch beschreibt die dem Eisernen Kanzler im Laufe seines langen Lebens verliehenen deutschen und ausländischen Orden und Ehrenzeichen. Die einzelnen Verleihungen werden jeweils in den historischen Zusammenhang gestellt, und, wo vorhanden, durch persönliche Zitate Bismarcks aus Briefen und anderen Quellen erläutert. Die heute noch vorhandenen Stücke, die sich im Bismarck-Museum auf Schloß Friedrichruh befinden, sind alle in Farbe abgebildet, die vor Jahren in einem spektakulären Einbruch entwendeten und bis heute verschollenen Stücke, in Schwarz-Weiß. Das Buch ist nicht nur ein bedeutender ordenskundlicher Titel, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Bismarck-Forschung und zur Erforschung der Geschichte Preußens. 335 Seiten, 189 meist farbige Abbildungen
Nr. P A1610 Gebunden mit farbigem Überzug 24,80 €



Katja Lipinski
Frauen an die Front!
Von 1939 bis Kriegsende 1945
Von 1939 bis Kriegsende 1945. - Die bekannte Autorin beschreibt in ihrem Buch die Flucht einer Luftwaffen-Stabsheferin aus dem Urwald Lapplands, wo man sie buchstäblich beim Rückzug am Inari-See vergessen hat. Ohne Marschbefehl und Unterstützung schlägt sie sich über Narvik in Norwegen bis ins zerstörte Deutschland durch.160 S., Format, DIN A 5, viele Abbildungen
Nr. P A1641 Kartoniert 10,10 €



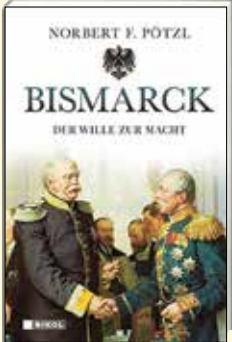
W. Haupt
Königsberg, Breslau, Wien, Berlin 1945
Der Bildbericht vom Ende der Ostfront
Dieser Bildband dokumentiert das militärische Geschehen in Ostpreußen und Schlesien bis zum Ende in Wien und Berlin mit eindrucksvollen Fotos, darunter viele in Farbe. 192 S., 42 s/w-Abb. und 16 Farbtafeln
Nr. P A1643 Kartoniert 14,95 €



Kaffeebecher mit Wappenrand
Steingutbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Torsten Buchholz
Geprägte Erinnerung
Was Otto von Bismarck als Politiker wollte, gehört der Vergangenheit an, aber die materiellen Hinterlassenschaften des Bismarck-Mythos sind allgegenwärtig. Die Bedeutung des „Vaters des Vaterlandes“ schlägt sich z. B. markant in seiner Abbildung auf Medaillen nieder. Zwischen 1850 und 2001 entstanden etwa 700 verschiedene Medaillen, Plaketten, Klippen und Marken auf Bismarck. Sein Geburtsort Schönhausen (Elbe) verfügt seit 2001 wieder über eine würdige Erinnerungsstätte an seinen „größten Sohn“. Das Land Sachsen-Anhalt ließ 1999 eine geschlossene Sammlung von Medaillen auf Otto von Bismarck ersteigern, um sie dem Bismarck-Museum Schönhausen zu überlassen. Der Katalog bietet eine chronologische Beschreibung des Sammlungsbestandes, der den Zeitraum von 1869 bis 1930 dokumentiert, und deutet in Kommentaren die gesellschaftlichen Hintergründe der Ausprägung des Bismarck-Mythos in Auseinandersetzung mit der Medaille als Form der Erinnerungskultur an.
Nr. P A1686 Gebunden 19,95 €



Norbert F. Pötzl
Bismarck
Der Wille zur Macht
Norbert Pötzl zeigt, wer Bismarck war und wie sein Wirken die Geschichte Deutschlands und Europas maßgeblich geprägt hat. Schlaglichtartig und mit leichter Feder werden zentrale Fragen beleuchtet, etwa Bismarcks Machtinstinkt, seine historische Größe, sein Spagat zwischen Konservatismus und Reformpolitik, seine Erfolge und Widersprüche. Eine Quintessenz, die Leben und Wirken des „Eisernen Kanzlers“ auf den Punkt zu bringen vermag. 304 Seiten
Nr. P A1650 Kartoniert 7,95 €



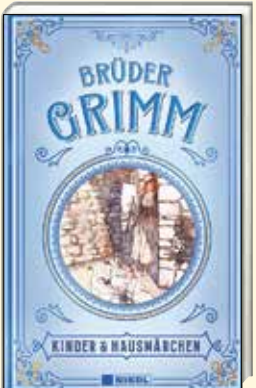
Ingo von Münch
„Frau, komm!“
Die Massengewalttätungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
208 Seiten
Nr. P A0192 Geb. 19,90 €

Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massengewalttätungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell missbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verlässlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntlang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit.



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste – Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs
Gebunden, 144 Seiten
Nr. P 9918 14,95 €

Gestützt auf amtliche Dokumentationen und internationale Studien belegt der Verfasser die kaum bekannte Tatsache, dass die sogenannte Befreiung in den Jahren 1945–1948 mehr Deutsche das Leben gekostet hat als Diktatur und Krieg in den Jahren 1933–1945. Nawratils kleines, übersichtlich gestaltetes Buch trägt durch seine sachliche, jede Anklage vermeidende Art dazu bei, dass diese Opfer nicht einfach aus dem Bewusstsein verdrängt werden ... Auch der Leser, dem Ereignisse, Umstände und Zahlen durch jahrzehntelange Beschäftigung mit diesem Geschehen vertraut sind und der hier und da Bedenken methodischer Art vorbringen muss, kann das schmale Bändchen nicht ohne Erschütterung aus der Hand legen.



Brüder Grimm
Kinder- und Hausmärchen
Die »Kinder- und Hausmärchen« der Brüder Grimm, erstmals erschienen in zwei Bänden 1812, gehören zum unvergänglichen Schatz der Weltliteratur. Der vorliegende Band versammelt sämtliche Märchen nach der Ausgabe von 1857. Mit zahlreichen zeitgenössischen Illustrationen von Ludwig Richter. .800 Seiten
Nr. P A1651 Gebunden 8,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Verstärkte Rufe nach „Aufarbeitung“ der Vergangenheit haben jüngst den Hamburger Tierpark Hagenbeck erreicht. Gegenstand sind die „Völkerschauen“, die das Unternehmen bis 1931 veranstaltete. Dabei präsentierten sich Menschen anderer Kulturen. Der NDR rückte das Ganze in den Blickpunkt, hier kam auch der ehemalige französische Fußballspieler Christian Karembeu zu Wort. Dieser „wünscht“ nun „in Deutschland“ eine „kritische Debatte“. Karembeus Urgroßvater hatte als Angehöriger der neukaledonischen Kanak bei einer „Völkerschau“ mitgewirkt, er fühlte sich aber schlecht behandelt. Hagenbeck erklärte, die Beteiligten hätten „mit Verträgen und Gage“ gearbeitet und seien „Gäste“ gewesen. Befremdlich wirken die Forderungen angesichts der Tatsache, dass es bis heute zwischen Bayern und Neuseeland vielerorts „Eingeborene“ gibt, die in charakteristischer Kleidung gegen Bezahlung Traditionelles vorführen, wie damals auch vermischt mit Klischees. Moralisch beanstandet wird das nicht. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Landrat des Kreises Nordhausen, Matthias Jendricke (SPD), zieht gegenüber der „Neuen Nordhäuser Zeitung“ (29. Oktober) ein eindeutiges Fazit aus der Schändung einer Kirche in seiner Kreishauptstadt durch einen 25-jährigen Afghanen (siehe Wochenrückblick):

„Solche Verhaltensweisen sind der Grund dafür, weshalb ich schon im Sommer dafür plädiert habe, keine weiteren Flüchtlinge aus Afghanistan aufzunehmen. Die meisten von ihnen lehnen unsere Kultur ab. Es ist ein Irrglaube zu denken, sie würden sich gut integrieren wollen, wie der gestrige Vorfall einmal mehr beweist.“

David Wehner, Anlagestrategie eines großen deutschen Vermögensverwalters, hält angesichts der Energiekrise und der wachsenden Abhängigkeit von Gas die Rückkehr zur Kernkraft für durchaus möglich. Zur „Wirtschaftswoche“ (27. Oktober) sagte er:

„Das wäre natürlich ein Treppenwitz mit grüner Beteiligung in der Bundesregierung, aber ich schließe das nicht aus ... Spätestens im nächsten Jahr, wenn die Bürger ihre Nebenkostenabrechnungen erhalten, gehen die Diskussionen los. Dann wird die Frage gestellt, wie sinnvoll ist die Energiewende eigentlich, die uns letztendlich nicht unabhängig gemacht hat von fossilen Energierohstoffen.“

Im Podcast „Lanz und Precht“ (Ausgabe 9 vom 29. Oktober) fordert der Philosoph Richard David Precht ein gründliches Umdenken in der Pandemie-Politik:

„Der Staat ist nicht zuständig dafür, die Leute zu schützen, die sich entschieden haben, sich nicht impfen zu lassen. Und deswegen denke ich, müssen wir die Corona-Maßnahmen deutlich stärker zurückfahren, in Form eines politischen Endes ... und einen Appell gleichzeitig machen, dass jeder, der sich ... noch für sehr vulnerabel hält, sich überlegt, ob er in ein volles Stadion geht, sich überlegt, ob er über einen Markt geht ohne Maske und so weiter.“

Der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi gibt gegenüber der „Bild am Sonntag“ (31. Oktober) zu bedenken:

„Die Flüchtlingsströme aus meinem Land werden doch von westeuropäischen Sozialleistungssystemen angetrieben ... Wenn sie es nach Deutschland, Österreich oder Schweden schaffen, haben sie Anspruch auf Leistungen, die sogar griechische Gehälter übersteigen ... wenn Sie den Menschen, die in Ihr Land kommen, hohe Vorteile bieten, wird das Menschen anziehen.“

● WORT DER WOCH

„Das Gegendere ... reduziert das Denken wieder auf männlich und weiblich. Für mich ist Gendersprache nicht fortschrittlich, sondern reaktionär.“

Elke Heidenreich, Schriftstellerin und Literaturkritikerin, in der „Welt“ vom 1. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Friedlich und ruhig

Was dem Muezzinruf folgen müsste, und warum eine Kirchenschändung nicht das wirkliche Problem ist

VON HANS HECKEL

Siehe wir mal ehrlich ...“ So beginnen Sätze, die verheißen, dass jetzt Klar-text geredet wird und nicht mehr um den heißen Brei herum. Aber wollen wir das überhaupt? Kann man uns das noch zumuten oder sind wir nicht mittlerweile viel zu „sensibel“ und verletzlich in unseren Gefühlen, um Klartext auszuhalten.

Probieren wir es aus: Auf der Dachterrasse des Berliner Humboldt-Forums auf dem neu erbauten Schloss hat ein Café eröffnet, dessen Gäste eine wiederhergestellte Inschrift lesen können, deren Original Preußens König Friedrich Wilhelm IV. 1844 am Saum der Kuppel anbringen ließ. Dort steht die religiöse Mahnung zu lesen: „Es ist in keinem andern Heil, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“

Unerhört finden den Text die Institutionen, die im Humboldt-Forum beheimatet sind, und stellen neben der Kuppel daher eine Tafel auf, die dem Besucher zur Kenntnis gibt: „Alle Institutionen im Humboldt Forum distanzieren sich ausdrücklich von dem Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch des Christentums, den die Inschrift zum Ausdruck bringt.“ Das ist doch mal eine starke Ansage, die ein Signal setzt für Vielfalt und Toleranz! Sie sollte uns zum Vorbild dienen in ganz Deutschland.

So auch in Köln. Dort ertönt laut dem Willen von Oberbürgermeisterin Henriette Reker nunmehr der Muezzinruf, der ins Deutsche übersetzt lautet:

„Allah ist der Allergrößte – Allah ist der Allergrößte – Allah ist der Allergrößte – Allah ist der Allergrößte.“

Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Allah gibt – Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Allah gibt.

Ich bezeuge, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist – Ich bezeuge, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist.

Auf zum Gebet! – auf zum Gebet!
Auf zum Erfolg! – Auf zum Erfolg!“

Dem Berliner Beispiel folgend müsste im Anschluss an den Ruf über große Lautsprecher in allen Winkeln der Domstadt, in welche der Muezzinruf gedrungen ist, die Entgegnung ertönen: „Alle Institutionen in Köln distanzieren sich ausdrücklich von dem Al-

leingültigkeits- und Herrschaftsanspruch des Islam, den der Muezzinruf zum Ausdruck bringt.“ Denn wenn wir mal ehrlich sind: Zudem, dass sich beide Texte in ihrem „Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch“ nichts nehmen, spornt der Muezzinruf auch noch „zum Erfolg“ an. Erfolg? Wobei denn? Augenscheinlich bei dem Bemühen, die gesamte Menschheit unter dem Islam zu „vereinigen“, also alle anderen Religionen vom Erdball zu tilgen.

Bei so einer Distanzierung „aller Institutionen“ werden sicherlich auch die islamischen Vereine und Moscheegemeinden von Köln mitmachen. Schließlich sind sie alle tief durchdrungen von der Sehnsucht nach Frieden, religiöser Toleranz und der immerwährenden Bereitschaft zum Dialog.

Oder etwa nicht? Dann macht das auch nichts, denn dann biegen wir die Sache eben solange zurecht, bis sogar Erscheinungen unter „Dialog“ abgeheftet werden, die statt Dialog nur pure Feindseligkeit ausdrücken.

Deutschland war irritiert, als ein junger Mann die Frauenbergkirche im thüringischen Nordhausen geschändet hat, indem er dort randalierte und die Trümmer der Inneneinrichtung vor dem Gotteshaus zu einer Art Sperrmüllhaufen zusammenschob. Ein historisches Kruzifix, das mit Glück ein Bombardement im Zweiten Weltkrieg überstand, hat er dabei zerstört.

Sah sich genötigt, „umzudekorieren“

Das passt jetzt nicht besonders gut zum Bild der Toleranz und des Dialogs, also musste der Vorfall nach Kräften gebügelt und gestriegelt werden, bis er unser lauschiges Weltbild nicht mehr allzu sehr stört.

Die „Neue Nordhäuser Zeitung“ („NNZ“) hat sich in diesem Ringen bleibende Verdienste erworben. Das Blatt betitelte seinen Bericht zu der Schändung: „Unterschiedliche Glaubensbekenntnisse an der Frauenbergkirche – Kirche wegen religiöser Differenzen ausgeräumt.“ Der Pfarrer der Kirche hat den Mann demnach angesprochen, nachdem er dessen Treiben in der unabgeschlossenen Kirche bemerkt hatte. Dabei habe der Mann erklärt, dass er den christlichen Glauben für falsch halte und sich daher genötigt sah, „umzudekorieren“ (so schreibt es die „NNZ“ wirklich). Um die Angelegenheit nicht zu düster zu zeichnen, betont die Zeitung den angenehmen Auftritt des „Dekorateurs“: „Allerdings ist er so einsichtig, dass er seine

Das passt nicht so gut zum Bild der Toleranz und des Dialogs. Deshalb musste der Nordhäuser Vorfall nach Kräften gebügelt und gestriegelt werden



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Räumarbeit beendet, nachdem ihn Pfarrer Müller zur Rede gestellt hat.“ Ist er nicht bezaubernd, der junge Mann?

Einen Wermutstropfen muss uns die Zeitung trotzdem einschenken, an dem allerdings nicht der Täter schuld ist, sondern die Sekretärin des Pfarrers und die pinselige deutsche Polizei. Durch die „NNZ“ erfahren wir: „Während sich Pfarrer Müller mit dem friedlich und ruhig auftretenden Mann im Dialog über Glaubensfragen befindet, ruft seine Sekretärin die Polizei, die letzten Endes ein Hausverbot für den Eindringling verhängt und nach Aufnahme der Personalien einen Platzverweis ausspricht und Anzeige erstattet.“ Dabei hatte es so schön angefangen!

Indes: Wir wollen zwar beim Dialog nicht nachlassen, doch wenn es zu bunt wird, fasst sogar das Nordhäuser Lokalblatt hammerharte Maßnahmen ins Auge. „Vielleicht“, so lesen wir zum Ende des einfühlsamen Beitrags, „sollte im städtischen Theater in naher Zukunft mal wieder Lessings ‚Nathan der Weise‘ angeboten werden. Für einige Zeitgenossen scheint das Werk über die Toleranz unter den Weltreligionen offensichtlich dringend geboten zu sein.“

Soll keiner glauben, dass wir uns bei all unserer Toleranz und Buntheit auf der Nase herumtanzen lassen. Wir können nämlich auch anders. Wenn sie es zu toll treiben mit ihren Attacken und Schändungen gegen unsere Gotteshäuser, dann müssen sie mit einer harten, unmissverständlichen Antwort rechnen: Einer Einladung ins Theater!

Die aber selbstverständlich allen gilt, auch den christlichen Nordhäusern, die schließlich wie alle Deutschen ebenfalls Nachhilfe in Sachen Toleranz dringend nötig haben. Hier ein speziell islamisches Problem zu sehen, wäre nämlich Rassismus. Daher enthüllt die „NNZ“, die fast über den gesamten Artikel hinweg nur von einem „Mann“ geschrieben hatte, erst am Schluss mit spitzer Feder: „Für alle, die es interessiert: Der Mann stammt aus Afghanistan und war 2017 nach Deutschland gekommen.“ Die Jahreszahl musste später korrigiert werden, der „Mann“ kam im goldenen Jahr 2015 zu uns.

Aber darauf kommt es nicht an: Hier wird uns unter die Weste gejubelt, dass schon das bloße Interesse für die Herkunft des Täters irgendwie anrüchig sei. Womit der Fokus bei der Suche nach den wirklich Intoleranten wieder in die richtige Richtung gerückt wäre: auf die Deutschen.